1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 22 vom 3. Juni 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

III. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands
Berichte
Anträge
Meinungen
Seite 8/9

Solidaritäts Marsch

in Bonn
4. Juni 83

gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

11⁰⁰ Abmarsch Josefshöhe / Nordbrücke
14⁰⁰ Kundgebung Hofgarten

Schmissig

Jetzt ist Bundestagspräsident Stücklen wohl endgültig ausgeklinkt. Im Hochgefühl der Unions-Regierungsmacht verkündete er, was seinesgleichen wirklich von der Jugend hält, die Parteigenosse Carstens immer so umwirbt: Sie taugt großenteils nichts. Weit über das linke Lager hinaus gehe eine Verweigerungsmentalität, die ihn entsetzt. Diese jungen Menschen sind seiner Meinung nach die wahren Ausbeuter, nicht die Unternehmer.

Schluß machen damit, meint Stücklen. „Der Nation und dem Vaterland wieder einen Platz in unserem Leben einräumen, der ihm gebührt." Vorbild: die Korporationsstudenten, die Deutsche Burschenschaft.

Auf dem Deutschen Burschentag war es denn auch, wo er diese denkwürdigen Worte sprach. Man hätte ihm dafür einen Ehrenschmiß versetzen sollen.

Was für ein Recht maßt sich dieser Mann an, der sich auf unsere Kosten bei immer munter steigenden Diäten seit Jahrzehnten in Bonn ein bequemes Leben macht und mit dem Leben normaler Menschen und gar der Jugend schon gar nichts mehr zu tun hat? Dessen Partei wie andere in Sümpfen von Korruption watet und sich für die hochgeschätzten Unternehmer prostituiert, was nicht erst seit der Fick-Affäre bekannt ist?

Stücklen und seinesgleichen sind lebende Gründe für die Abkehr von diesem Staat.

Gelegenheit

Es hat etwas gedauert, bis die Sonder-Abo-Aktion des „Roten Morgen" Erfolg zeigte. Die Möglichkeit, den „Roten Morgen" für ein halbes oder ein Jahr für nur 15 DM oder 30 DM zu abonnieren, wird jetzt aber gegen Ende der ursprünglich angesetzten Zeit wirklich gut genutzt. Deshalb haben wir uns entschlossen, diese Aktion zu verlängern.

Darum hier nochmal die Bitte an alle RM-Leser, zu überlegen, ob sie nicht selbst abonnieren wollen, sich vielleicht ein zweites (Billig)abo zuzulegen oder aber die sehr günstigen Konditionen der Aktion auszunutzen, um über eine Abowerbung den RM weiterzuverbreiten, bekannter zu machen und neue Leser zu gewinnen.

Zum Abschluß der Aktionswoche

Heraus zum Arbeitslosen-Solidaritätsmarsch

Bonn, 4. Juni, 11.00 Uhr, Josefshöhe

Die Aktionswoche der Arbeitsloseninitiativen „Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" die zu Beginn dieser Woche begann, findet am Samstag ihren Abschluß in der Bonner Demonstration. In zahllosen Aktivitäten in vielen Städten setzen sich aktive Arbeitslose für ihre Forderungen ein. Unsere Partei unterstützt diese Aktion voll und ganz.

Zwar gab es in der Vorbereitung auch Stimmen, die meinten, solch eine Demonstration würde nichts bringen, stattdessen solle man Basisarbeit machen. Nur: Das ist natürlich, rein logisch überlegt, nun wirklich kein Gegensatz zu einer einwöchigen Kampagne, zumal zu einer eintägigen Demonstration. Und sicher ist Basisarbeit immer richtig — aber gegen eine einigermaßen große politische Demonstration, auf der die Interessen der Arbeitslosen vertreten werden, kann nun wahrlich niemand sein.

Die Arbeitslosen und die anderen Teilnehmer der Demonstration werden solche unmittelbaren Forderungen wie die Einführung von Arbeitslosenpässen und den Aufbau von Zentren ebenso erheben wie grundlegendere Forderungen zur aktuellen Lage. Dabei handelt es sich ebenso um Rechte der Arbeitslosen wie um die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Lage gegen die Angriffe der Bundesregierung, den Kampf für die Verbesserung dieser Lage. Unsere Partei ist mit diesen Aktionen voll und ganz einverstanden und erhebt dazu folgende Forderungen:

- **Arbeitslosengeld für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit!**
- **Ausweitung der Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen!**
- **Schaffung von Berufsausbildungsplätzen für arbeitslose Jugendliche durch den Staat!**
- **Anerkennung des Rechts eines jeden Arbeitslosen auf Erhalt der durch Ausbildung und/oder Berufserfahrung erworbenen Qualifikationen**
- **Weg mit den Sperrfristen, den Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen!**
- **Schluß mit dem Unternehmereinfluß in den Arbeitsämtern. Keine Berücksichtigung der Arbeitgeberverbände mehr bei der Besetzung der Selbstverwaltungsorgane!**



Arbeitslosenaktion vor Hoesch-Phoenix in Dortmund

Veranstaltungen der KPD zum 17. Juni

An diesem 17. Juni, 30 Jahre nach den Ereignissen in der DDR, werden Revanchisten und Reaktionäre ihren Aufmarsch durchführen, um die Atmosphäre des kalten Krieges, der Grenzansprüche und der Hetze zu verstärken. Um Front zu machen gegen die kalten Krieger und um Stellung zu nehmen zu den Ereignissen des 17. Juni 1953, führt die KPD in einer Reihe von Städten Veranstaltungen durch.

Essen

Freitag, 10. Juni, 19.30 Uhr
Gaststätte „Schlegel und Eisen"
Ückendorfer Straße 93
Essen-Katernberg
„17. Juni: Nationalfeiertag für revanchistische Propaganda und Kriegsvorbreitung" (Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem Bund Westdeutscher Kommunisten); es spricht (u.a.) Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Westberlin

Samstag, 11. Juni, 18 Uhr
Gaststätte „Schultheiß"
Hasenheide
„17. Juni — Volksaufstand oder reaktionärer Putsch?" Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Dortmund

Donnerstag, 16. Juni, 19.30 Uhr
Gaststätte „Haus Göbbeln"
Schützenstraße/Ecke Feldherrnstraße
„17. Juni — stoppt die kalten Krieger!" (Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem BWK)

Veranstaltungen, deren genauer Zeitpunkt oder Ablauf noch nicht bekannt ist, finden außerdem in Bremen, Krefeld und Winnenden (bei Stuttgart) statt.

Die „Großen Sieben" auf Hochrüstungskurs

Rückenstärkung für Reagan

Militärpolitischer Weltwirtschaftsgipfel

Der mit großem Pomp und viel Gefühl fürs Showgeschäft organisierte „Weltwirtschaftsgipfel" in Williamsburg in den USA hat als wichtigstes Ergebnis eine „außenpolitische Erklärung" gebracht, die alle vertretenen Staaten auf Ronald Reagans Hochrüstungskurs einschwört.

Auf die eigentlich geplante Fragestellung, die enorme inflationäre Entwicklung, die ansteigende Massenarbeitslosigkeit in diesen starken kapitalistischen Ländern wurde nur am Rande eingegangen. Die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde sogar zu einem konkreten nationalen Problem der jeweiligen Staaten erklärt.

Dagegen haben die anwesenden Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik eine Erklärung verabschiedet, die, von den USA diktiert, alle bisher von einigen Staaten erhobenen Bedenken gegen die US-Hochrüstungspolitik ausdrücklich verurteilt und die sieben Regierungen auf die volle Unterstützung der Raketenstationierung in diesem Herbst einschwört.

Die Regierung Frankreichs, die eine solche Erklärung auf diesem „Weltwirtschaftsgipfel" überhaupt nicht wollte, unterzeichnete schließlich, ebenso die Regierung Kanadas, die erst noch gefordert hatte, bei den Verhandlungen in Genf die britischen und französischen Raketen mit einzubeziehen. Diese Position wird in der Erklärung abgelehnt: „eine Berücksichtigung dieser Systeme hat in den Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen keinen Platz", heißt es da.

Daß auch die japanische Regierung diese Erklärung unterzeichnete, wird vor allem von der Reaktion in Bonn begrüßt. Die CDU/CSU sieht die „Einbeziehung Japans in Sicherheitsfragen" als wichtigen Erfolg und lobt, daß Japan nun „die Positionen des NATO-Bündnisses und damit auch den Doppelbeschluß mittrage".



Die Positionen der „Großen Sieben" wird die Friedensbewegung in allen westlichen Staaten fordern: für uns heißt das um so mehr: Raus aus der NATO!

Die Tatsache, daß Japan verfassungsrechtlich und nach erklärter eigener Politik nicht Partner eines Bündnisses wie der NATO sein darf, spielte in Williamsburg ebensowenig eine Rolle, wie die Tatsache, daß Frankreich dem militärischen NATO-Bündnis überhaupt nicht angehört.

Und die wirklichen, die echten Machtverhältnisse im „westlichen Bündnis" zeigen sich auch daran, daß diese Positionen zur Militärpolitik nicht etwa von allen NATO-Mitgliedstaaten erklärt wurden: gerade die kleinen, und die oft sehr kritischen NATO-Staaten wie die Benelux-Länder oder Dänemark waren nicht dabei.

Die Politik des westlichen Imperialismus machen die wirtschaftlich starken Staaten, die Führungsmacht USA hat sich voll durchgesetzt und die Bonner Regierung sagt dazu Ja und Amen.

Raketenstationierung — NEIN!

Volksbefragen — Volksbegehren — Volksentscheid ... Begriffe, die im Moment eine wichtige Rolle in der Friedensbewegung spielen, wenn es daraum geht, was man noch tun kann, um die Stationierung der amerikanischen atomaren Erstschlagwaffen zu verhindern.

Das Volk muß seine Meinung sagen und so den Politikern die angebliche Legitimation für ihr mörderisches Vorhaben vor aller Augen zu entziehen.

Das ist der Grundgedanke, der ist richtig, der paßt den Regierenden in Bonn und allen Rüstungsstrategen überhaupt nicht.

Wir denken, daß es aufgrund der Gesetzeslage auf eine konsultative Volksbefragung hinauslaufen wird. Wir setzen uns dafür ein, daß sich maßgelbiche politische Kräfte unseres Landes für diese Bewegung stark machen. Damit sie von Anfang an die notwendige Breite bekommt, also nicht einfach eine eingeschränkte Aktion wird, die über die Breitenwirkung des Krefelder Appells, den bereits mehr als vier Millionen Menschen unterzeichnet haben, nicht hinauskommt. Eine solche Bewegung wird die KPD entschlossen unterstützen.

Wie es in dieser Frage weitergeht, das wird genauer auf einer Konferenz am 12. Juni in Hannover besprochen, an der unsere Partei teilnimmt.

Der folgende Text wird auf dem Hannoveraner Friedenstreffen am 12.6. eine Diskussionsgrundlage bilden. Er ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe der Westberliner Konferenz vom Mai. Von der Arbeitsgruppe wurde das Papier auch dem „Roten Morgen“ mit Bitte um Abdruck zugesandt, der wir hier entsprechen.

Ergebnispapier der AG „Volksabstimmung“ auf der Internationalen Konferenz in West-Berlin 9.-14. Mai 83

Europäisch-koordinierte Friedenskampagne für einen Volksentscheid oder Volksabstimmung

Die Arbeitsgruppe „Volksabstimmung“ schlägt vor: in den Ländern Westdeutschland, England, Italien, Niederlande und Belgien eine europäisch-koordinierte Friedenskampagne für einen Volksentscheid gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Europa durchzuführen.

Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase des Friedenskampfes.

Trotz des massiven Protestes der europäischen Völker halten die Regierungen der europäischen NATO-Länder bisher an ihrem Vorhaben fest, unsere Länder für die Stationierung der US-Erstschlagswaffen zur Verfügung zu stellen. Die Installierung dieser Massenvernichtungsmittel, die innerhalb weniger Minuten das Herz der Sowjetunion erreichen können, birgt die akute Gefahr des Ausbruchs eines atomaren III. Weltkrieges mit sich.

Wir müssen die verbleibenden Monate nutzen, um die Raketenstationierung politisch undurchführbar zu machen! Das ist möglich!

Entscheidend wird sein, ob es der Friedensbewegung gelingt, die deutliche Mehrheit der Bevölkerung für ein entschlossenes **NEIN** gegen die Raketenstationierung zu gewinnen.

Unsere Arbeitsgruppe sieht in der **Kampagne Volksbegehren für einen Volksentscheid** ein entscheidendes Mittel, um den Friedenskampf zu verbreitern und zu verschärfen. Die Friedenskampagne ist unsere Antwort auf die psychologischen Kriegsvorbereitungen der Herrschenden.

Trotz der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern sprechen folgende Gründe dafür:

1. Eine Forderung nach Volksentscheid oder Volksabstimmung bedeutet eine offensive statt einer defensiven Strategie.

Sie bedeutet, daß wir von unten her die Initiatve ergreifen und nicht darauf warten, daß die Regierungen und Parlamente ihre endgültige Entscheidung über die Köpfe der Menschen hinweg fällen. Wir dürfen uns nicht in die Defensive bringen lassen, sondern die Zügel in die Hand nehmen, um über unser Schicksal selbst zu entscheiden.

2. Die Kampagne für einen Volksentscheid bedeutet fortlaufende Mobilisierung. Die Friedensbewegung tritt überall in direkten persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung, was eine zusätzliche Chance der Aufklärung bietet. Auf diese Weise können immer neue Aktivisten für den Frieden gewonnen werden, die so motiviert sind, für ein konkretes, greifbares Ziel persönlichen Einsatz zu leisten.

3. Ein Volksbegehren zum Volksentscheid verschafft der Friedensbewegung Respekt und Legitimation — besonders auch in den Augen der „schweigenden Mehrheit“.

4. Wir verstehen die Sorge, daß ein Volksentscheid auch verloren werden kann. Aber bedeutet nicht ein Verzicht auf dieses Mittel eine vorweggenommene moralische Niederlage der Friedensbewegung? Wir können es später bitter bereuen, dieses Mittel nicht genutzt zu haben.

Aber selbst wenn ein Volksentscheid für uns negativ ausfallen sollte, hat er unsere Reihen verbreitert und kann notwendig werdenden Aktionen zivilen Ungehorsams mehr Legitimation und Gewicht verleihen. Wir können uns bei Aktionen des gewaltfreien Widerstandes, die dann vor unserem Gewissen notwendig werden, darauf berufen, daß wir zuvor alle sogenannten legalen Mittel voll ausgeschöpft haben.

5. Streik ist ein wichtiges und weitergehendes Mittel. Darüber müssen die Arbeiter und Angestellten und die Gewerkschaften selbst entscheiden. Was wir als Friedensbewegung tun können, ist, durch ein Volksbegehren für einen Volksentscheid die Arbeiter und Angestellten in vielen tausend Gesprächen von der Notwendigkeit des Friedenskampfes zu überzeugen.

6. Die im Oktober geplanten Demonstrationen in vielen westeuropäischen Ländern sind sehr wichtig. Wir wissen aber, daß es auch Menschen gibt — besonders aus kirchlichen Kreisen —, die es nicht gewohnt sind zu demonstrieren. Durch eine Kampagne für Volksentscheid können wir auch diese Menschen mobilisieren. Nach einer Demonstration entsteht erfahrungsgemäß ein Vakuum. Das kann vermieden werden durch eine Kampagne für Volksentscheid, die den Druck auf die Regierungen und Parlamente laufend verstärkt.

7. Die Regierungen unserer Länder sprechen viel von Demokratie, besonders, wenn es um den Osten geht. Das Demokratie-Verständnis der Herrschenden muß sich aber an der Bereitschaft messen lassen, das Volk über sein Schicksal selbst entscheiden zu lassen. Im Sinne einer solchen volkssouveränen Entscheidung müßte eine Regierung mit demokratischem Anspruch darüber hinaus die Finanzierung und den Zugang zu den Medien für die Durchführung der Abstimmung sicherzustellen.

8. Aus den Erfahrungen mit Volksabstimmungen in Norwegen, Schweden und Österreich ist deutlich geworden, daß die Fragestellung:
also ein klares JA
oder ein klares NEIN
ein äußerst wichtige Rolle spielt. Jegliche andere Art der Fragestellung birgt die Gefahr einer Manipulation in sich.

9. Diese Friedenskampagne für Volksentscheid gegen die Raketenstationierung gibt auch die Möglichkeit, zugleich eine finanzielle Unterstützungsaktion zur Stärkung der Friedensbewegung durchzuführen, weil wir uns an die breiten Bevölkerungsschichten wenden.

10. Eine Friedenskampagne zum Volksbegehren ist die einzige gewaltlose Aktionsform, die in der Lage ist, die breite Mehrheit gegen die Raketen zu mobilisieren.

11. Ein Volksbegeheren zum Volksentscheid gibt uns die Möglichkeit, mit Millionen Menschen nicht nur über die unmittelbare Kriegsgefahr zu sprechen, sondern auch über die weitergehenden Fragen des friedlichen Zusammenlebens der Völker und des Überlebens der Menschheit zu diskutieren.

Eine besondere Bedeutung für die europäische Friedensbewegung hat, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik die Initiative zu einem Volksbegehren für Volksentscheid aufgreift. Darum unterstützen wir die Arbeitskonferenz zu diesem Thema am 12. Juni in Hannover.

In Italien gibt es schon weitergehende Planungen und Aktionen zur Durchführung einer Volksabstimmung. Auch in den Niederlanden gibt es im Nationalen Komitee gegen Cruise Missiles (Komite Kruisraketten Nee) eine Kommission zu diesem Thema.

Wir schlagen vor, diese internationalen Bestrebungen in einem europäischen Koordinationskomitee zusammenzufassen und in einem ständigen Erfahrungs- und Informationsaustausch sich gegenseitig zu unterstützen. Wir regen für den Zeitraum unmittelbar nach dem 12. Juni eine internationale Konferenz an und bitten die europäischen Friedensorganisationen, dies zu organisieren.

Es ist wichtig, wenn die Friedenskampagne für einen Volksentscheid gegen die Raketenstationierung zum gleichen Zeitpunkt stattfindet.

Wir rufen alle Friedensfreunde auf, in den nächsten Wochen in ihren örtlichen und betrieblichen Friedensinitiativen diesen Vorschlag zu diskutieren und ihn zu unterstützen.

Im Auftrag der Arbeitsgruppe:
Dr. Hans Feddema, Niederlande / Woubrugge
Arno Bast, Bundesrepublik Deutschland / Solingen
Tord Björk, Schweden / Stockholm
Karin Bodien, Bundesrepublik Deutschland / West-Berlin

Wissenschaftliche Studie über die Entwicklung der Sozialhilfe (Teil 3)

Armut und Unterversorgung

Strukturanalyse der derzeitigen Sozialhilfekürzungen

In den beiden ersten Folgen der vom „Roten Morgen“ veröffentlichten Studie von 16 Sozialwissenschaftlern, die im Auftrag des GEW-Vorstandes veröffentlicht wurde, ging es um die Pläne der Regierung und um die Widerlegung der Propaganda von den „Schmarotzern“. Im heutigen dritten Teil werden die bisherigen Kürzungen konkret analysiert. Der „Rote Morgen“ wird auch weiterhin in lockerer Folge weitere Teile dieser Studie veröffentlichen.

1980 betrugen die gesamten Leistungen der Sozialhilfe ca. 13,3 Mrd. DM, wobei allerdings ca. ein Viertel dieses Betrages durch Ersatzleistungen, Eigenbeteiligungen etc. zurückflossen, so daß eine Netto-Belastung von ca. 10,2 Mrd. DM übrigblieb. Zwei Drittel der Gesamtaufwendungen werden für Hilfen in besonderen Lebenslagen verwendet. Auf zwei Hilfearten, nämlich die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für Behinderte, fallen insgesamt ca. 60 v. H. der gesamten Aufwendungen der Sozialhilfe.

Von den 2,1 Mio. Sozialhilfeempfängern erhielten 442000 Hilfe zur Pflege. Angesichts des derzeitigen Rentenniveaus, das als Folge höherer Belastungen der Rentner etwa durch die Beteiligung an der Krankenversicherung weiter absinken wird und angesichts stetig steigender Pflegesätze in Heimen bedeutet Pflegebedürftigkeit im Alter im Regelfall zugleich den Bezug von Sozialhilfe. Dadurch werden die Ausgaben der Sozialhilf für diesen Aufgabenbereich weiterhin drastisch ansteigen, in der zweiten Hälfte der 70er Jahre haben sie insgesamt um 50 v. H. zugenommen.

Neben diesem zentralen Aufgabenbereich bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen kommt der Hilfe zum Lebensunterhalt insbesondere bei älteren Frauen nach wie vor eine große Bedeutung zu. Unzureichende Renten und Versorgungsleistungen stellen für ein Viertel aller Fälle die Hauptursachen für die Sozialhilfebedürftigkeit dar, davon sind 70 v.H. alleinstehende und überwiegend ältere Frauen/Witwen. Die bestehenden Benachteiligungen der Frauen im Rentenrecht könnten durch eine Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung beseitigt werden. Die seit 1980 vom Bund vorgenommenen Eingriffe in die Rentenfinanzen haben allerdings die dafür unabdingbaren finanziellen Reserven aufgebraucht. Es ist davon auszugehen, daß weiterhin ein beträchtlicher Teil der Frauen im Alter Sozialhilfe in Anspruch nehmen muß.

Vier soziale Risiken und deren immanente Dynamik werden die Träger der Sozialhilfe weiter kräftig belasten:

- Pflegebedürftigkeit
- Behinderung
- unzureichende Sicherung vor allem für Frauen im Alter und vor allem steigende Dauerarbeitslosigkeit.

Die Maßnahmen der „Operation '82“ haben diese Ausgabendynamik an keiner Stelle wirksam und auf Dauer gebremst, obwohl Alternativen — wie wir abschließend aufzeigen werden — in diesen Bereichen durchaus denkbar sind.

Die „Operation '82“ und die Beschlüsse der jetzigen Bundesregierung setzen demgegenüber an den Hilfen zum Lebensunterhalt an, deren finanzielles Volumen sich insgesamt auf ein Drittel der Gesamtausgaben der Sozialhilfe beläuft. Neben den schon genannten Rentnerinnen sind Alleinerziehende mit Kindern, kinderreiche Familien, Flüchtlinge und Asylsuchende und neuerdings verstärkt (Dauer-) Arbeitslose Empfänger von laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt.

Die Sozialhilfestatistik zeigt, daß Haushalte, die Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen, verstärkt unter den Sozialhilfeempfängern zu finden sind. Unter den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt belief sich der Anteil derjenigen, die aufgrund des Verlustes ihres Arbeitsplatzes Sozialhilfe bezogen, auf 9,8 Prozent im Jahr 1980. Damit war bereits in diesem Jahr mehr als jeder 10. Haushalt bei den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt von Arbeitslosigkeit direkt betroffen.

Unter den Ehepaaren mit Kindern, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten erhielten, bezogen 1970 4,9 v. H., 1980 dagegen 30,9 v. H. Einkünfte aus Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Ähnlich verhält es sich bei den meisten anderen Haushaltstypen. Unter den alleinlebenden männlichen Haushaltsvorständen ist der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe von 1,5 v. H. im Jahr 1970 auf 21,3 v. H. im Jahr 1980 hochgeschnellt.

Gewichtige Indikatoren sprechen dafür, daß mit der dramatischen Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1981 der Anteil derjenigen nochmals erheblich gestiegen ist, die als Folge von Arbeitsplatzverlust und unzureichenden Lohnersatzleistungen Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Allerdings kommt in diesen Zahlen der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfebedürftigkeit nur unzureichend zum Ausdruck, weil die Sozialhilfe-Statistik nur diejenigen Haushalte erfaßt, die tatsächlich Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen. Als Berufsanfänger haben beispielsweise Jugendliche keinerlei Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder -hilfe. Bei Bedürftigkeit der Familie bleibt ihnen nur der Gang zum Sozialamt. Jugendliche Arbeitslose sind also in steigendem Maße auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen, ohne allerdings in der Sozialhilfestatistik den Arbeitslosen zugeordnet zu werden. Gleiches gilt für jeweils nur kurzfristig Beschäftigte, die die inzwischen verlängerten Anwartschaftszeiten für den Bezug von Lohnersatzleistungen nicht erfüllen.

Diese Zunahme von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern drohte angesichts der im Rahmen der „Operation '82“ beschlossenen Kürzungen im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) zu eskalieren und damit die Stoßrichtung der geplanten Kürzungen zumindest teilweise zu neutralisieren. Denn das Gesamtpaket zielte auf die strategische Funktion der Arbeitsmarktpolitik, die dieser bei den sozialen Auseinandersetzungen über Verteilungsfragen in dieser Gesellschaft zukommt. Auch wenn Forderungen nach einer linearen Senkung des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe vorerst noch abgewendet werden konnten, so sind doch auch die schon jetzt in Angriff genommenen Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen im Rahmen des AFG letztlich dem etwa vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mehrheitlich vertretenen neoklassischen Erklärungsmuster und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen zuzuordnen, demzufolge Arbeitslosigkeit das Ergebnis zu hoher Löhne und Sozialleistungen sei.

(wird fortgesetzt)

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR haben unterschrieben:

F. Abegg, Heinz Abosch, Prof. Dr. H. G. Adler, Ilse Aichinger, Remy Albaric, Herbert Albert, Heinrich Albertz, Mario Aldrovandi, Dr. Ursula Ammon-Hubach, W. Andrae, Ulrich Anschütz, Heinz Ludwig Arnold, Barbara Aring, Andreas Augsburg, Klaus Badenhoop, Hans Baer, Alexander Balting, Gisa Bartling, Till Bastian, Dr. O. Bechstein, Wolfgang Beck, Helmut Becker, Ute Becker, Dr. Wolfgang Behm, Claus Behrens, Gesine Behrens, Wolfgang Beitelstein, Doris Bender, Hans Bender, Wolfgang Bendler, Gerald Bennet, Dr. Hendrik Benson, Dr. Manfred Bentrup, Klaus Berghaus, Philippe Bergmann, Wolfgang Bergmann, Brigitt Bernegger, Urs Berner, Angela Bernhardt, M. Bestler, Peter Bichsel, Iris Bieder, Prof. Dr. Werner Bieder, Horst Bienek, Horst Bingel, Leo Binggeli, Anna Birnbaum, Timbeaux Black, Huldrysch Blanke, Michael Blenkas, Dr. Georg Bleyer, Iris Bleyer-Rex, Ute Bluhen-Dietsche, Britta Bock, Stefan Böhm, Heinrich Böll, Senta Böll, Alexander Boese, Dr. R. Boettje, Angela Bolik, Sylvia Bollag, Max Bolliger, Prof. Dr. E. Bonjour, Anna Louise Bornstein, Mitchell Bornstein, Lydia von Borstel, Hermann Bortfeldt, Dr. Knut Bortfeldt, Dr. Bothem, Axel Brandt, Helmut Brandt, Dr. Peter Brandt, Elisabeth Brändli, Dr. Rudolfo Brändli, Horst Breiter, Claus Bremer, Jörg Brena, Siglinde Brenner-Jaksch, Andreas Briner, Uta Brüschweiler, Jörg Bruns, Dieter Buchweiler, Kai Buck, Rene Bühler, Simone Bühler, Silvia von Büren, Heiner Bunte, Dr. Felix Burckhardt, Marisch Murckhardt, Prof. Dr. Andreas Buro, Karin Busch, Susanne Buser, Christiane Butt, Andreas Caderas, Marlys Caminada, Cecile Cardier, Dr. Ekkehardt Collatz, Eleonore Corleis, Dr. Patrice Courvalin, Victor Citcovits, J. Daerr, Anne Dallendörfer, J. Damme, Prof. Dr. Gerhard Dautzenberg, J. Decker, Mary Delpy, Thomas Demengo, Beatrice Derksen, Julia Detterwelch, Sigrun Dieberg, Ulf Dihle, Hugo Dittberner, Dr. Dittrich, Florian Dittrich, Katrin Donte, Ingeborg Drewitz, Wolfgang Drössler, Andreas Düring, Friedrich Eblinger, Walter Eck, Dr. Edelmann, Jürgen Eggers, Frank Kirk Ehm-Marks, Albert Ehrismann, Dr. Dieter Eichenlaub, Dr. Dietrich Ellermann, Dr. N. Elsolh, Jutta Emmler, Veronika Engel, Dr. Klaus Engels, Hans Magnus Enzensberger, Jörg Eschner, Andreas Fahr, Gertrud Fassbind, Thomas von Feder, Jürg Federspiel, Christine Fehring, Klaus Fehsenfeld, Thomas Fengler, Elden Fensch-Becher, Ota Filip, Barbara Flach, Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Gabriele Fleithmann, Dr. Ingo Freudenhammer, Annette Freiburghaus, Dr. Dietmar Freund, Klaus Freund, Alice Friedli, Dr. Albin Fringeli, Max Frisch, Gundele Fruster, Hanni Führer, Suzel Galliard, Prof. Dr. Adolf Gasser, Annemarie Gaugel, M. Geesing, Bettina Gehle, Margot Gehlenborg, Ingrid Gehlken, Stefan Gehrke, Esther Genner, Genevieve Gerard, Dr. Andreas Gerwig, Jörg Gilech, Josef Gleixner, Bärbel Göbel, Andreas Goehrt, Marianne Gose, Bernd Grashoff, Günter Grass, B. Gratzke, Martin Grogor-Dellin, Ulrich Greinert, Maja Friedel Greiser, Maja Greiser-Albert, Jesefie Grimer, Dr. Matthias Groll, Margaret Gross, Michael Groß, Johannes Großmann, Marianne Groth, Hadwiga Gschwind, Peter Gschwind, Rene Guillod, Ursula Guillod, Bettina Gust, Dr. Andreas Gutzwiller, Claudia Gutzwiller, Dr. Hellmuth Guthwiller, Dr. Peter Gutzwiller, Dr. Rosemarie Gutzwiller, Ursula Gutzwiller, Bärbel Haase, Thomas Härtner, Dr. Hachelberg, J.M. Hahn, Peter Hakawarth, Dieter Hake, Urs Halter, Ursula Hanstein, Hans Harber, Andreas von Harpe, Tina Hartick, Volker Hartick, Manfred Hartmann, Werner Hartung, Egon Hass, Alice Hasselbach, Christa Hassler, Cornelia Hasting, Steffen Hasting, Ulrike Heckel, Gert Heidenreich, Gisela Heidenreich, Eva Heile, Gunter Hein, Georg Heinemann, Ralf Henze, Elke Hergert, Uwe Herms, Dr. Karl Hans Herter, Ursula Hess, Luise Heymann, Dr. Hanns Hagen Hildebrandt, Gerhard Hildenbrand, Iris Hilke, Uwe Hilke, Hedy Hoffert, Dr. Dagmar Hoffmann, Gabriele Hoffmann, Christine Hofmann, Günter Hofmann, Walter Hofmann, Gisela Hohenstein, Franz Hohler, Walter Honcker, Michael Hopmann, Ruth Horine, Elke Horniewicz-Drössler, Janos Horvath, Barbara Hoss, Heinz Hostning, Dr. H. Hubrich, Inge Hülbusch, Prof. Dr. Karl Heinrich Hülbusch, Therese Hufschmid, Thomas Hummel, Andreas Ihsen, Barbara Ilander, Michael Imiela, Klaas Jacobs, Otto Jägersberg, Beat Jäggi, Prof. Dr. Urs Jäeggi, Markus Jans-Thorpe, Sally Jans-Thorpe, Udo Jenders, Joel Jenny, Matthyas Jenny, Stefan Jensen, Dr. Jutta Jese, David C. Johnson, Peter Jokostra, Gilbert Jolliet, Antje Josch, Dr. Eberhard Just, Ilse Just, Bernd Kabelke, Gudrun Kahlke, Albert E. Kaiser, Astrid Kalt, Dr. Kappes, Klaus Karäuke, Bettina Karau, Rainer Karins, Johannes Karpe, Dr. D. Keiner, Joachim Kersten, Thomas Kessler, Rainer Kettler, Klaus Kiehl, Peter Paul Kiel, Heide Kinski, Antje Kirbes, Agathe Kirres, Michael Klappe, Cornelia Kliemann, Antje Klingemann, Karl Klingemann, Isabel Klingler, Walter Klingler, Dr. E. A. Klusen, Eva Klusen, Jutta Knipp, Achim Knorz, Egon Koch, M. Kodenitz, Gerd Köhnken, Maria Kölbl, Ulrike Kösting, Dr. M. Kohte, Andrea Konrad, Lew Kopelew, Dr. Rudolf Krämer-Badoni, Dr. A. Krassat, Igona Krause, Mario Krause, Martin Krebs, Hartmut Kreikenbaum, Verena Kreikenbaum, Peter Kries, Edith Krol-Pitschel, Roland Krome, Richard Kronig, Dr. B. Krotz, Michael Kruse, Elfriede Krutsch, Reinold Kuder, Eva Kühnel, Dr. Hans Kühner-Wolfskehl, Prof. Dr. Hans Küng, B. Küppers, Franz Kuhn, E. Kurth, Dietmar Kurzeja, Brenton Langbein, Claudio Lange, Hartmut Lange, Ingrid Lange, Ure Langendorf, Andre Lardrot, Susanne Lattek, Willi Latzmer, Gabriel Laub, C. von Legal, Beat Lehmann, Dr. Thies Lehmann, Dr. Jan Leidel, Dr. Sigrid Leidel, Dr. Thomas Leske, Lore Liebtrau, Wilhelm Liebtrau, Thomas Liederwald, Hans Martin Linde, Elsbeth Lindenmaier, Felix Lindenmaier, Dani Lindner, Marita Lingenfelder, Thomas Loer, Dr. Ina Lohr, Michael Lorem, Alfred Lorenz, Eva Lorenz, Regina Lotze, Christel Lüthje, Hans Lusser, Eberhard Luther, Irene Luther, Dr. H.G. Lux, Andy Mackay, Marianne Mackay, Rolf Mäser, Gerhard Mahnken, Felix Manz, Ruta Marchel, Barbara Markas, Kurt Marti, Andreas Maxen, Prof. Dr. C. Mayer, Ingrid Mays, Edmund von der Meden, Winfried Mehrtens, Sandra Meier, Stefan Meinberger, Christoph Meinicke, Dr. Ursula Menck, Jörg Merholz, Ulrike Merck, Senti Metz, Dieter Meyer, Eleonore Meyer, Ira Meyer, Til Meyer, Dr. Lutz Mez, Mareike Milz, Carsten Möller, Sabine Möller, Johanna Moosdorf, Peter Mühlhoff, Fritz Müller, Gerda Müller, Otto Müller, Müller-Buser, Kaspar Müller-Köpke, I. Muskat, Kirsten Muskat, Kurt Muskat, Margrit Muskat, Barbara Nachmeiner, Angela Nagel, Eva Nagel, Horst Nagel, Klaus Nagel, Reinhard Nagel, Matthias Neumann, Dr. Neumann-Schönwetter, Elfriede Nicolai, Maja Niederberger, C. Nielem-Bernegger, Rolf Dieter Nowack, Dr. Hanspeter Oechslin, Ottilia Oechslin, Ulrike Ohlenbusch, A. Opp. Irene Oppliger, Raissa Orlowa, Houria Ounissi, Hans Jürgen Paech, M. Paetzke-Hasselmann, Elke Paetzold, Prof. Dr. Ulrich Paetzold, Ute Paetzold, Peggy Parnass, Dominique Pavy, Axel Peppke, Andreas Peters, Michael Peters, Dr. Ingeborg Peters-Parow, Dr. Monika Petri, Dr. Thomas Petri, G. Petschl, Helene Petzel, Oskar Pfenninger, Nicolas Philibert, Alfons Della Pietra, Gert Pietsch, Dr. Sigrid Planz, Doris Plattner, Dr. M. Pleines, Elsa Pöllot, Mario Populin, Enno Prahm, Uwe Prell, Karin Prelle, Inge Preuß, Prof. Dr. Harry Pross, Susanne Pur-Randaghi, Angelika Rademaker, Dirk Rademaker, Ursula Rahe, Siglinde Rampp, Arnulf Rank, Thomas Rauschenbach, Stephan Reblin, Dr. Ronald Redlich, Dr. Peter Reidemeister, Erika Reif, Reinold Reif, Dagmar Reimann, Robert Reimann, Elke Reimers, Vera Reinhardt, Hildi Renggli, Josef Renggli, Dr. Reutter, Hannelore Richert, Monika Richter, Sabine Richter, Marian Riebe, Susanne Riebe, Elsina Riederer, Karl Riesen, P.D. DR. Ernst Rippmann, Rosemarie Rippmann, Andreas Ristau, Beate Ritz, Harri Rodmann, Helgard Roeder, Gertrud Rögler, Wilhelm Rohdenburg, Elisabeth Rohrkirch, Dr. Dr. Jürgen Rolffs, Dr. Lily Rosenhilf, Heidi Rosenow, Norbert Rosenow, Julia Rossi, Jürgen Roth, Elfie Rotter, Heike Rübsamen, Klaus Peter Rüffer, Dr. Peter Ruf, Siegfried Ruland, F. Sahnwaldt, Prof. Dr. J. R. von Salis, Judy Salomon, Dr. Hans Saner, Maike Sauer, Christine Schaak, Dr. Danker Schaareman, Jürgen Schäfer, Marita Schattauer, Mignon Schauer, Rudolf Scheidegger, Verena Scheidegger, Dorothee Scheller, Holger Schenk, Carla Scheuring, Dr. Guido Scheuring, Armin Schibler, Veronika Schick, Karin Schiek, Heinrich Schirmbeck, Elke Schlo, Joachim Schmahl, Deborah Schmid, L. Schmid, Werner Schmid, Anna Schmid-Rauber, Wolfgang Schmidt-Holstein, Dr. F. Schmidt-Koensdorf, Elke Schmidt-Stein, Michael Schmidt-Stein, Hansheinz Schneeberger, K.P. Schreckberg, Margit Schriber, Rolf Schrof, Georg Schwämmle, Beatrice Schwager, Arnold Schwarz, Marita Schwarz, E. Schubert, Dr. Reinhold Schuh, Brigitte M. Schulz, Jutta Seglitz, Detlef Siebert, Mechthild Siegbert, Knut Silberer, Günter Skupin, Dorothee Sölle, Ernst Soldan, Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Dr. Alexander Soos, Burkhard Sorge, Gerd Sowka, Gerold Späth, Waltraud Spakler, Egbert Spars, Dr. Paul Louis Speiser, Berend Spoor, Lucienne Spoor, R. Spring, Peter Springmann, G. Springorum, P.D. Dr. Hannes Stähelin, Ulrich Stähle, Hermann Stahl, Verena Stalder, Peter Stark, Prof. Dr. F. Steffensky, Alexander von Steiger, Margrit von Steiger, Dr. Stein, Heinz Steinhauer, Werner Stierl, Dieter Stinshoft, Rolf Stöcklin, Hanne Storck, Gertrud Stoyke, Werner Strahl, Johano Strasser, Berta Strebel, B. Strich, Dr. Stüve, Ursula Sulger, Heinrich Sutermeister, Dr. Peter Sutermeister, Ruth Sutermeister, Wolf R. Teegen, Prof. Dr. Wolfram Thiemann, Dr. Ulrich Thieme, Dr. Raea Thönges, Christoph Thomas, Gustav Tilmann, Kirsten Tilmann, Ingelore Tost, Stephen Trantner, Leif Traube, Philipo Esteban Trawcoso, L. Trefas, Francesco Tribbia, Patrick Trieu-Cuot, Balz Trümpy, Sabine Ulbricht, Majy Uphoff, Philipp Uphoff, Erika Vaith, P. Vanderelst, Prof. Dr. Marie Veit, Guntram Vesper, Johannes Vetter, Lieselotte Vetter, Marie Noel Vincent, Dr. H. Vogel, Helga Vogelsang, Renate Vogt, Dr. Jeanpierre Voiret, Dr. Hanns Voss, Paul Vosseler, Kati Wadel, Hartmut Waechtler, Barbara Wallimann, Martin Walser, Horst Walther, Ulrike Waltz, Dr. P. Walzel, Jürg Weber, Klaus Weber, Ch. Weber-Eicher, Uta Weber-Held, J. von Wedel, Dietrich Weidmann, Dieter Weigel, Susanne Weiss, Karin Wenzel, Egid Werner, Sylvia Werner, Dr. Joachim Wernicke, Hans Werthmüller, Dieter von Wichmann, Wolf Dieter Wiebach, Herta Wiemken, Heinrich Wiesner, Jacqes Wildberger, Berd Woitalla, Ursula Woitalla, Ute Wolf-Eichbaum, Wolfgang Woll, Brigitte Woller, Christa Wossidlo, Dr. Marian Wossidlo, Gabriele Wüsten, Ulrich von Wulfen, Jörg Wullschleger, Prof. Dr. Felix Wyler, Dr. Jane Wyler, Barbara Wyss, Kurt Wyss, Gerard Wyss, Ulrike Zak, Erika Zeller, Rudolf Zeller, Ernst Zimmer, Peter Zimmer, Rudolf Zimmer, Ruth Zimmer, Günter Zint, Dr. Jürgen Zippel, Alexandre Zöldy, Emil Zopfi, Erika Zulliger, Walter Zulliger, Hansrudi Zurfluh, Gerhard Zwerenz.

Seit ungefähr einem Jahr sind jetzt Genossen der KPD der DDR zu hohen Haftstrafen verurteilt und sitzen in den Gefängnissen der DDR. Angehörige der Gefangenen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld haben einen Appell an den Ministerrat der DDR gerichtet, für den sie um Unterstützung werben.

Wir drucken diesen Appell hier nochmal ab, und zeigen auch, wie erfolgreich die Sammlung der Unterzeichner bisher schon war. Weit über tausend Menschen, einfache Arbeiter oder Nobelpreisträger unterstützen diesen Appell.

Wir möchten alle Leser des „Roten Morgen" auffordern, diesen Appell auch zu unterzeichnen.

Das Dortmunder Solidaritätskomitee mit den in der DDR Gefangenen kommunistischen Oppositionellen unterstützt diese Aktion auch und verschickt gern auch Exemplare des Appells und Unterschriftenlisten. Adresse: H. D. Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund.



Manfred Wilhelm

geboren am 5. Januar 1951. Ledig. Betriebsschlosser. Verhaftet am 19.3.81, verurteilt im Juni 1982 zu acht Jahren Haft. Derzeit in der Haftanstalt Brandenburg/Havel.



Andreas Bortfeld

geboren am 1. Mai 1953. Verheiratet, zwei Kinder. Diplom-Mathematiker. Verhaftet am 19.3.81, verurteilt am 9.7.82 zu acht Jahren Haft. Derzeit in der Haftanstalt Bautzen.

APPELL

**An den
Ministerrat der DDR**

**Dr. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31**

2804 Lilienthal

Sehr geehrte Damen und Herren,

im April, Juni und Juli 1982 wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von Amnesty International als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurden damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

**Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt**

Ich/wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

....

Name **Anschrift**

....

Unterschrift

**Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lilienthal**

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10,- 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

18-Monate-Vertrag bei ÖTV?

„Stufenplan" nach unten

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen" ist immer noch nicht sicher, ob das Ergebnis der Pegnitzer Schlichtung im öffentlichen Dienst auch angenommen wird. Im Vorfeld der Tagungen der zuständigen Gremien gab es einiges Geplänkel über die sogenannte Zusatzversorgung (also über die Beschneidung derRentenansprüche der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes). Andererseits deutet nichts darauf hin, daß die Gewerkschaft ÖTV in größerem Umfang Aktionen vorbereiten würde, wie es ja nötig wäre, wenn man das Schlichtungsergebnis abwenden würde.

Diese Tage sind dementsprechend wieder einmal die Hochkonjunktur der Rechenkünstler. Die einen rechnen vor, wie unvorstellbar teuer das alles für „die Wirtschaft" bzw. im konkreten Fall „den Staat" wird, die anderen, von der Gewerkschaftsspitze angestellt, wie nahe das Ergebnis doch eigentlich, wenn man nur dies und jenes und das auch noch berücksichtige, der ursprünglichen Forderung sei. Aber dies beiseite: Wenn es zur Annahme kommt, dann stellt dies tatsächlich einen ganz entscheidenden Einschnitt in die Tariflage der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung dar. Denn ein Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 18 Monaten, wie er jetzt vorgeschlagen wurde, das war genau das, was von Unternehmerseite in den anderen vorhergehenden Tarifrunden angepeilt wurde. Ihr Ziel dabei war es, die „normale" Regellaufzeit von Lohn und Gehaltsverträgen, die bei uns bisher nun mal ein Jahr gewesen war, zu verlängern. Da hätten sie also den „Einstieg" geschafft. So wäre zum faktischen Abschluß der diesjährigen Tarifbewegung ein schwerer Nackenschlag erfolgt, denn mit Sicherheit werden, falls es so weit kommt, die Unternehmer demnächst versuchen, dieses Modell zu übernehmen.

Dies ist aber, wenn auch ein sehr grundsätzlicher, nur einer der bedeutenden Punkte eines solchen Abschlusses, wie ihn der Spruch der Schlichter vorsieht. Der andere ist einfach der des realen Ergebnisses, das aus diesem Verfahren entsteht. Und wenn man hier einmal rechnet, so liegt der Abschluß für 12 Monate (und davon war man ja ursprünglich von Gewerkschaftsseite, bzw. wenigstens von der Seite der Mitgliedschaft aus, ausgegangen) eindeutig unter der 2-Prozent-Grenze. Oder mit anderen Worten: Genau da, wo ihn Zimmermann und Co. haben wollten. Wenn man alle zusätzlichen Rechnungen, die eigentlich gar nichts mit dem Lohn bzw. Gehalt zu tun haben, beseite läß (wie zusätzlicher Urlaub), kommt eben dies dabei heraus. Eine Rechnung im übrigen, die keinesfalls nur die Kommunisten aufmachen, sondern auch die großen Wirtschaftsblätter der BRD so vorrechnen. („Auf 12 Monate umgerechnet hat der Abschluß im öffentlichen Dienst einen Wert von rund 1,8 Prozent", schreibt das „Handelsblatt" beispielsweise am 30. Mai).

Es ist also ein Stufenplan, der eindeutig und in jeder Beziehung nur in eine Richtung weist: Nach unten. Was das Realeinkommen betrifft sowieso, ein weiteres Mal, wie leicht auszumachen ist. Aber auch, was die Tarifsituation insgesamt betrifft.

Alles dies spricht natürlich überdeutlich dafür, diesen Vorschlag der Schlichtung abzulehnen. Alles dies spricht erst recht für die Forderung, keine Tarifabschlüsse ohne Urabstimmung zuzulassen. Was die Streitigkeiten um die sogenannte Zusatzversorgung betrifft, wäre es höchste Zeit, hier nicht nur abzulehnen, sondern der monatelangen Kampagne der Medien, die ausgerechnet die Arbeiter im öffentlichen Dienst als Privilegierte darstellen will, entgegenzutreten.

Kündigung auf der Schlichting-Werft

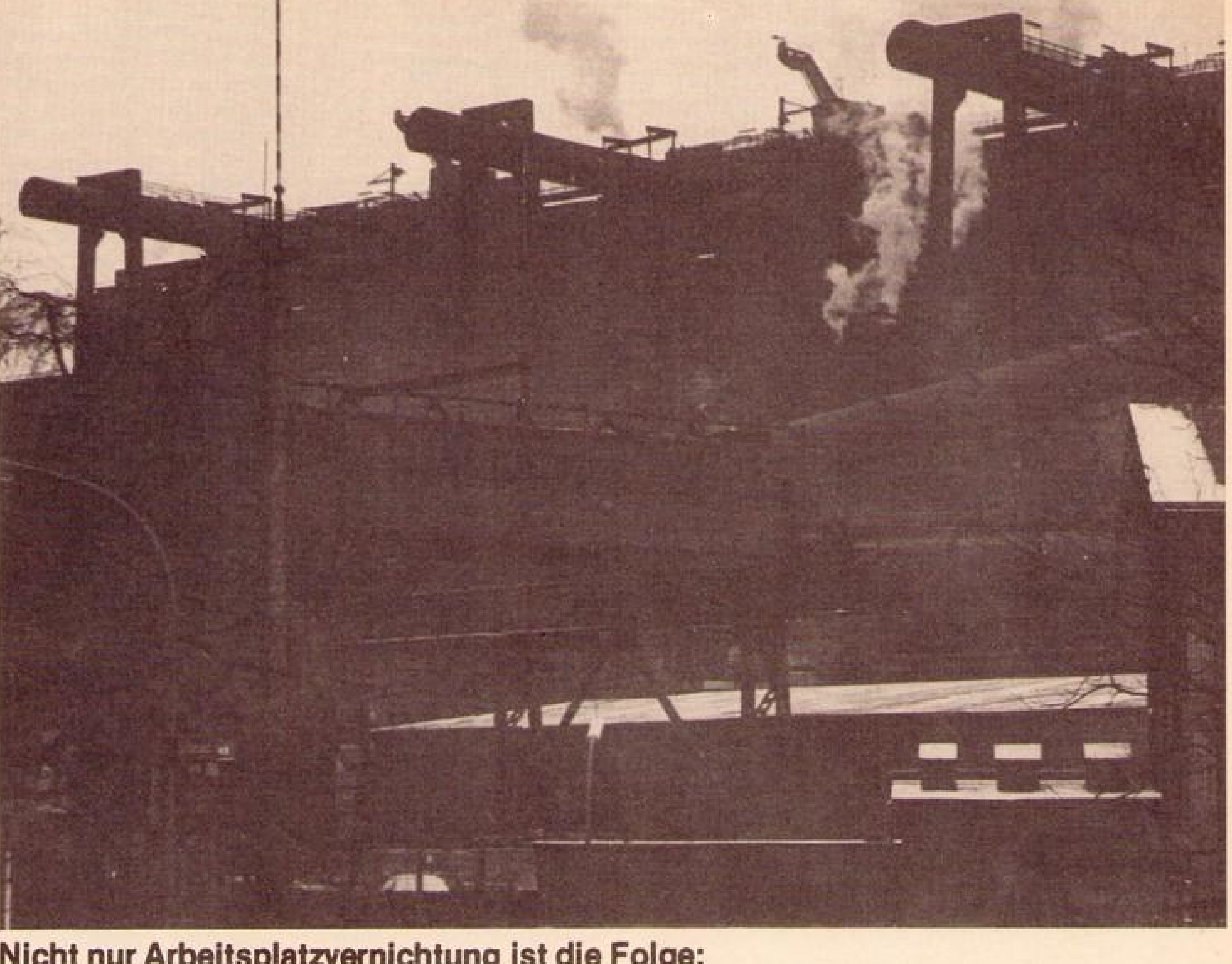
Erfolg vor dem Arbeitsgericht: Kündigung unwirksam

In der ersten Instanz vor dem Lübecker Arbeitsgericht wurde in der vergangenen Woche die fristlose Kündigung des Betriebsrats Lutz Köhnke durch die Schlichting-Werft-Werksleitung für ungültig erklärt. (Der „Rote Morgen" berichtete über den Vorgang).

Behauptet worden war, Köhnke hätte die Basis für eine weitere „Zusammenarbeit" vernichtet, weil er über die Möglichkeit von Kurzarbeit noch in diesem Jahr anderer Meinung war als die Geschäftsleitung. Der Betriebsrat stimmte daraufhin der fristlosen Kündigung zu!

Zu Recht wurde dies, unabhängig von den verschiedenen politischen Meinungen, als ein frontaler Angriff auf die Rechte von Betriebsräten angesehen, denen so verwehrt werden könnte, eine eigene Meinung zu vertreten. Deshalb gab es in Lübeck und auch in anderen Werftbetrieben große Solidarität, die sich auch in der Anwesenheit zahlreicher Betriebräte beim Prozeßtermin ausdrückte. Die IG Metall hatte Rechtshilfe gewährt, der Schlichtig-Betriebsrat war relativ isoliert mit seiner Zustimmung.

Das Gericht befand nun, daß es für die fristlose Kündigung keinerlei Grundlage gegeben habe. Allerdings wurde auch dem Anspruch Köhnkes, bis zur endgültigen Klärung an seinem alten Arbeitsplatz weiterbeschäftigt zu werden, nicht stattgegeben. Vorher hatte Köhnke selbst beim Gütetermin den — doch sehr bezeichnenden — Vorschlag abgelehnt, er könne weiterbeschäftigt werden, wenn er auf sein Betriebsratsmandat verzichte. Dieses Angebot war ohne Zweifel ein Hinweis, daß es die Geschäftsleitung gern in aller Stille hinter sich gebracht hätte, sich in schwacher Position sah. Dies und die Solidarität waren wohl auch Gründe dafür, daß auch in der Öffentlichkeit zusehends deutlicher wurde, daß es sich bei dem ganzen Vorgang um einen Vorwand handelte, einen Mann, der wegen seiner Kandidatur für die Linke Liste Schleswig-Holsteins den Unternehmern (und einigen Betriebsräten) unangenehm war, loszuwerden.



Nicht nur Arbeitsplatzvernichtung ist die Folge:

Rationalisierung in der Stahlindustrie

Hinter den stets neuen Meldungen über neue Schließungspläne des Stahlkapitals bleibt die Auswirkung des Rationalisierungsfeldzuges innerhalb der Betriebe im öffentlichen Interesse weit zurück. In einem Artikel, den ein Genosse der KPD-Parteizelle bei Hoesch in Dortmund für die „Politischen Berichte" des BWK verfaßte, wird die Auswirkung auf Löhne und Produktivität genauer untersucht. Wir drucken den Artikel im folgenden ab.

Die Stahlkapitalisten sehen das Problem so: „Die Höhe der Arbeitskosten je Tonne Erzeugung ist ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie ... Unter Arbeitskosten wird hier verstanden: Direktlohn, Gehälter und deren Zusatzkosten. Die Arbeitskosten nahmen 1980 beim Stahl mit annähernd 30 Prozent der Gesamtkosten die erste Stelle ein." („Stahl und Eisen" 19/82) Dementsprechend versuchen die Stahlkapitalisten mit den verschiedensten Methoden die „Arbeitskosten" zu senken. Angriffspunkte der vergangenen Jahre und der zukünftigen Klassenauseinandersetzungen sind:

Die „Lohnzusatzkosten" — dies „sind die von den Unternehmern zu tragenden Aufwendungen für die Bezahlung von Ausfallzeiten wie Urlaub und Krankheit, Sonderzahlung, Gratifikation u.ä., die soziale Sicherheit der Beschäftigten, die Berufsausbildung und sonstige betriebliche Sozialleistungen wie Zuschüsse für Belegschaftswohnungen, Naturalleistungen, werksärztlicher Dienst u.a." Hier geht der Angriff gegen den erkämpften Standard der Reproduktion innerbetrieblich in Richtung Streichung und Kürzung von Betriebsvereinbarungen — so „sparten" die Hoesch-Kapitalisten durch die Kündigung zweier Betriebsvereinbarungen über Altersruhegeld und sonstige Leistungen über 50 Millionen Mark in den letzten beiden Jahren.

Außerbetrieblich haben sie ihre Forderung an die neue Regierung ebenfalls klar ausgesprochen: „Die Lohnzusatzkosten machen heute über 80 Prozent des Direktlohns aus ... 1965 waren es noch rund 45 Prozent. Maßgebend für diesen Anstieg sind vor allem die Beiträge, die der Arbeitgeber für soziale Sicherheit, bezahlte Freistellung und Sonderzahlungen aufzubringen hat." Deshalb forderte Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in „Stahl und Eisen" 22/82: „Die Reform des Sozialstaates sollte fünf einfache Grundsätze beachten: 1. Beachtung der wirklich sozialen Bedürftigkeit; 2. Marktähnliche Steuerung bei staatlichen Dienstleistungen; 3. Zeitabhängig gestaffelte Lohnersatzleistungen; 5. Förderung der Person anstelle Subvention von Sachen und Objekten."

Eine zweite Ebene ist die der Verbesserung der Produktivität — darunter wird die Walzstahlerzeugung je geleisteter Arbeitsstunde verstanden. Während die Stahlkapitalisten darüber jammern, „von 360 Tagen im Jahr arbeitet in Japan der Schichtarbeiter an 250 Tagen, sein Kollege in Deutschland nur an 190 Tagen" zeigt eine von ihnen selbst errechnete Tabelle, daß die durch die innerbetriebliche Rationalisierung erreichte Produktivitätssteigerung z.B. im Jahre 1979 dazu geführt hat, daß die Produktivität in der westdeutschen Stahlindustrie nur wenige Punkte hinter der in Japan zurücklag. Nimmt man die auf eigenen Berechnungen beruhende differenzierte Darstellung der Entwicklung der pro Arbeiter erzeugten Menge Roheisen, Rohstahl bzw. Walzstahlfertigerzeugnisse von 1955 bis 1981 dazu, wird deutlich, welchen „Fortschritt" die verstärkten Rationalisierungen der letzten Jahre für die Konkurrenzsituation des westdeutschen Kapitals bedeuteten. Dies führte natürlich zu einem enormen Abbau von Arbeitsplätzen, zu einer enormen Verdichtung der Arbeitsleistung an den verbliebenen Arbeitsplätzen.

Während z.B. vor drei oder vier Jahren immer die Rede davon war, daß Hoesch kurz vor dem Bankrott stehe, weist derselbe Konzern im Jahresabschluß 1982 einen zweistelligen Millionengewinn aus. Grund dafür ist der enorme Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren. So wurden von 1979 bis heute allein bei den Hüttenwerken von Hoesch über 800 Arbeitsplätze vernichtet — das ist ein Drittel der ursprünglichen Zahl. Parallel dazu stieg die Produktivität enorm an: von ca. 0,14 Tonnen Walzstalfertigerzeugnissen auf über 0,18 Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse jeweils pro Arbeitsstunde. Damit gewann Hoesch verlorenen Boden im Kampf gegen die anderen Konzerne zurück. „Bezahlen" müssen es die Arbeiter an den Hochöfen und in den Stahl- und Walzwerken mit erhöhter Arbeitsleistung, mit weiterer Intensivierung der Arbeit. Natürlich versuchen die anderen Stahlkonzerne dem zu folgen, mit der Konsequenz, die Schweißauspressung auch dort zu erhöhen.

Eine neue zusätzliche Entwicklung ist in den letzten Monaten in Gang gekommen: die verstärkte Einführung von Prämienbestandteilen in das Lohnsystem parallel mit der Einführung von sogenannter Gruppenarbeit. Zwar gab es auch schon bis zum Jahre 1982 eine Betriebsvereinbarung über eine sogenannte Produktivitätsprämie. Sie war allerdings für die Kapitalisten im Laufe der Zeit aus zwei Gründen uninteressant geworden:

1. Sie wurde in einem gleichen Betrag an alle Arbeiter und Angestellte gezahlt.

2. Sie beruhte auf Berechnungen von sehr groben Kennziffern wie z.B. Gesamttonnenzahlen an Roheisen bzw. Rohstahl und ermöglichte keine auf einzelne Aggregate bzw. Ereugnisse zugeschnittene Anreizprämie zur erhöhten Leistungsverausgabung.

Die seit September 1982 gültige neue Betriebsvereinbarung über die „Einführung von Leistungsprämien für Lohnempfänger" ermöglicht aber in Zukunft: „I. Die Einführung von Bereichsprämien ... die Prämien ergeben sich aus dem Verhältnis Ist-Arbeitsproduktivität : Soll-Arbeitsproduktivität = Bereichproduktivität ... II. Qualitäts- und mengenbezogene Prämien ... soweit andere meßbare Bezugsgrößen — u.a. Mengen- und Qualitätsmerkmale — zum Aufbau von leistungsbezogenen Prämien herangezogen werden können, besteht die Möglichkeit, direkte Prämien anstelle der Bereichsprämien zu vereinbaren."

Ziel der Hoesch-Kapitalisten war es, die Leistungsauspressung zu erhöhen. Denn: „Besonders hohe Leistungssteigerungen lassen sich ... bei Umstellung von Zeit- auf Leistungsentgelte erzielen." Die bisherigen Erfahrungen werden in einer späteren Nummer der „Politischen Berichte" dargestellt werden.

ÖTV-Solidarität mit Gewerkschaftern in der Türkei

Soll die Kampagne auf dem Papier bleiben?

Den folgenden Bericht schickte uns ein Leser aus Mülheim. Wir meinen, es ist ein besonders schlagendes Beispiel dafür, wie groß der Unterschied zwischen Beschlüssen und Wirklichkeit oftmals innerhalb des DGB ist. Die Haltung des Mülheimer ÖTV-Vorstandes und des DGB-Kreisvorstandes ist nichts anderes als pure Sabotage an Gewerkschaftsbeschlüssen.

Liebe Genossen!

Dankenswerterweise habt Ihr im „Roten Morgen" Nr. 18 auf eine Solidaritätsaktion der ÖTV für die verhafteten Gewerkschaftskollegen in der Türkei hingewiesen. Dazu noch folgendes:



Mit Postkarten wie dieser sollte die Aktion durchgeführt werden

Die Türkeigruppe in Mülheim hatte aus einer Meldung in der „Frankfurter Rundschau" von dieser Aktion erfahren. Zur Notwendigkeit internationaler Solidarität gerade im Hinblick auf die Türkei gab es auch einen Artikel im ÖTV-Magazin, unterzeichnet von Kluncker. Nach einer Diskussion über die Bedeutung gerade gewerkschaftlicher Solidaritätsaktionen für verhaftete Gewerkschafter und Antifaschisten in der Türkei stand für die Mitglieder der Türkeigruppe fest:

Hin zur örtlichen ÖTV, möglichst viele Postkarten besorgen, mit der Solidaritätsaufschrift und dann bei der Maikundgebung ausfüllen und abschicken in die Türkei. Einzelne ÖTV-Kollegen fanden, daß das eine gute Aktion sei für den 1. Mai, nicht so jedoch der ÖTV-Vorstand und der DGB-Kreisvorstand. Bei der ÖTV hieß es: Wir haben nur 20 Postkarten in Mülheim bekommen und die sind wohl schon an Mitglieder verteilt worden. Neue Postkarten vom Hauptvorstand anzufordern, wurde abgelehnt. In verbindlichem Tonfall wurde ebenfalls abgelehnt, am 1. Mai dazu etwas zu machen. Die ablehnende Haltung beim DGB-Kreisvorstand war dann nicht weiter erstaunlich. Geben doch da gerade in Mülheim diejenigen Sozialdemokraten den Ton an, bei denen sich Helmut Schmidt schon immer am wohlsten fühlte und denen konkrete Solidaritätsaktionen solcher Art anscheinend ungelegen sind. Für diese Kollegen sind wohl die sehr lesenswerten (angenommenen!) Anträge des vorjährigen Bundeskongresses des DGB Nr. 70 und 71 („Gewerkschaftssituation in der Türkei" und „Militärputsch in der Türkei") nur wertloses Papier. Immerhin wird dort u.a. gefordert: „Die Freilassung aller Gewerkschafter und Demokraten". „Der Militärputsch" wird „entschieden verurteilt". Ein „sofortiger Stopp der Militärhilfe" und ein „sofortiger Stopp der Wirtschaftshilfe" wird von der Bundesregierung verlangt. Und außerdem: „Personen, die aufgrund ihrer gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten in der jetzigen Situation aus ihrem Heimatland in die Bundesrepublik flüchten, muß schnell und unbürokratisch im Rahmen des Asylverfahrens geholfen werden!" u.a.m.

Dank der guten Zusammenarbeit mit der örtlichen GEW wurden dann doch noch bei der 1.-Mai-Kundgebung 50 Postkarten beschriftet und abgeschickt, allerdings ohne den ÖTV-Aufdruck.

P.S.: Die Aufschrift auf der ÖTV-Postkarte „Freiheit für türkische Gewerkschafter" hätte doch wohl besser „Freiheit für die Gewerkschafter in der Türkei" heißen sollen, oder?

Kaufhof Mülheim soll bleiben!

Daß in einer Stadtteilzeitung der KPD über die Schließung eines Betriebs berichtet wird bzw. über entsprechende Pläne, ist heute kein Ausnahmefall mehr. Wenn es sich aber um das größte Kaufhaus am Platz handelt und versucht wird, eine Verbindung zwischen dem Kampf der Belegschaft und ganz unmittelbaren Interessen der Einwohner herzustellen, dann ist das doch nicht alltäglich. Zumindest interessant genug, damit wir den entsprechenden Artikel aus „D'r Müllemmer", Stadtteilzeitung der KPD für Köln-Mülheim, hier abdrucken.

Liebe Mülheimer!

Kaum ist eine Woche ins Land gegangen, daß unser Kanzler in seiner Regierungserklärung verkündet hat: „Der Aufschwung ist in Sicht", da erfuhren die Beschäftigten des Kaufhofs in Mülheim auf der Betriebsversammlung am 6.5.:

- Ende des Jahres soll der Kaufhof geschlossen werden;
- es soll die „Kaufhalle" reinkommen, (die auch der Kaufhof AG gehört);
- von den jetzt 131 Beschäftigten beim Kaufhof sollen nur 35 von der „Kaufhalle" übernommen werden.

Angeblich sind die Kaufhöfe im Stadtteil unrentabel.

Es hieß zwar, niemand würde entlassen. Es würde nur Umbesetzungen geben. Aber das ist völlig unwahrscheinlich. Denn in den anderen Filialen wird doch auch laufend rationalisiert, ausscheidendes älteres Personal schon lange nicht mehr ersetzt. Und die Situation in Kalk und Nippes wird nicht viel anders sein als in Mülheim.

An der Hohen Straße z.B. wurde erst vor kurzem der gesamte Restaurationsbetrieb auf Selbstbedienung umgestellt, ein Pächter reingenommen, und die wesentlich weniger Angestellten mußten auch noch Lohneinbußen hinnehmen durch die niedrigen Tarife beim Gaststättengewerbe.

Durch Parkautomaten wurden die Männer eingespart, die sonst die Parkgebühren kassierten, usw. und sofort. Bei der Zusammenlegung der Verwaltung von „Kaufhof" und „Kaufhalle" im letzten Jahr wurden 500 Beschäftige entlassen.



Auf die Versprechen der Geschäftsleitung kann man also gar nichts geben. Es muß alles daran gesetzt werden, die Arbeitsplätze, wie sie sind, zu erhalten.

Die Beschäftigten des Kaufhofs haben sofort mit einer Unterschriftensammlung begonnen, um Druck auf die Geschäftsleitung auszuüben. Diese Öffentlichkeit war dem Kaufhof-Vorstand natürlich gar nicht recht. Aber trotz der Gefahr, daß sich das negativ für sie auswirken kann, haben die Betroffenen mutig einen Informationsstand vor den Kaufhof gestellt und sammeln weiter Unterschriften.

Die Schließung kann uns Mülheimern nicht egal sein!

Der Kaufhof am Wiener Platz hat uns bisher so manchen langen Weg in die Stadt erspart. Die Kaufhalle wird ein wesentlich geringeres Sortiment an Waren haben. Außerdem viel Ramschware, Billigartikel. Eine zweite Woolworth eben und die gibt's ja nun schon. Wenn der Kaufhof, den es seit 1910 hier gibt, einer dieser Billigladenketten weichen muß, wird das die Einkaufsmöglichkeiten in Mülheim verschlechtern.

Der Kaufhof-Vorstand verspricht sich durch die Umwandlung in eine Kaufhalle geringere Kosten:

- durch weniger Personal (völlige Umstellung auf Selbstbedienung);
- durch geringeres Sortiment;
- durch weniger Aufwand für Werbung und Lagerhaltung;

unterm Strich mehr Umsatzplus.

Bei einem 8-Milliarden-Umsatz hat die Kaufhof AG 1980 61 Millionen Gewinn gemacht. Inzwischen haben sie sich noch Neckermann einverleibt.

Die Handelsriesen saugen immer mehr kleinere Firmen auf und rationalisieren sie nach den neuesten Erkenntnissen durch. Der Aufschwung für die Aktionäre ist dann sicher, die Arbeitsplätze gehen kaputt.

Sind 50000 Arbeitslose in Köln noch nicht genug? Hier geht es um 100 Arbeitsplätze und die Einkaufmöglichkeiten der Mülheimer Bürger.

Wehren wir uns! Unterstützen wir die Kaufhof-Angestellten in ihrem Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze!

- **Kaufhof/Mülheim soll bleiben!**

Aktion Berliner AEG-Arbeiter

„Der Senat zahlt Millionen an AEG, damit ich auf der Straße steh"

Ende Mai wurde in Berlin-Spandau (und gleichzeitig auch in Marienfelde) Grundstein für ein neues AEG-Werk gelegt. Das wird vom CDU-Senat als Erfolg seiner Wirtschaftsförderungspolitik dargestellt. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß hierhin die Produktion der bisherigen Werke in der Brunnenstraße — modernisiert, versteht sich — verlagert werden soll, daß also keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern welche vernichtet werden mit diesem Vorgehen, was vom Senat mit Investitionszulage, Zinszuschuß und Kreditbürgschaft zigmillionenschwer unterstützt wurde. Dagegen protestierten die Kollegen organisiert vom betrieblichen Aktionskomitee.



Tag der offen Tür" bei Thyssen/Brackwede

Geld spielt keine Rolle!

Aus „Die Rote Presse", Betriebszeitung der KPD

Ein Artikel mit solch einer Überschrift erscheint relativ selten in einer kommunistischen Betriebszeitung. Aber es ging ja auch um einen Werbetag für das Werk. Die Genossen der KPD dachten sich, es könne nicht schaden, wenn die Besucher an diesem Tag auch mit der Wirklichkeit im Werk konfrontiert würden. Deshalb gaben sie eine Sonderausgabe ihrer Betriebszeitung heraus, in der sie zu verschiedenen Problemen den schönen Schein lüfteten. Wir drucken im folgenden einen Artikel über den gefeuerten Betriebsrat Holger Koch ab:

DIE ROTE PRESSE
Betriebszeitung für THYSSEN-Brackwede
Kommunistische Partei Deutschlands

Am 4. Mai fand der zweite Termin vor dem Arbeitsgericht statt, in dem der Kollege Koch gegen seine Kündigung vorgeht. Der Vorwurf, die zwei falsch gebohrten Löcher seien von dem Kollegen vorsätzlich gemacht worden, wird auch für das Gericht unhaltbar. Bei dieser zweiten Verhandlung waren diesmal auch die Herren Scirba und Lengert als Zeugen der Werksleitung erschienen. Nicht zu vergessen natürlich auch der dicke Röwer. Alle drei waren offensichtlich gut präpariert. Sie hatten jede Menge schriftliche Unterlagen mit. So z.B. ganz genaue Zeichnungen, wie die beiden Löcher denn damals haargenau ausgesehen hatten. Die Löcher selbst sind ja sofort wieder repariert worden und man kann sie nicht mehr untersuchen. Die Werksleitung versucht aber nun aus der angeblichen Beschaffenheit der Bohrungen zu „beweisen", daß sie absichtlich daneben gingen.

Seltsame Methoden

Stutzig macht einen allerdings, wie die Werksleitung damals vorgegangen ist. Bei einem eiligen Auftrag wird ein Fehler gemacht: Das kommt öfters vor und normalerweise wird man sofort daran gehen, die Sache in Ordnung zu bringen. Bei dem Kollegen Koch allerdings stellt man erst haarkleine Untersuchungen an.

Wer sucht, der findet. Und siehe da, plötzlich ist man angeblich einer Sabotage auf die Spur gekommen. Um das zu verstehen, muß man allerdings die Vorgeschichte kennen: Die letzte Betriebsratswahl ging ja anders aus, als es sich die Werksleitung gewünscht hatte. Es wurde eine Reihe neuer Kollegen gewählt. Und gewisse rechte BR-Mitglieder verloren Stimmen. Der Versuch der aktiven Kollegen, einen frischen Wind in den festgelegten Ablauf der Betriebsratsarbeit zu bringen, wurde von der Werksleitung natürlich hart bekämpft. Aber auch den Rechten paßte diese neue Richtung nicht. In einem Überraschungscoup, bei dem vor allem der Vorsitzende Helmut Wiza mit fliegenden Fahnen die Seiten wechselte, ließ die alte Clique wieder die Macht an sich. Von nun an wurden immer wieder einzelne Kollegen angegriffen. Alle Anträge wurden ohne Diskussion abgeschmettert. Die Betriebsleitung ließ es sich natürlich nicht nehmen, diese BR-Mitglieder mit Ermahnungen und Verwarnungen einzudecken. Man will offensichtlich Fakten schaffen. Die Leute zermürben, damit hinterher eine Kündigung um so glatter über die Bühne geht. So geschehen eben auch bei dem Kollegen Holger Koch. Infam ist nun aber die Zustimmung der Betriebsratsmehrheit zu diesem Angriff der Werksleitung. So etwas darf man niemals vergessen!

Das Urteil in dem Prozeß des Kollegen Koch gegen Thyssen wird am 18. Mai verkündet. Aber es spricht alles gegen die haarsträubende Sabotage-Story.

Holger Koch muß wieder eingestellt werden!



»Auf Befehl würde ich auch für ihn töten«
Das sagte erst vor wenigen Wochen Arndt Heinz Marx, der seinem Chef Hoffmann bedingungslosen Gehorsam schwor. Der 23jährige »Kämpfer« demonstriert hier an einem Kameraden, wie man einem Gegner die Kehle durchschlitzt.

Mörder gibt es in den Nazi-Banden. Ein potentieller Mörder ist auch Arndt-Heinz Marx, eine der wichtigsten Figuren der ANS/NA neben Michael Kühnen. Als er noch bei Hoffmanns WSG war, erklärte er offen: „Auf Befehl würde ich auch für ihn töten". Wie er dafür ausgebildet wurde, demonstrierte er ungeniert vor der Kamera. Das war wenige Wochen vor dem Massaker auf dem Münchner Oktoberfest, das von einem Mitglied der Hoffmann-Bande verübt wurde, der von Bundesanwalt Rebmann kurzerhand zum „Einzeltäter" erklärt wurde. Rebmann mag sich heute mit der Erklärung zufrieden geben, die Marx scheinheilig Ende 1982 in einem Interview abgab: „Ich lehne Gewaltanwendung als politisches Durchsetzungsmittel rigoros ab." Ein Antifaschist darf das nicht — es könnte sich als tödlicher Irrtum erweisen. Von Marx stammt auch die folgende frühere Auslassung: „Angesichts der wirtschaftlichen Lage und der vielen Arbeitslosen müssen wir uns schon jetzt auf einen Bürgerkrieg mit den Linken vorbereiten." Die ANS/NA muß zerschlagen werden, ihre Führer gehören ins Gefängnis!

Stoppt die Nazi-Sammlungsbewegung! (III)

Das Klima, in dem der Faschismus gedeiht

„Wir sind die Endstation." Mit dieser Antwort auf die Frage, ob seine neue Organisation ANS/NA ein weiterer „Durchlauferhitzer" für Neonazis sei — wie etwa die NPD-Organisationen — brachte Kühnen klar zum Ausdruck: Sein Verein ist sowohl die extremste Nazi-Organisation, die sich ja auch ganz unverhohlen zur Tradition der Hitler-Partei bekennt, als auch der festeste Zusammenschluß auf rechtsaußen, tatsächlich das Sammelbecken aller militanten Faschisten.

Was er seit seiner Haftentlassung erreicht hat, um diese Einschätzung zu begründen, faßte er selbst in die Worte: „Das Ergebnis von drei Monaten Aufbauarbeit kann sich sehen lassen. Mit nunmehr knapp 30 Kadermitgliedern, rund 200 Nationalen Aktivisten und vielen Tausend offenen und geheimen Anhängern ist die ANS/NA die stärkste Bewegung in unserem Lager."

Die Frage der Anhängerschaft einmal dahingestellt, bleibt die Aufstellung der ANS-Stützpunkte, die Kühnen in einem internen Rundbrief verbreiten ließ, durchaus glaubwürdig. Die obige Äußerung stammt vom März dieses Jahres, seitdem sind nochmals zwei Monate ins Land gegangen, in denen Kühnens Bande unbehelligt und sogar geschützt von der Staatsgewalt weitersammeln konnte; das bisher letzte Ergebnis war die Gründung einer „Kameradschaft" in Bad Hersfeld, die anläßlich des Pfingstreffens der Waffen-SS stattfand, erneut unter dem Schutz von Polizeitruppen, die auch wieder für die Unversehrtheit der Nazi-Terroristen prügelte.

„Volksgenossen, liebe Kameraden, im Jahr 1978 hat die ANS in Lentföhrden ihre erste zentrale Kundgebung durchgeführt. Unser Motto war: Gerechtigkeit für Adolf Hitler. Damals ist uns die Versammlung von der Polizei zerschlagen worden, heute schützt die Polizei eine unserer Veranstaltungen. Das ist ein deutliches Zeichen für eine Änderung des sozialen politischen Klimas in diesem Land." (Michael Kühnen in Bad Bergzabern, 30. April 1983)

Den eindeutigen Fakten entgegengesetzt fiel eine Beurteilung aus, die die Frankfurter Staatsanwaltschaft im April über die ANS fällte und mit der sie ihre Untätigkeit gegenüber ihr begründete. Demzufolge handelt es sich bei der Bande nämlich „*nur um einen lockeren Zusammenschluß von Nationalsozialisten, die keinen Organisationsplan haben und auch nicht arbeitsteilig arbeiten*".

Diese geradezu unverschämte Behauptung, dieses Wegläugen von sicher bekannten Tatsachen mag seine Begründung in einer grundsätzlichen Haltung dieser Staatsanwaltschaft (und nicht dieser allein) gegenüber dem Nationalsozialismus finden, die den einfachsten demokratischen Vorstellungen Hohn spricht und auch in weiteren Passagen ihrer Beurteilung der ANS/NA zum Ausdruck kommt. Zum Beispiel in der, worin die Forderung nach der Aufhebung des Verbots der NSDAP für nicht strafbar erklärt wird. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren wurde daraufhin ohne Gerichtsentscheidung eingestellt.

Das heißt nichts anderes, als es für ganz normal, als ein demokratisches Recht sozusagen, hinzustellen, für die Wiedererrichtung des Faschismus zu werben, eben für einen „Staat, wie er von 1933 bis 1945 in Deutschland war" (ANS/NA-Funktionär Peter Müller).

Das heißt ein Klima zu schaffen, in dem die Nazis aufleben, in dem der Faschismus gedeiht. Diese Absage an alle demokratischen Grundsätze, an alle Lehren aus der Hitler-Barbarei paßt in die Zeit der Wende, die in Bonn angesagt wurde, sie findet ihre Fortsetzung in den konkreten Aktionen des Staates zum Schutz der Nazis und wird von diesen selbst gut erkannt und begeistert gefeiert (siehe Kasten).

Da verwundert es nicht mehr, daß sich die ANS/NA selbst ohne Scheu als „legalen Arm der nationalsozialistischen Bewegung in der Tradition der SA" vorstellt und hinzufügt, sie bekenne sich „zum Kern und Sinn des 25-Punkte-Programms vom 24.2.1920" der NSDAP.

Spätestens hier wird sicher jeder stutzig, der nicht gerade offene Sympathien für den Faschismus hat, sich ein bißchen in der Geschichte auskennt und sich wenigstens auf das Grundgesetz besinnt. Gibt es nicht auch da einen Artikel, nach dem Nachfolgeorganisationen der NSDAP verboten sind?

(wird fortgesetzt)

18. Juni in Bochum:

Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit

Zur Demonstration gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung und gegen rechtsextremistische Ausländerhetze (so der Text eines Flugblattes) ruft ein breites Aktionsbündnis deutscher und ausländischer Organisationen aus dem Ruhrgebiet auf.

In einem Aufruf werden die Pläne der Bonner Regierung (Zimmermann-Papier usw.) scharf angegriffen:

„Solche Maßnahmen und die damit verbundenen Abschiebungen von Menschen in Militärdiktaturen stehen nicht nur in unseren Augen (Kirchen, Gewerkschaften, Initiativen, Verbände) im krassen Widerspruch zu Grundsätzen unserer Verfassung und den internationalen Vereinbarungen der Menschenrechte.

Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung setzen die verfehlte Ausländerpolitik der vorherigen Regierungen fort und lösen keines der anstehenden Probleme. Die Abwanderung von Ausländern aus der BRD würde zur Gefährdung ganzer Wirtschaftszweige führen (z.B. Bergbau, Autoindustrie, Fuhrparks usw.), von den kulturellen und menschlichen Begegnungsmöglichkeiten, die verloren gingen, ganz zu schweigen.

Wir treten deshalb ein für:
- eine wirkliche Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status aller hier lebenden Ausländer;
- das kommunale Wahlrecht für Ausländer;
- Völkerverständigung auf der Grundlage eines gleichberechtigten Zusammenlebens."

Die Aktion wird auch vom DGB/Bochum unterstützt. Das begrüßen wir sehr, weil wir der Meinung sind, daß den Gewerkschaften auch in diesem Kampf eine zentrale Verantwortung zukommt. Zum Verhalten des DGB gegenüber der Aktionseinheit soll in diesem Fall allerdings noch etwas angemerkt werden, weil es uns — die KPD — direkt betrifft.

Der DGB mochte sich solange nicht offiziell als Unterstützer der Aktion nennen lassen — und sie auch tatsächlich nicht unterstützen —, solange Organisationen wie die DKP, die *Volksfront* und eben unsere Partei als Unterstützer auf dem Flugblatt mit dem Aufruf genannt würden.

(Im Falle der DKP „lösten" sich die Probleme des DGB übrigens auf die Weise, daß diese Partei an der ganzen Vorbereitung der Aktion tatsächlich nicht teilnahm.)

Nun unterstützt die KPD natürlich tatkräftig diese Aktion, so hält sie es mit allen Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit, wo sie die Möglichkeit dazu hat.

Da es uns allerdings auf Taten mehr ankommt als auf Worte, hat unser Genosse bei den Vorbereitungsgesprächen erklärt, daß wir zugunsten einer direkten Unterstützung des DGB darauf verzichten, selbst genannt zu werden.

Wir halten das Vorgehen des DGB für schädlich und dem Ernst der Situation, den Aufgaben im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit und der Bedeutung, die er für den in Deutschland geborenen Teil der Arbeiterklasse unseres Landes hat, absolut nicht angemessen. Es trägt auch kaum dazu bei, das Ansehen des DGB innerhalb der antifaschistischen Bewegung zu fördern, schon gar nicht bei den Ausländern selber. All das kann dem notwendigen breiten, gemeinsamen Widerstand nur abträglich sein. Ohne uns dadurch von unserem Einsatz abhalten zu lassen, appellieren wir an alle Gewerkschafter, sich für den ernsthaften Einsatz der Kampfkraft ihrer Organisationen in dieser Frage einzusetzen, so, wie das unsere Genossen in Betrieb und Gewerkschaft tun.

Treffpunkt: 18. Juni, 11 Uhr, Kirmesplatz Castroper Straße

Zug durch die Innenstadt mit Zwischenkundgebung Husemannplatz und Abschlußkundgebung Springerplatz (ca. 14 Uhr).
Es sprechen:
Jürgen Roth, Rosi Wolf-Almanasreh, Elcin Kürcat, Rechtsanwalt Oeller, (angefragt noch: Günther Grass, Martin Hirsch, sowie bei Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche).
Musik von:
Melike Demirag, Orfeus und Rosa (angefragt: Duo Z, Frank Bayer)

Hieb und Stich

„Die brutalste und gewalttätigste Polizeiaktion, die ich in Hannover erlebt habe". So kennzeichnete Ludwig Luk List, Leiter einer Demonstration gegen die faschistischen Grauen Wölfe, das Vorgehen der Polizeitruppen zum Schutz der Faschisten am 21. Mai.

Über die Aktion hatten wir bereits im letzten „Roten Morgen" berichtet. Anlaß, noch einmal darauf zurückzukommen, bietet uns ein in Hannoverschen Zeitungen veröffentlichtes Foto, das der Bildunterschrift zufolge „ein Arsenal gefährlicher Hieb- und Stichwaffen" zeigt — zwischen Schlagstock und Pistole liegt dort auch ein „Roter Morgen".

Abgesehen davon, daß wir von der Brauchbarkeit unserer Zeitung ausgerechnet in diesem Sinne — zumindest, um das Wort „gefährlich" zu rechtfertigen — noch gar nichts wußten, soll zu diesem „Arsenal" noch etwas gesagt werden.

Zum einen wies das Antifaschistische Komitee darauf hin, daß sie sicherlich zum überwiegenden Teil von den Grauen Wölfen stammen, da sie an der Stelle aufgesammelt wurden, wo diese mit antifaschistischen Demonstranten aneinandergerieten.

Zu den Waffen, die die Polizei direkt den festgenommenen Antifaschisten abgenommen haben will, erklärte ein türkischer Sprecher: „Die Polizei hat den Festgenommenen die Knüppel in die Tasche gesteckt." Ludwig List kann das bestätigen: „Ich habe selbst einen Fall beobachtet."

Schließlich muß man wissen, was die Polizei damit beabsichtigt. Zum einen eine Kriminalisierung antifaschistischen Protestes. Zum anderen konkret sicher auch eine Stimmungsmache zur Rechtfertigung der Maßnahmen, die sie gegen die verhafteten Ausländer noch vorhat, zu denen auch Ausweisung (mit großer Wahrscheinlichkeit gleichzusetzen mit Schreibtischmord) zählen kann. Die betroffenen ausländischen Antifaschisten brauchen die Solidarität aller Demokraten. Der Kampf für das Verbot der Grauen Wölfe wie aller faschistischen Organisationen, das solche Vorgänge zumindest weitgehend unmöglich machen würde, ist notwendig.





Gummigeschosse

Wie im „Roten Morgen" bereits berichtet, orderte Baden-Württemberg für den Herbst '83 neben Gummi- nun auch Gummischrotgeschosse zur Aufrüstung seiner Polizeitruppen. Aus diesem aktuellen Anlaß wollen wir hier eine Broschüre vorstellen, die sich mit diesen Waffen befaßt: „Gummigeschosse". Herausgegeben von der ALDU Westberlin, der Grünen BaWü und der GAL Hamburg. Seit April für 3 DM zu bestellen beim Förderverein Umweltschutz Unterelbe, Bartelsstr. 26, 2000 Hamburg 6, Tel.: (040) 4398671.

„Mit der vorliegenden Broschüre beabsichtigen wir in erster Linie, Materialien und Hintergründe zum Thema Gummi- und Plastikgeschosse zu liefern, damit ein starker öffentlicher Druck den Einsatz der Gummischrote in Baden-Württemberg politisch unmöglich macht und ein Nachziehen der übrigen CDU-regierten und später auch der noch SPD-regierten Länder verhindert wird", schreiben die Herausgeber in ihrem Vorwort.

In der Tat: Wer sich auch nur einen kurzen Einblick verschafft in die nachgewiesene „Wirksamkeit" dieser Waffen, die als so harmlos hingestellt werden, der muß sich mit Entschiedenheit gegen ihren Einsatz stellen.

Man muß nicht nach Irland schauen, wo besonders viele Menschen — viele Kinder und Jugendliche zumal — nicht allein schwer verletzt, sondern getötet wurden durch den Einsatz von Gummi- und Plastikgeschossen. Es reicht ein Blick in die Schweiz.

„In der Schweiz haben Ärztinnen und Ärzte der ‚Vereinigung unabhängiger Ärzte' (VUÄ) der Region Zürich und Mitglieder der ‚Autonomen Sanität Zürich' (ASZ im Schweizerischen Roten Kreuz) eine Vielzahl jener rund 100 ihnen bekannt gewordenen behandlungsbedürftigen Opfer von Gummigeschossen untersucht, versorgt und weiterbeobachtet. Ihre Ergebnisse geben verschiedene Verletzungsarten an:

- Riß- und Quetschwunden,
- Finger- und Nasenbeinfrakturen,
- Blutergüsse verschiedenen Ausmaßes und
- Gesichtsverletzungen.

Trifft ein Hartgummischrot auf den Körper, so ist natürlich entscheidend, aus welcher Entfernung der Abschuß geschah und wie stark dämpfend die Kleidung wirkt. Eine ungefähre Vorstellung von der Wucht der Geschosse mag das Ergebnis eines bundesdeutschen Polizeiversuches aus dem Jahr 1980 geben, als trotz Hemd, Pullover und Parka ein Treffer auf den Rücken aus 25 Meter Distanz noch „schmerzhaft mit leichter Hautrötung" wirkte. Bei geringeren Entfernungen und/oder leichterer Bekleidung wirken Treffer auf den Körper dementsprechend schwerwiegender: Blutergüsse, deren Form exakt einem Abdruck der Geschosse entspricht, sind die zuerst sichtbaren Auswirkungen. Je nach Schwere und persönlicher Anfälligkeit kann es anschließend zu massiven Blutungen in das Gewebe kommen, die in extremen Fällen eine Punktierung (Absaugen der Gewebsflüssigkeit mit einer Kanüle) nötig machen.

Zu Riß- und Quetschwunden kommt es, wenn relativ dicht unter der Haut Knochen liegen und das darüberliegende Gewebe durch die Wucht des Geschosses quasi ‚zerquetscht' wird und ‚platzt'.

Besonders gefährlich wirken sich solche Verletzungen natürlich im Gesicht aus: Die Geschosse, die mit 200 km/h abgeschossen werden und deren Wucht der von massiven Faustschlägen entspricht, schlugen in Zürich Zähne aus, brachen Nasenbeine, rissen Lippen auf und schossen Augen aus.

Gerade die Schweizer wie auch die bundesdeutsche Version von Gummigeschossen haben eine Form, deren geringe Größe es mit sich bringt, daß sie mit ihrer ganzen Energie allein den nicht von umgebenden Knochen geschützten Teil des Auges treffen. Die daraus sich ergebenden Verletzungen werden in der Fachsprache ‚stumpfe Traumen' genannt, sind also Verletzungen, die die harte, widerstandsfähige Augenhülle nicht zerreißen, im Innern des Augapfels aber zu schweren Folgen führen: zu Prellungen (Contusionen) oder Rissen (Ruptuen)."

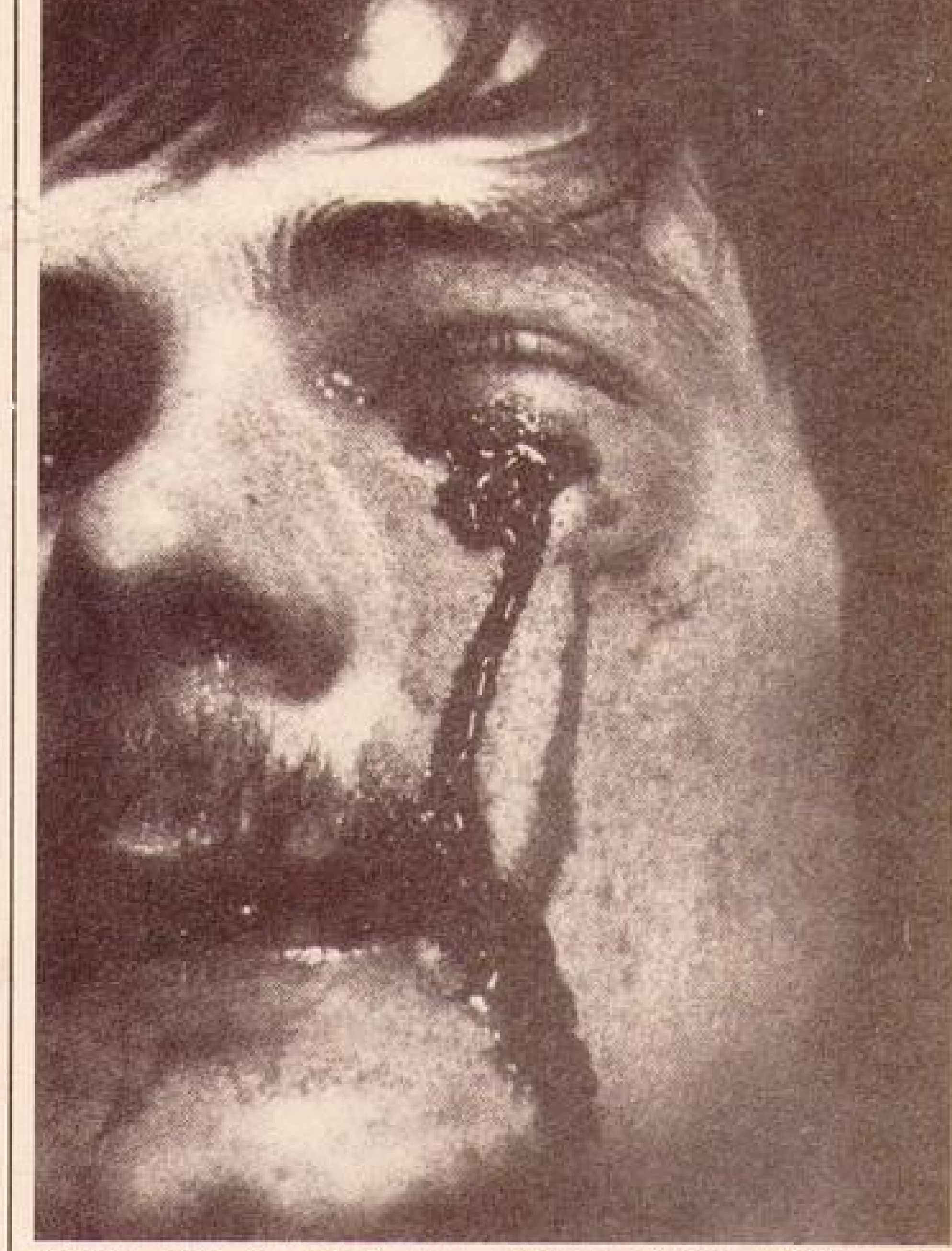
Eineinhalb Jahre nach den schweren Polizeiübergriffen gegen Jugendliche in Zürich kam der dort bekannte Dr. Steinebrunner zu folgendem Urteil:

„Ursprünglich hatte ich angenommen, daß die Polizei und die verantwortlichen politischen Gremien dieses Demonstrationsbekämpfungsmittelinstrument ohne große Überlegungen gewählt hatten und sich über seine Gefährlichkeit nicht im Klaren waren. Jetzt, nach all den gemachten Erfahrungen, bin ich zu einem viel deprimierenderen Schluß gekommen. Hätte es sich um eine Wahl aus Unkenntnis gehandelt, dann hätte man sicher nach den ersten schweren Verletzungen auf dieses Mittel verzichtet. Jetzt glaube ich, daß es gewählt wurde, weil es einen ungeheuer großen Abschreckungseffekt hat. Man kann mit ihm gewissermaßen das Lebenssymbol, das Auge, auslöschen, ohne das wirkliche, physiologische Leben auslöschen zu müssen. Man kann scharf schießen, ohne sich dem Vorwurf aussetzen zu müssen, scharf geschossen zu haben."

Wobei niemand tödliche Verletzungen auch mit diesen Gummigeschossen ausschließen kann, die (noch) nicht das Kaliber der in Irland verwandten haben.

Scharf schießen, ohne sich dem Vorwurf aussetzen zu müssen, scharf geschossen zu haben. Genau das ist das Ziel der hiesigen Polizeiführung. Zumindest vorerst. Denn der Einsatz dieser Waffen, das Gewöhnen und Trainieren der Polizeitruppen im Schießen auf Menschenmengen macht auch den Weg frei zum späteren gezielten tödlichen Schießen mit scharfer Munition auf Demonstranten.







MZP 1 von Heckler & Koch mit Gummiwucht- (links) und Gummischrotgeschossen

---

Betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand im „3. Reich" (Teil 4)

Arbeiter gegen Hitler

Wachsende Einheit unter den Widerstandskämpfern in Deutschland und internationale Arbeitersolidarität gegen Nazi-Terror sind Themen der heutigen Folge unserer Serie.

Erfreulicherweise vollzog sich bei den Sozialdemokraten ein Radikalisierungsprozeß. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter sah aus der Erfahrung des praktischen Kampfes heraus keinen Hinderungsgrund mehr, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Hier wurden große Erfolge in der täglichen Kleinarbeit erzielt. Aber es gab auch eine Radikalisierung zur anderen Seite. Als der Krieg ausbrach, nahmen manche Führer der SPD immer mehr die Haltung wie im Ersten Weltkrieg ein.

Durch verschiedene Verbindungskommissionen wurde nicht nur die Zusammenarbeit verbessert, sondern auch christlichen und parteilosen Arbeitern ermöglicht, sich in die Einheitsfront einzureihen. Dies war auch wichtig für die Besetzung von legalen Kommissionen, Ausschüssen und Delegationen in den faschistischen Massenorganisationen. Auf diese Art und Weise konnten neue Gewerkschaftsgruppen geschaffen werden.

Die Erfolge blieben nicht aus. Ein neues Einheitsbewußtsein wuchs bei den Widerstandskämpfern.

Eine bedeutende Aktion ging von den Werftarbeitern von Blohm & Voss in Hamburg aus. Am 27. März 1936 verhinderten Tausende von Werftarbeitern das Abhören einer Hitler-Rede, die über den Rundfunk verbreitet wurde. Auf betrieblicher Ebene organisierte man die Einheitsfront. Als die Arbeiter dann in einer Werfthalle und auf dem Hof versammelt waren, um die Rede Hitlers zu hören, begann auf ein Zeichen hin ein großer Teil der Arbeiter die Halle und den Hof zu verlassen. Die dadurch entstehende Unruhe, Sprechchöre und immer stärker werdende Rufe — „Wir wollen unseren Lohn", „Wir haben Hunger" — machten schließlich das Abhören der Rede unmöglich.

Im Frühjahr 1936 bildeten sich auch gewerkschaftliche Leitungen in Berlin, in Norddeutschland, im Ruhrbergbau und in Frankfurt, wo Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche und parteilose Arbeiter eng zusammenarbeiteten. So bestand auch die Gewerkschaftsleitung für das Saargebiet z.B. aus zwei Sozialdemokraten und einem Kommunisten.

Es gab aber nicht nur Erfreuliches. Im ersten Halbjahr 1935 wurden im Wuppertaler Gebiet mehr als 1100 Antifaschisten verhaftet. 27 von ihnen wurden schon in der Voruntersuchung ermordet. Mehr als 600 Angeklagte erhielten hohe Zuchthausstrafen, weil sie in Wuppertal und Umgebung freie Gewerkschaften wieder aufgebaut hatten. Zu ihrer Rettung und Verteidigung, zur Entlarvung des Mordterrors der Hitler-Diktatur und um den Angehörigen Hilfe zu erweisen, wurde in Amsterdam ein internationales Solidaritätskomitee gegründet. In der ganzen Welt solidarisierten sich viele Menschen und nahmen Anteil an dem Leiden der deutschen Antifaschisten.

Allein im Jahre 1936 wurden 11678 Kommunisten und 1374 Sozialdemokraten verhaftet. Ende 1935/Anfang 1936 fiel beispielsweise eine weitverzweigte Organisation, die am Wiederaufbau des deutschen Metallarbeiterverbandes arbeitete, fast völlig den Terrorakten der Faschisten zum Opfer. Sie wurden mit Fäusten und Gummiknüppeln geschlagen, mit Füßen getreten und mit Zuchthaus bestraft, bzw. nach Buchenwald verschleppt. Den Beginn des Jahres 1936 kennzeichneten große Massenprozesse gegen die Antifaschisten. Im gesamten Jahr 1936 wurden in etwa in 609 Prozessen 3283 Angeklagte zu insgesamt 8249 Jahren Kerkerhaft verurteilt. Es wurden 15 Todesurteile gefällt, neun davon wurden vollstreckt. Prozesse fanden z.B. gegen 570 angeklagte Antifaschisten in Hamburg sowie gegen 150 Widerstandskämpfer in Zeitz im Mai 1936 statt. Weitere Prozesse wurden in Breslau, München, Stuttgart und in anderen Städten durchgeführt. Es herrschte Kriegsrecht gegen die sich wehrenden Arbeitnehmer. Roland Freisler, Staatssekretär im Justizministerium, sagte im Oktober 1936:

„Wer jetzt noch wagt, an den Grundlagen unserer völkischen Gemeinschaft zu rütteln, wer in kommunistischer Verblendung die geballte Lebenskraft des Volkes zersetzen will, ist kein irregeleiteter Verführter, sondern ein Verbrecher, den wir unschädlich machen müssen. Wer den Frieden, die Eintracht und damit die Kraft der Arbeit in deutschen Werkstätten zerstört, ist kein verirrter marxistischer Ideologe, sondern ein Verbrecher, den wir vernichten müssen.

Aus dem Ausland trafen viele Unterschriftenlisten und Protestschreiben ein. Hier ein Beispiel von den tschechischen Arbeitern:

„Wir tschechischen Arbeiter protestieren aufs schärfste gegen die Folterungen und Mißhandlungen, welche die Gestapo an den Verhafteten begeht, deren ganzes Verbrechen darin besteht, durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß für höhere Löhne und bessere Lebenshaltung gekämpft zu haben. Sie haben das gewollt, was ihnen Hitler demagogisch mit seinem deutschen „Sozialismus" versprochen hat. Wir fordern die Freilassung der Wuppertaler Arbeiter! Ihr Henker des deutschen Volkes sollt wissen, daß das internationale Proletariat über das Leben der deutschen Freiheitskämpfer wacht!"

In die Protestbewegung reihte sich auch die Leitung der Amsterdamer Internationale ein: *„Alle angeschlossenen Verbände und alle Freunde der Freiheit fordern wir auf, sich dieser Protestaktion anzuschließen, um das Gewissen aller anständigen Menschen gegen die Hitler-Barbarei wachzurütteln."* Das Problem der Amsterdamer Internationale war, daß sie in Worten manches Gute tat, aber es an Taten allzu häufig fehlen ließ.

Viele Aktionen wurden mit Gewalt unterdrückt. Die Gestapo verfügte über ein gut organisiertes System von sogenannten Sachverständigen, sie hatten folgende Funktionen:

„1. Durch das Spitzelsystem in den Betrieben sind verstärkt Informationen über die Stimmung der Arbeiter einzuholen.

2. Die Polizei hat die Sammlung von Nachrichten über die politische Zusammensetzung der Belegschaft aufzubauen. Alle Angaben sind in einer Kartei politisch unzuverlässiger Arbeiter einzutragen mit dem Ziel, im Falle eines Streiks alle politisch unzuverlässigen Arbeiter verhaften zu können.

3. Akte der Solidarität mit den Streikenden auf jede Art und Weise zu unterbinden.

4. Nach Möglichkeit sollten Massenverhaftungen vermieden werden".



III. Kongreß der KJD

Vom 21. bis 23. Mai 1983 fand der III. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD) im Rheinland statt. Über 80 Delegierte und Gäste diskutierten drei Tage lang über die Arbeit des Jugendverbandes und wichtige politische Fragen, die sich heute für die Jugend stellen. Die KPD war durch ihren ersten Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust, auf dem Kongreß vertreten. Die Kommunistischen Studenten wurden durch eine Genossin aus dem Vorstand vertreten.

Der Tätigkeitsbericht der Zentralen Leitung wurde einstimmig angenommen. Die neue Leitung wurde um zwei Personen erweitert, sie besteht jetzt aus elf Leitungsmitgliedern, davon fünf Frauen und zwei türkischen Genossen. Wichtige politische Fragen, die auch aktuelle Afgaben für den Jugendverband stellen, wurden in Arbeitsgruppen behandelt. Es gab Arbeitsgruppen zu den Themen: Arbeitslosigkeit, Berufsausbildung, Friedenskampf, Ausländer, Überwachungsstaat und Frauen. Die Ergenisse der Arbeitsgruppen werden demnächst von der neuen Zentralen Leitung der KJD veröffentlicht. — Insgesamt waren alle Delegierten und Gäste mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden, er spiegelte die Fortschritte wider, die unser Jugendverband in den letzten zwei Jahren gemacht hat. Nur die Zeit war zu knapp. So mußte die Diskussion: „Was erwarten wir vom Sozialismus?, wie stellen wir uns ein sozialistisches Deutschland vor?" aus Zeitgründen ausfallen. Der III. KJD-Kongreß beschloß, dafür Ende dieses Jahres einen Sonder-Kongreß durchzuführen, der dann ausführlich über diese Fragen diskutieren kann.

Der „Rote Morgen" dokumentiert auf diesen Seiten wichtige Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht, wichtige Anträge des Kongresses zur Arbeit der KJD, einen Antrag des KJD-Kongresses an den Parteitag und Eindrücke, Stimmen und Meinungen von einigen Delegierten und Gästen des Kongresses.

Eindrücke

Uwe, 14 Jahre, Hauptschüler aus Ludwigshafen
Ich fand den Kongreß gut, weil hauptsächlich über die Grundprobleme der KJD gesprochen worden ist. Leider sind wir mit unserer Arbeitsgruppe, ich war in der Arbeitsgruppe „Ausländerfeindlichkeit", nicht richtig fertiggeworden. Das fand ich nicht so gut.

Die meisten Anträge fand ich gut, nur daß die Mädchen bzw. Frauen von vornherein einen bestimmten Anteil in der neuen ZL haben sollten, fand ich Scheiße. Das müßte doch für uns Kommunisten eine Selbstverständlichkeit sein, daß entsprechend viele Frauen auch in den Leitungen vertreten sind!

Cemal, 14 Jahre, Hauptschüler aus Leverkusen:
Ich fand den Kongreß auch gut, weil wir über Grundformen der KJD-Arbeit geredet haben. Die Arbeitsgruppen fand ich auch gut. In unserer Arbeitsgruppe über Jugendarbeitslosigkeit haben wir über die Ursachen der Arbeitslosigkeit geredet und Vorschläge für Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit überlegt. Schlecht fand ich, daß es keine Arbeitsgruppe über Schule gab.

Achim, 24 Jahre, kaufmännischer Angestellter aus Duisburg:
Erst mal fand ich den Kongreß ganz gut, auch von der Organisation her. Ich finde es schade, daß die Sozialismusdiskussion nicht mehr gemacht wird. Und gestern zum Schluß der Antragsdiskussion, daß das so chaotisch ablief, war nicht nötig! Die Leute haben sich gegenseitig zu sehr aufgeheizt. Die Arbeitsgruppe „Überwachungsstaat" hatte ich mit vorbereitet, und sie ist eigentlich gut gelaufen. Leider sind wir nicht ganz fertiggeworden. Zu Anfang haben wir einen Film gesehen, in dem ziemlich deutlich herauskam, was an Überwachung heute möglich ist. Die anschließenden Diskussionen waren sehr ergiebig, am Ende haben wir verschiedene Aktionsmöglichkeiten besprochen gegen die totale Überwachung. Wir waren uns einig, je stärker die Überwachung, desto mehr Grund, sich zu wehren!

Ralf, 24, Angestellter aus Frankfurt
Ich habe gemischte Gefühle bei dem Kongreß. Ich finde schon, daß wichtige Sachen gefehlt haben, die Diskussion zum Sozialismus z. B.. Vielleicht hätte man die Arbeitsgruppen an den Schluß legen sollen, es war einfach zu viel, was wir uns vorgenommen hatten. Ich glaube, grundlegende Sachen zum Vorantreiben der KJD haben gefehlt. Das fand ich beim letzten Kongreß besser. Die Antragsdebatte ist in Hast durchgezogen worden, beim nächsten Mal sollte man sich andere Formen der Antragsdiskussion überlegen. Vor allem muß für die Genossen das vorher klarer sein, wie die Antragsdebatte ablaufen soll, am Anfang gestern ist sehr oft wiederholt worden: „Ich bin auch dafür ...", obwohl schon zwei oder drei vorher das gleiche gesagt hatten. Die Stimmung unter den Genossen find' ich gut, obwohl gefehlt hat, abends was gemeinsam zu machen. Das wäre gerade für die, die das erste Mal bei sowas waren, richtig gewesen. Man tankt hier doch 'ne Menge Kraft für die nächsten zwei Jahre. Das war bei uns in Frankfurt vor zwei Jahren so, es bleibt abzuwarten, ob der 3. Kongreß das in ähnlicher Weise gebracht hat.

Susanne, 25 Jahre, Arbeitslose aus Bremen:
Ich würde sagen, daß ich im Laufe des Kongresses sämtliche Stimmungen durchlaufen bin, von ganz, ganz mies bis eigentlich ganz gut. Am meisten gebracht hat mir die Diskussion in unserer Frauenarbeitsgruppe. Da waren zwar außer dem einen türkischen Genossen leider nur Frauen drin, aber ich habe eigentlich das erste Mal die Erfahrung gemacht, daß ich mit Genossen so gut auch über ganz persönliche Dinge und Schwierigkeiten reden konnte. Dabei ist mir vieles hochgekommen von der ganzen Scheiße, was bis dahin immer nur so unterschwellig da war, eben wie Frauen oft benachteiligt werden, frauenfeindliches Verhalten, auch von Genossen usw. Was nervig fand ich den Ablauf, teilweise, auf der einen Seite wurde für mein Empfinden teilweise unheimlich um den heißen Brei drumrumgeredet, auf der anderen Seite sich an Kleinigkeiten festgebissen. Das hat zu viel Zeit gekostet, so daß die grundsätzlichen Diskussionen, z. B. die Sozialismus-Diskussion unter den Tisch gefallen sind. Das war eigentlich ein Hauptgrund, weswegen ich zum Kongreß gekommen bin. Ich seh' das zwar ein, daß das jetzt nicht mehr anders zu machen ist, aber bin doch was gefrustet.

Die Antragsdiskussion fand ich zum Schluß nur noch nervig, ich kann zwar verstehen, wenn Genossen, die dabei nicht so zum Zug kommen, sauer werden, aber das wurde ja richtig unsolidarisch. Nichts gegen harte Auseinandersetzung, aber das ging teilweise weit darüber hinaus.

Ich denke, die meisten werden mit gemischten Gefühlen nach Hause fahren.

Colak, 13 Jahre, Hauptschüler aus Haan:
Ich bin erst einen halben Monat in der KJD. Ich fand den Kongreß sehr gut! Unsere Arbeitsgruppe (Ausländerfeindlichkeit) war sehr gut! Wir haben einen Film gesehen, und was der Jürgen sonst so alles erzählt hat, hat mir gefallen. Bei der Antragsdiskussion haben die Genossen zu schnell gerdet, und am Ende wußte ich gar nicht mehr richtig, worum es ging. Da ist das Scheiße geworden, die haben ja nicht mehr richtig miteinander gesprochen. Das lag aber auch daran, daß die Leute müde waren, war zu lang! Aber insgesamt fand ich die Stimmung sehr gut, ich glaube schon, daß das Kraft für die nächsten zwei Jahre gibt.

Uwe, 28 Jahre, Gast (KPD) aus Bielefeld
Ich habe früher selbst Jugendarbeit gemacht in der Roten Garde. Da hatten wir viel höhere Anforderungen an die Mitglieder, und die Probleme, über die diskutiert wurde, lagen auf einer ganz anderen Ebene, hochpolitisch, theoretisierend und wenig an den Problemen, die von der praktischen Arbeit her aufkommen, orientiert. Das hat sich grundlegend, sehr zum Vorteil, verändert! Die Rote Garde war eigentlich eine Kaderorganisation, wir haben uns wöchentliche getroffen, ellenlange Schulungen abgehalten, lange Tagesordnungen abgezogen. Die praktische Arbeit bestand mehr oder weniger aus Flugblattverteilen und Zeitungen verkaufen, kein direktes Teilnehmen an Aktionen, keine eigenen Aktionen. Darauf liegt ja heute bei der KJD der Hauptschwerpunkt!

Die Diskussionen auf dem Kongreß waren dementsprechend lebhaft, und alleine, daß zu verschiedenen Fragen verschiedene Auffassungen vorhanden sind, und Platz dafür ist, die auszudiskutieren, zeigt den Fortschritt. Da hätte man früher direkt Links- oder Rechtsopportunismus gewittert und die Diskussionen abgewürgt. Sehr gespannt wäre ich auf die Sozialismus-Diskussion gewesen. Schade, daß die aus Zeitgründen ausfallen muß, zumal sich, glaub' ich, die meisten Delegierten darauf am meisten vorbereitet hatten. Die Stimmung insgesamt find' ich gut.

Andreas, 20 Jahre, Arbeitsloser aus Bielefeld [KJD- und BWK-Mitglied]:
Ich fand den Kongreß sehr gut. Die Zielsetzung, was im nächsten Jahr gemacht werden soll an Aktionen und so find' ich gut. Ich glaub', der Kongreß gibt Schwung für die nächste Zeit, ich denke, es wird aufwärtsgehen mit der KJD.

Anträge

NATO-Austritts-Aktionen

Der 3. Kongreß der KJD beschließt, daß die gesamte KJD, jede Gruppe nach ihren Möglichkeiten, im Herbst in den Kampf gegen die Raketenstationierung eingreift; und zwar mit einer NATO-Austritts-Aktion. Ich, du, er, sie es — wir treten aus der NATO aus, einzeln und in Gruppen.

Begründung: Im Kampf gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen muß die Friedensbewegung weitergehende politische Forderungen erheben und durchsetzen, um die konkret drohende Gefahr eines dritten Weltkrieges abwenden zu können. Wir meinen, der Austritt der BRD aus der NATO ist dabei ein entscheidender Schritt, die Gefahr eines atomaren Schlachtfeldes in Mitteleuropa abzuwenden. Um diese doch noch sehr allgemeine Forderung populärer zu machen, bedarf es Aktionen, die vielen Menschen die Notwendigkeit des NATO-Austritts plausibel machen, die es, ähnlich wie die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen, vielen Menschen ermöglicht, sich zu beteiligen.

Da jeder Bundesbürger durch die NATO-Mitgliedschaft der BRD unmittelbar mitbetroffen ist, gilt es Zeichen zu setzen und seien es zunächst auch kleine.

Die NATO-Austritts-Aktionen lassen sich direkt mit dem Kampf gegen die Nachrüstung verbinden und können so danach weitergeführt werden.

Da sie sich nicht nur gegen Waffen richten, sondern von der Bundesregierung einen konkreten politischen Schritt fordern, können sie zu scharfen politischen Konfrontationen mit allen NATO-Befürwortern führen. (siehe Reaktionen auf die Äußerungen Lafontaines!)

Angenommen bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

Zusatzantrag

Die KPD möge diese Aktionsform in ihrem verstärkten Eingreifen in den Friedenskampf im Herbst mit übernehmen, und dort, wo es sich anbietet, die Aktionen gemeinsam mit der KJD durchführen.

Begründung: Alleine mit der Propagierung des NATO-Austritts kommt man diesem nicht näher (siehe Antragsbegründung „NATO-Austritts-Aktionen"). Außerdem würde der Partei ein wenig mehr Schwung, ein wenig mehr Aktion und Beteiligung im Friedenskampf gut zu Gesichte stehen!

Angenommen bei 1 Gegenstimmte und 6 Enthaltungen.

Volksbefragung gegen die „Nachrüstung"

Falls es zu einer Volksbefragung gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen kommt, unterstützt die KJD diese voll.

Begründung: Um die „Nachrüstung" noch zu verhindern, muß der politische Druck vergrößert werden. Die Volksbefragung ist dazu ein geeignetes Mittel. Da nach allen bekannten Umfragen bis zu 60 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung gegen die Aufstellung neuer Raketen ist, wäre ein für die Friedenskräfte positiver Ausgang sicher. So eine Volksbefragung würde weit über den jetzigen Rahmen hinaus neue Bevölkerungskreise in den Kampf einbeziehen.

Angenommen bei 6 Enthaltungen.

Aktionswochen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Der 3. Kongreß der KJD beschließt, daß die neue zentrale Leitung der KJD durch Anleitungsseminare etc. für das Jahr 1984 Aktionswochen gegen Jugendarbeitslosigkeit der KJD vorbereitet. Diese werden dann zu einem ebenfalls von der neuen ZL festzulegenden Zeitpunkt von allen Gruppen je nach Möglichkeiten ähnlich den Friedenswochen im Jahre 1982 durchgeführt. Das ganze Jahr 1984 über bildet der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit einen Schwerpunkt der KJD-Arbeit (unter Berücksichtigung der örtlichen Möglichkeiten).

Begründung: Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird immer drückender. Die KJD will vor allem die Arbeiterjugend gewinnen, und dazu muß man unbedingt die arbeitslosen Jugendlichen zählen. Wir müssen verstärkte Anstrengungen unternehmen, im Jahre Fuß zu fassen!

Angenommen bei 12 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen.

Quotierung von Frauen in die ZL

Der III. KJD-Kongreß möge beschließen: In der neuen Zentralen Leitung sind durch Quotierung ein Drittel Frauen vertreten.

Begründung: Damit die Frauen in der Leitung nicht länger unterrepräsentiert sind, die Forderungen und Probleme der Mädchen und Frauen besser in der KJD-Arbeit berücksichtigt werden, ist es notwendig, daß genügend Frauen in der Zentralen Leitung sind. Da in der letzten ZL nur zwei Frauen vertreten waren, die Mädchen und Frauen aber ein Drittel der KJD-Mitglieder stellen, scheint uns für eine gewisse Zeit eine Quotierung notwendig, d.h. in der neuen Zentralen Leitung sind automatisch ein Drittel Frauen vertreten.

18 dafür, 31 dagegen, 18 Enthaltungen — der Antrag wurde mit einfacher Mehrheit abgelehnt.

Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht der Zentralen Leitung

Zur Mitgliederentwicklung:

„52 Prozent der KJD-Mitglieder wurden seit dem II. Kongreß in die Organisation neu aufgenommen. Das ist ein neuer Rekord. Denn bisher, im Zeitraum I. bis II. Kongreß, hatten wir nur 25 Prozent Neuaufnahmen. — Und, zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Jugendverbandes (in den letzten sechs Jahren) haben wir mehr Neuaufnahmen als Austritte.

Die Austritte: Wir verzeichneten 32 Prozent Austritte, während es in der Vergangenheit noch 45 Prozent waren. — Rechnen wir 52 Prozent Neuaufnahmen, minus 32 Prozent Austritte, müßte unser Jugendverband heute um 20 Prozent größer sein. Wo sind die Genossinnen und Genossen geblieben? Wir haben sie an die Partei abgegeben. 32 Prozent unserer Mitglieder gaben wir an die Partei ab, hier haben wir gegenüber dem II. Kongreß eine Steigerung um 2 Prozent. 6 Prozent kamen von der Partei in den Jugendverband um bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Fassen wir zusammen: An den Neuaufnahmen können wir ablesen, daß der Jugendverband seine Arbeit verbessert hat. Auch der Rückgang bei den Austritten ist ein Beleg dafür. 32 Prozent ist besser als 45 Prozent, doch wir müssen noch weiter runter. Das heißt, wir müssen uns in Zukunft auch mehr der Frage zuwenden, wie können wir gewonnene Leute halten und festigen."

Aktionen — was haben sie gebracht? Wie weiter?

„Aktionen sind das A und O in der Jugendarbeit", das war die Kernaussage des II. Kongresses (...). Gelernt haben wir in den zwei Jahren, daß der Jugendverband vielfältige Aktionen braucht. Angefangen vom „Arbeitslos" bis zur militanten Aktion. Wir brauchen Aktionen, mit denen wir Jugendliche aktivieren und organisieren können. Beispiel: Die Kölner KJD hat in den Friedenswochen die Aktion „Atom-Alarm" durchgeführt (...). Das Besondere daran war, daß dabei Flublätter verteilt wurden, in denen stand: „Wer die Aktion toll findet, kann mitmachen. Wir führen die Aktion dann und dann am Hauptbahnhof durch usw." — Ergebnis: Die KJD-Gruppe hatte bis zu 40 Adressen von Jugendlichen, die mitmachen wollten und ein Teil hat auch mitgemacht.

Und wir brauchen Aktionen, mit denen wir auf aktuelle Ereignisse reagieren, die spektakulär sind und eine Konfrontation schaffen. Ihr kennt die Aktion der Leverkusener Genossen, mit der sie dem Oberbürgermeister die Eröffnung der Eissporthalle versaut haben. Oder die Dregger-Aktion unserer Bremerhavener Genossen. Aktionen dieser Qualität brauchen wir. „Arbeits-Lose" verteilen ist eine gute Sache, doch eine Arbeitslosenfete mit 10, 15 Jugendlichen bei einem Kapitalisten im Garten ist fetziger, spektakulärer und schafft eine Konfrontation, die wir brauchen (...).

Kurzum: Auch wenn es noch etwas hochgestochen ist, aber ihr versteht, was wir damit meinen: Die KJD muß „Greenpeace" der Jugend sein. Kaum war der Dioxin-Skandal bekannt, da besetzte „Greenpeace" das Büro von Hoffmann La Roche in der Schweiz. Oder der Bundesrat berät über eine neue Großfeuerungsanalgenverordnung und Leute von „Greenpeace" besetzen mehrere Schornsteine. So, in dieser Richtung denken wir uns auch Aktionen der KJD. Kaum wird eine Sauerei im Jugendbereich bekannt, da holt die KJD auch schon zur Aktion aus.

Unsere Arbeitsmethoden verbessern

Der Tätigkeitsbericht stellt die Aufgabe: Den Gruppenzusammenhalt in der KJD verbessern. Freizeit und Politik müssen miteinander verschmelzen. Freundschaft und Solidarität muß die Arbeit prägen und KJD-Gruppen treffen sich nicht nur alle 14 Tage mal zum politischen Termin. Außerdem wird gefordert, daß revolutionäre Lieder, überhaupt die revolutionäre Kultur, alte und neue, im Jugendverband wieder eine größere Rolle spielen muß. Denn revolutionäre Kultur trägt auch zur Identifizierung mit dem Verband bei. Linke Rocker, genauso wie linke Punks müssen in der KJD ihren Platz haben, betont der Tätigkeitsbericht. In der Frage der Arbeitsmethoden muß mehr Mut zum Experiment gezeigt werden.

„Stichwort: türkische und kurdische Genossinnen und Genossen. Rund 20 Prozent unserer Mitglieder sind Genossinnen und Genossen aus der Türkei. Sehr gut. Und wir wollen, daß es noch mehr werden. Die ausländischen Jugendlichen — nicht nur die türkischen und kurdischen Jugendlichen — sind heute ein wichtiger Teil der Jugend. Sie sind entrechtet, haben noch weniger Chancen und täglich schlägt ihnen die Ausländerfeindlichkeit ins Gesicht. Die KJD muß den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit, für die Gleichberechtigung der ausländischen Jugendlichen, gegen die Spaltung, als wichtige politische Aufgabe sehen. Und ausländische Jugendliche müssen einen Platz bei uns haben. Es scheint uns notwendig, daß wir uns dabei von Anfang an die Frage stellen: Arbeiten wir auch so, daß sich ausländische Jugendliche bei uns wohlfühlen? Oder sind wir fremd für sie? Sind wir zu deutsch?"

Mit anderen Worten: Für die Integration zu kämpfen ist eine Sache, doch glaubhaft ist unser Eintreten nur dann, wenn wir selbst im eigenen Verband die Integration und Gleichberechtigung vorleben.

Zur Arbeit an den Schulen, Betrieben und Kasernen

„Wir denken uns, daß die KJD gerade in der Schule, im Betrieb und in den Kasernen aggressiver werden muß. Unsere Genossen müssen das rote Tuch sein. Es reicht nicht aus, bestimmte Ereignisse nur im Flugblatt der Betriebs- oder Schülerzeitung zu kommentieren (...). Wenn es am Betrieb einen reaktionären Meister gibt, so müssen wir den Knaben madig machen. Zunächst ein Flugblatt, in dem er angemacht wird, dann vielleicht einen Kleber mit Foto und einem dummen Spruch von ihm, vor dem Tor verteilen. Und in der nächsten Nacht sprühen wir ans Tor: ‚Guten Morgen Herr so und so. KJD' — Das bringt Auseinandersetzungen im Betrieb und die Lehrlinge sehen ganz praktisch, warum es gut ist, daß es einen Jugendverband wie die KJD gibt. — Nur ein Beispiel Genossinnen und Genossen. So etwa in dieser Richtung: aggressiv, jede kleine Sauerei für Aktionen innerhalb oder außerhalb der Schule nutzend, die Konfrontation suchend, müssen wir voran."

Das offensive und radikale Element in der Arbeit betont der Tätigkeitsbericht auch für die Gewerkschaftsarbeit, deren Wichtigkeit vom Kongreß noch einmal betont wurde. Und: Die Mitarbeit in der Gewerkschaftsjugend auch offensiv für Mitgliedergewinnung für die KJD nutzen. „Warum sagen wir nicht: Mach mit in der Betriebsjugendgruppe, das ist wichtig, aber noch besser ist die KJD. Wir machen die oder die Aktion, komm mit, kannst Dir den Laden gleich mal ansehen." —

Proletarischer Internationalismus

„Proletarischer Internationalismus ist mehr, als nur die Zusammenarbeit mit anderen marxistisch-leninistischen Jugendverbänden. Proletarischer Internationalismus heißt Solidarität und Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker. Heute ist Mittelamerika wieder ein wichtiger Kampfschauplatz, Nicaragua droht zum zweiten Vietnam zu werden. Das Volk von El Salvador steht seit mehreren Jahren im bewaffneten Befreiungskampf. Vor einigen Monaten war es der Krieg gegen die Palästinenser, gegen die PLO, der Krieg im Libanon, der die Welt erschütterte. Die Welt ist voller Brennpunkte und der Befreiungskampf der Völker wächst. Wachsen muß aber auch die Bedeutung, die wir dieser Frage in unserer Arbeit widmen. Wir meinen, daß es ein großer Fehler in der Vergangenheit war, diese Bedeutung in unserer Arbeit so gering zu schätzen. Hier muß sich in Zukunft einiges ändern. — Denn genauso, wenn nicht noch viel mehr, wie die Befreiungsbewegungen unsere Unterstützung brauchen, brauchen wir ihre Unterstützung. Und ihre Unterstützung ist der Kampf, den sie, in der Regel bewaffnet führen. Diese Fragen haben Ende der 60er Jahre die Studentenbewegung und Lehrlingsbewegung mit ins Rollen gebracht. Der Putsch in Griechenland, der Schah in Persien und der Vietnam-Krieg das waren wichtige Themen. Darüber sind viele Jugendliche politisiert und auch radikalisiert worden. Und das ist auch heute so in der Jugendbewegung und das muß in Zukunft auch verstärkt in der KJD so sein."

Der Tätigkeitsbericht stellt ferner Aufgaben zur Schulungsarbeit, benennt die nächsten Aufgaben. Er geht ein auf die Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Sozialisten und fordert die verstärkte Zusammenarbeit der revolutionären Jugendverbände. Der „Rote Morgen" kann hier aus Platzgründen nur Auszüge dokumentieren, einiges wurde nur stichwortartig gestreift. Die vollständigen Kongreß-Unterlagen werden demnächst von der KJD veröffentlicht.

An den V. Parteitag der KPD

Hallo, Genossinnen und Genossen,
die Delegierten und Gäste des III. KJD-Kongresses beantragen:
Der V. Parteitag möge beschließen:

Resolution zur Jugendarbeit der KPD

Wie schrieb Lenin doch einmal: **„Geht zur Jugend Herrschaften, das ist der einzige Rettungsweg. Sonst werdet ihr, weiß Gott, zu spät kommen und mit all Euren gelehrten Entwürfen, Plänen, Zeichnungen, Schemas und großartigen Rezepten, aber ohne Organisation, ohne lebendige Tat da sitzen."** Angesichts des Wahlergebnisses vom 6. März ein durchaus aktueller Aufruf...

Deshalb: Die Vernachlässigung der Jugendarbeit durch die KPD ist ein Relikt der Vergangenheit. Für den Aufbau der Partei, für die Durchsetzung ihrer Ziele, für die Vergrößerung des Einflusses in der Arbeiterklasse ist die Gewinnung von möglichst vielen Arbeiterjugendlichen für den Kommunismus eine sehr wichtige Aufgabe. Jugendarbeit steht in den Gesamtaufgaben der Partei an vorrangiger Stelle. Arbeit unter der Jugend, das heißt für die KPD: 1. Die Partei ist als Partei auch unter der Jugend aktiv, sie verbessert in dieser Hinsicht ihre Praxis und vergrößert damit ihre Ausstrahlungskraft auf Jugendliche. Sie interessiert Jugendliche für unsere Politik, mobilisiert und organisiert sie. 2. Die Partei unterstützt die Arbeit ihres Jugendverbandes, der KJD, durch die notwendigen Kader, durch die Gewinnung von KJD-Mitgliedern, durch den Aufbau von KJD-Gruppen und durch die Werbung für Aktivitäten und Aktionen der KJD.

Zwei Jahre KJD-Arbeit

...zeigen sehr anschaulich, daß in der Jugendarbeit etwas drin ist. Sicher, über Jahre hat der Jugendverband herumgedoktert, nach den richtigen Konzepten und Methoden gesucht. Doch die sind spätestens seit dem II. KJD-Kongreß gefunden und jetzt blicken wir nach vorn. Wir haben eine Praxis gefunden, deren Grundlage die lebendige kämpferische Aktion für die Forderungen der Arbeiterjugend ist.

Unser größtes Problem ist heute das Kaderproblem bzw. die personelle Absicherung unserer Arbeit durch gute Gruppenleiter und Aktivisten. Mit ein oder zwei guten Genossinnen und Genossen in der KJD-Gruppe steht und fällt die ganze Arbeit. Von Kongreß zu Kongreß gibt der Jugendverband rund 30 Prozent seiner Mitglieder an die Partei für andere Aufgaben ab. Doch wenn in der KJD Gruppenleiter fehlen, die KJD die Partei um Unterstützung bittet, bedarf es oft monatelanger Diskussionen, bis eine Genossin oder ein Genosse der Partei gefunden wird. (In extremen Fällen wird auch keiner gefunden.) Wir finden, daß das ein trauriger Zustand ist, der in Zukunft tabu sein sollte. In den Orten, wo sich die Probleme heute kraß stellen — wir nennen hier nur Hamburg, Bremen und Westberlin — muß es sofort gelöst werden.

Jeder Abzug von Genossinnen und Genossen aus dem Jugendverband, auch wenn es keine Gruppenleiter sind, hinterläßt Lücken. Grundsatz soll deshalb in Zukunft sein: Aus der Jugendarbeit wird nur dann eine Genossin bzw. Genosse abgezogen, wenn ein gleichwertiger Ersatz zur Verfügung steht. Vorher geht keiner! — Ja, wir gehen noch einen Schritt weiter: Wir schlagen dem Parteitag vor, an alle Parteigenossinnen und -genossen, die das 25ste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die Fähigkeiten, Möglichkeiten und Lust zur Jugendarbeit haben, zu appellieren:

Geht in den Jugendverband!

Stärkt die KJD durch eure Mitgliedschaft!

Wir wollen nicht verschweigen, daß auch von seiten des Jugendverbandes her Fehler gemacht wurden. Wenn von uns z. B. gefordert wurde, die Parteizellen über unsere Aktivitäten zu informieren, so haben wir es in verschiedenen Fällen nicht getan. Wir übersehen auch nicht, daß sich in der Zusammenarbeit zwischen Jugendverband und Partei, einiges verbessert hat. Wurde beim II. Kongreß noch beklagt, daß der Kontakt zwischen Jugendverband und Partei schlecht ist, so hat sich der Kontakt auf allen Ebenen verbessert. Beklagten wir damals einen Schrumpfungsprozeß, das heißt: ganze Gruppen des Jugendverbandes wurden Mitglieder der Partei und am Ort lief keine Jugendarbeit mehr, so gibt es diese Erscheinungen heute auch nicht mehr.

Doch wir stellen immer wieder fest, daß für viele Parteigenossinnen und -genossen Jugendarbeit etwas Fremdes ist. Da haben sie nichts mit zu tun, wie der Jugendverband heute arbeitet, wissen sie nicht. Jugendliche, die in der Arbeit kennengelernt werden, werden auf alle möglichen Massenorganisationen angesprochen, in den seltesten Fällen auf die KJD. Auch wenn Zellen über die Aktivitäten des Jugendverbandes informiert sind, bleibt die Resonanz in der Regel gering. Und immer wieder „ertappen" wir Parteigenossen, die direkt unter der Jugend arbeiten, doch Aufbau der KJD — Fehlanzeige.

Dabei zeigen die Beispiele gerade aus kleinen Orten, daß ein erfolgreicher Parteiaufbau über die Gewinnung von Jugendlichen in der Regel am leichtesten möglich ist. — Liegt ja auch auf der Hand. Jugendliche begeistern sich schneller für unsere Ziele und machen mit. Prüft an euren Orten, ob nicht durch die Jugendarbeit der Parteiaufbau beschleunigt werden kann. Und wenn sich das herausstellt, halten wir auch Abstriche in anderen Bereichen, wenn sich die Frage so stellt, für gerechtfertigt.

Die Aktivitäten der KJD kann jede Parteigenossin, jeder Parteigenosse unterstützen, mindestens dadurch, daß Jugendliche auf die KJD angesprochen werden, sie den „Roten Rebell" bekommen. Und auch für die direkte Aufgabe als KJD-Gruppenleiter kommen in der Regel mehr Genossinnen und Genossen in Frage, als allgemein angenommen wird. Das wichtigste Kriterium ist und bleibt: ein Händchen für die Jugendarbeit, nicht steif und verknöchert, sondern lebendig mit Jugendlichen arbeiten können.

Aus-Strahlungskraft der Partei

Jugendarbeit ist aber nicht in erster Linie ein personelles Problem. Das Entscheidende: Die Partei muß selbst unter der Jugend arbeiten. Sie muß Fragen, Probleme und Interessen der Jugendlichen zu ihrer eigenen Praxis machen. Wenn in einem Betrieb oder in einer Stadt unter der Jugend der Teufel los ist, dann ist das auch ein Problem, eine Aufgabe der Partei. Nicht nur kommentierend am Rande stehen, sondern mitmachen, mitkämpfen, unterstützen.

Das meinen wir, wenn wir von der Ausstrahlungskraft der Partei auf Jugendliche sprechen. Und so erwächst aus der Praxis der Partei auch direkt die Aufgabe: Jugendarbeit. Denn, ob am Stand, über Veranstaltungen, Demos oder militante Aktionen, hier lernt die Partei Jugendliche kennen, die was machen wollen. Und was können sie machen? Gibt es eine KJD-Gruppe, steigen sie dort ein. Gibt es keine, wird eine gegründet. „Wie denn?", hören wir immer wieder aus den „weißen" Landesbezirken, also dort, wo es keine KJD-Gruppen gibt wie in Schleswig-Holstein und Niedersachsen oder nur wenige wie in Baden-Württemberg, Hessen und Westfalen-Lippe. Jugendarbeit wird als das Komplizierteste überhaupt angesehen, dabei ist Jugendarbeit relativ einfach. Mit den Jugendlichen, die wir kennen oder kennenlernen, beginnen wir eine Praxis — interessante Aktivitäten und Aktionen. Freunde und Bekannte werden angesprochen und schon ist der Grundstein für eine KJD-Gruppe gelegt. Offensiv und gradlinig, nicht so viele Umwege über Initiativen oder sonst was. — Was man alles machen kann, darüber haben wir dicke KJD-Infos geschrieben und der „Rote Rebell" liefert ständig neue Beispiele. Sagt nicht: „Bei uns geht das nicht." Es geht. Wenn nicht heute, so doch morgen. Vorausgesetzt, in der Jugendarbeit wird eine wichtige Aufgabe gesehen.

Wir helfen euch dabei

Kommt auf KJD-Aktivitäten, Seminare oder geht zu Aktionen, dann habt ihr schon mal einen praktischen Eindruck. Zeigt uns die Orte, von denen ihr meint, daß Jugendarbeit nicht zu schaffen ist. Wir schicken euch eine aktive KJD-Gruppe zu Besuch und die Genossinnen und Genossen können euch erzählen, wie sie es gemacht haben, geben Tips, wie ihr es machen könnt. Oder wir überlegen uns zusammen Aktivitäten, die wir dann bei euch am Ort oder im Landesbezirk durchführen. Daran soll es nicht scheitern, wir sind bereit. Kurz und knapp „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft", dieser Satz von Lenin ist oft gebraucht und oft mißbraucht worden. Richtig bleibt er trotzdem, er ist eine Binsenweisheit. — Unsere Partei braucht frisches Blut, Jugendarbeit ist möglich, Jugendarbeit lohnt sich und verspricht auch kurzfristige Erfolge, Jugendarbeit ist Parteiaufbau, Jugendarbeit bedeutet größere Einflußmöglichkeiten für die Partei und nicht zuletzt: Aus der Jugendarbeit kann auch die Partei für ihre Praxis lernen. Aktionen, Tatendrang und Optimismus, der Jugendverband hat diese Eigenschaft, die Partei kann sie dringend gebrauchen, damit sie eine Partei der Aktion ist und bleibt.

Vergessen wir die Worte von Ernst Thälmann nicht:

„Wir können das Jugendproblem nicht ernst genug in unserer Partei aufrollen. Die Frage unserer Jugend ist keine Ressortfrage, sondern stellt einen wichtigen Teil des Problems der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse dar."

Die Wahlen zu Volksräten und Volksgerichten in Albanien

Wie arbeiten die Volksräte in der SVR Albanien?

Interview mit Abdyl Xhaja vom Exekutivkomitee in Tirana

Im letzten „Roten Morgen" hatten wir eine kleine Reihe von Artikeln begonnen, in denen, anhand der Wahlen zu den Volksräten vom vergangenen 24. April, die konkrete Funktionsweise dieser Räte in der SVRA dargestellt werden sollten. Wir setzen dies heute fort mit dem ersten Teil eines Interviews mit dem Mitglied des Executivkomitees des Tiranaer Volksrates Abdyl Xhaja.

Welches sind die Aufgaben der Volksräte und welche Bedeutung haben die Wahlen zum heutigen Zeitpunkt?

Die Volksräte sind Organe der Staatsmacht, die das Regieren realisieren, in allen Administrationseinheiten. Und dieses Regieren wird durch die breite Teilnahme der werktätigen Massen verwirklicht. Die VR leiten das gesamte gesellschaftliche Leben auf verschiedenen politischen, wirtschaftlichen, sozial-kulturellen Gebieten, auf dem Gebiet der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, für die Einhaltung der sozialistischen juristischen Grundlagen und Ordnung, indem sie die lokalen Interessen mit den allgmeinen staatlichen Interessen in Übereinstimmung bringen. Sie sind die Grundorgane unserer Staatsmacht. Als Grundorgane entstanden sie parallel mit der Errichtung unserer Volksmacht. Schon im Feuer des Nationalen Befreiungskampfes entstanden diese Organe. Damals war natürlich ihre Hauptaufgabe die Befreiung des Landes, aber diese konnte man nicht getrennt von den anderen Aufgaben und Regierungsproblemen sehen. In den befreiten Gebieten beschäftigten sie sich mit der Organisation sozialer und wirtschaftlicher Probleme.

Und in den unbefreiten Gebieten war ihre Hauptaufgabe, das Volk im Kampf für die Befreiung zu mobilisieren. Die Konferenz von Pesa war die erste Landeskonferenz, die eine gesetzliche Grundlage für die Entstehung dieser Organe schuf. Mit dem juristisch besonderen Akt dieser Konferenz wurde beschlossen, im ganzen Land diese Volksräte zu gründen. Die Aufgaben dieser Volksräte waren die schon genannten Aufgaben. Nach der Konferenz von Pesa, im Feuer des Nationalen Befreiungskampfes, als viele Gebiete des Landes befreit wurden, hat man diese VR professionalisiert und gefestigt. Nach der Befreiung war die Hauptfunktion dieser Räte der Wiederaufbau des Landes. Natürlich beschäftigten sie sich auch mit anderen Problemen des Landes, besonders auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Kultur. Dann begannen sie sich auch mit der Wirtschaft zu beschäftigen, mit der Landwirtschaft und der Industrie, bis sie ein entwickeltes Stadium erreichten. Im Jahr 1946 wurde das Grundgesetz unseres Staates verabschiedet, die Verfassung der SVRA.

Hier wurden konkrete Aufgaben für die Volksräte festgelegt, wobei man den Massencharakter, den Volkscharakter dieser Räte bewahrte und den Charakter des vertretenden Organes. Es war ein gesetzgebendes Organ. Später entwickelten sie sich weiter, bis sie dieses Stadium, das sie heute haben, erreichten. Die gegenwärtige Verfassung, die im Jahre 1976 verabschiedet wurde, bestimmt richtig und vollständig die Aufgaben der Volksräte als vertretende Organe unseres Staates. Es sind natürlich die Grundorgane, das höchste Organ der Staatsmacht ist die Volksversammlung. Als vertretende Organe, als Grundorgane und indem sie den demokratischen Charakter unseres Staates, unseres Landes zugrundelegen, werden sie direkt vom Volk gewählt. Für die Wahl der Volksräte haben wir bestimmte Gesetze, die die Weise, Form und alles andere bestimmen. Niemand, außer den von der Verfassung bestimmten Organen, außer den Volksräten, kann im Namen der sozialistischen VRA die Staatsmacht bei uns ausüben. Hier muß man einige Verhältnisse vor Augen haben, die bewahrt werden und immer mehr verstärkt werden. So wird z. B. das Verhältnis zwischen den Wählern und den vertretenden Organen gestärkt. Hier muß man sagen, daß die vertretenden Organe, also die Volksräte, den Willen der Wähler immer zum Ausdruck bringen. Und jene Volksräte, die nicht nach diesem Willen arbeiten, werden abgesetzt. Das ist das erste Verhältnis. Das zweite auch sehr wichtige Verhältnis ist das Verhältnis zwischen den gwählten und den Exekutivorganen, den befehlsgebenden und den ausführenden Organen. Die exekutiven Organe werden von den vertretenden Organen, also von den Volksräten, geleitet. Es ist eine Charakteristik der Volksmacht bei uns, daß sie ständig Rechenschaft von den exekutiven Organen verlangt. Das ist eine hoch zu bewertende Anweisung unserer Partei und des Genossen Enver Hoxha. Hier besteht die Gefahr, daß die exekutiven Organe sich über die Staatsorgane stellen. Das wäre natürlich eine Katastrophe für unsere sozialistische Demokratie. Dann wäre die Staatsmacht verbürokratisiert, wir hätten eine technokratische Macht und keine Volksmacht. Daher betonen wir dieses Verhältnis, messen diesem Verhältnis eine große Bedeutung bei. Im Rahmen des großen Kampfes gegen den Bürokratismus und bei der Durchführung der Anweisung der Partei erziehen wir unsere Werktätigen der Administration, unsere Angestellten und Beamten, daß sie Rechenschaft gegenüber allen vertretenden Organen ablegen. Das wird bei uns im erweiterten Stil ausgeübt. Die VR fordern diese Rechenschaft in ihren Versammlungen oder durch ihre Aktivisten, durch die Mitglieder der Volksräte. Ein Volksrat wird für seine Arbeit nicht bezahlt.

> *„... die Gefahr, daß die exekutiven Organe sich über die Staatsorgane stellen. Das wäre natürlich eine Katastrophe für unsere sozialistische Demokratie. Dann wäre die Staatsmacht verbürokratisiert ..."*





Es ist eine kommunistische Arbeit.

Und nun etwas zu den Wahlen. Wie gesagt, die VR werden vom Volk gewählt. Aufgrund des demokratischen Prozesses der Wahlen. Und dieses Prinzip ist auch in der Verfassung unseres Staates verankert worden. Es sind gleiche, allgmeine Wahlen, direkte und geheime. Dieses Prinzip wird streng angewendet. Diese Wahlen bei uns stehen im vollen Gegensatz zu den Wahlen in den sogenannten sozialistischen Ländern und auch in den bürgerlichen Ländern. Wir haben ein Grundgesetz, das, wie gesagt, die Aufgaben der gewählten Organe festlegt. Wir haben ein Gesetz, daß den Wahlablauf festlegt. Hier muß man betonen, daß bei uns alle, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, an den Wahlen teilnehmen können. Außer psychisch Kranken und denjenigen, denen dieses Recht auf Beschluß des Volksgerichtes aberkannt worden ist wegen schwerer Verbrechen am Volk. Auch den psychisch Kranken kann das Wahlrecht nur auf Beschluß des Gerichtes aberkannt werden.

Welche Gerichte können das, Bezirksgerichte?

Ja, die Gerichte im Bezirk. Selbstverständlich kann der, der das Recht hat zu wählen auch gewählt werden, unabhängig davon, welche Bildung oder welchen Wohlstand er hat. Diese Weise, wie die Wahlen organisiert werden, kommt konkret im Gesetz zum Ausdruck. Man muß betonen, es gibt einige Organe, die dafür organisiert werden, Wahl-Kommissionen, die den ganzen Wahlverlauf organisieren. Jede territoriale Administrationseinheit hat ihre eigene Wahlkommission. Jedes Wahlzentrum hat seine eigene Wahlkommission.

Was ist territoriale Administrationseinheit?

Es sind die Dörfer, vereinigte Dörfer, Städte, Wohnviertel dieser Städte und Bezirke. Das sind die Glieder unseres Bezirkes.

Jedes dieser Glieder hat seine eigenen Volksräte auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus. Selbstverständlich, der kleinste Volksrat ist der vom Dorf und im Wohnviertel. Der größte ist der Volksrat auf Bezirksebene. Jedes Glied hat seine eigene Wahlkommission. Diese Kommissionen kontrollieren die einheitliche Anwendung des Gesetzes. Es sind freiwillige Kommissionen, und sie bestehen aus gebildeten Menschen. Sie halten ihre Aufgaben streng ein.

Werden diese Kommissionen vom Volksrat eingesetzt?

Entsprechende Volksräte bilden diese Wahlkommission. Sie werden von den vertretenden Organen gewählt, und sie sind nicht ernannt.

Der Wahltag ist bei uns ein sehr wichtiger politischer Augenblick. An diesem Tag findet eine sehr große Volksdemonstration statt. Die Menschen gehen schon früh morgens in die Wahlzentren. Mit großer Freude bringen sie ihre Liebe zum Volk, zur Partei und zum Genossen Enver Hoxha zum Ausdruck.

Das zeigen auch die Wahlergebnisse. Es gibt nur wenige Gegenstimmen. Bei den Wahlen werden die Prinzipien streng eingehalten und respektiert, besonders das Prinzip der Geheimhaltung. In jedem Wahlzentrum gibt es eine Wahlkabine, in die die Wähler je nach Wunsch hineingehen können oder nicht, um auf ihren Zetteln die entsprechenden Anmerkungen zu machen. Im Wahlzentrum ist es verboten, Propaganda zugunsten der Kandidaten zu machen. Es gibt keinerlei Druck oder etwas Vergleichbares. Das kannst Du auch selbst sehen am Wahltag.

Kann ich mal in ein Wahlzentrum?

Ja, das darfst du. Wir gehen zusammen zur Wahl. Ich stehe dir zur Verfügung.

Mit der Kandidatenaufstellung beginnt ja der Wahlprozeß. Die Kandidaten werden vom Volk diskutiert. Mich interessiert, wer ist denn eigentlich an der Diskussion für die Kandidatenaufstellung beteiligt? Sind es bestimmte Leute oder ist es das ganze Volk, sind es allgemein zugängliche Versammlungen? Wie ist das?

An der Kandidatenaufstellung für die VR können sich alle Massenorganisationen beteiligen — die Demokratische Front, die Frauenorganisation, die Jugendorganisation, die Gewerkschaftsorganisationen und auch die Parteiorganisationen. Sie werden dem Volk bekanntgemacht, werden vom Volk angenommen, und wenn das Volk sie angenommen hat, dann werden sie als infrage kommende Kandidaten aufgestellt.

Jetzt haben in Tirana die alten Volksräte Rechenschaft abgelegt für ihre dreijährige Arbeit als Volksräte, denn die Volksräte werden alle drei Jahre gewählt. Zugleich haben wir auch neue Vorschläge für die Kandidaten gemacht, und jetzt werden die Treffen der Kandidaten mit den Wählern abgehalten. Die Versammlungen finden in einem Geist der Kritik und Selbstkritik statt. Und wer nicht gut gearbeitet hat, wird nicht mehr gewählt.

> *„Es muß ein Kandidat sein, den alle Einwohner seines Wohnviertels kennen, sonst werden die Wähler diese Kandidatur nicht annehmen."*

Ich habe einen Artikel in ZiP gelesen, er geht über Gjirokastra, dort wurden zwei Kandidaten der Demokratischen Front abgelehnt, und man hat den alten VR wieder als Kandidaten vorgeschlagen. Kommt so etwas häufiger vor?

Auch im Bezirk Tirana haben wir einige solcher Fälle gehabt, wo erst die zweite Kandidatur angenommen wurde. Oder das Volk selbst schlug andere Kandidaten vor.

Wie ist denn die Praxis, wer stellt denn die meisten Kandidaten auf? Welche Massenorganisationen? Kann man sagen, daß die Mehrheit von der DF vorgeschlagen wird?

Ja, am meisten von der DF, denn sie ist die größte Massenorganisation, die fast das ganze Volk erfaßt.

> *„Wenn ein Volksrat keine Rechenschaft ablegt, dann wird er von den Wählern abgesetzt."*

Bei den Wahlen zu der Volksversammlung war es aber nur die DF?

Wir treten dabei als DF auf, aber das Recht Kandidaten aufzustellen, haben auch andere Massenorganisationen.

Kannst Du ein Beispiel erzählen und etwas über die Gründe sagen, warum so ein Kandidat abgelehnt wird und wie so eine Diskussion geführt wird?

Im Wohnviertel Nr. 4 in Tirana, als der erste Kandidat für den Volksrat vorgeschlagen wurde, kannten ihn die Bevölkerung, die Einwohner nicht. Und die Bewohner waren für den zweiten Kandidaten, den sie kannten. Sie haben gesehen, wie er gearbeitet hat, sie kannten seinen Charakter, sie kannten seine Familie und sie wußten, daß er bereit war, den Einwohnern seines Wohnviertels zu dienen. So fiel der erste Kandidat durch und man entschied sich für den zweiten. Solche Beispiele gab es auch in ein paar Dörfern des Bezirks Tirana. In einigen Dörfern, in den kleinsten Einheiten, ist es zu solchen Fällen gekommen. Deshalb ist es von Bedeutung für die Massenorganisation der DF, wenn sie einen Kandidaten aufstellt, muß er aus dem Dorf, aus dem Wohnviertel sein. Es muß ein Kandidat sein, den alle Einwohner seines Wohnviertels kennen, sonst werden die Wähler diese Kandidatur nicht annehmen. Durch die Ablehnung der ersten Kandidatur kontrollieren wir auch die Arbeit unserer Volksräte.

Wie hoch ist die Beteiligung des Volkes an der Diskussion bei der Aufstellung der Kandidaten?

Immer über 90 Prozent. — Wenn es nicht so wäre, dann entspräche es nicht unseren Prinzipien der Aufstellung der Kandidaturen mit den Massen. Wenn wir z. B. gesehen haben, daß die Beteiligung an einer Versammlung gering gewesen ist, dann haben wir diese Versammlung verschoben.

Wenn die Beteiligung bei der Aufstellung der Kandidaten so hoch ist, welche Bedeutung haben dann überhaupt noch die Wahlen für den ganzen demokratischen Prozeß?

Es gibt einen Unterschied zwischen den Versammlungen, bei denen die Kandidaten aufgestellt werden und den Wahlen. Wir haben ein besonderes Gesetz, das regelt, wie die Kandidaturen aufgestellt werden. Sie müssen breit diskutiert werden, und wenn das Volk diese Kandidaturen annimmt, wird dieser Kandidat an den Wahlen teilnehmen. Aber das ist nicht [illegible] Wahl. Die Wahlen sind geheim und dies ist eine offene Diskussion. Man kann nicht die Aufstellung der Kandidaten mit den Wahlen identifizieren. Die Wahlen finden immer aufgrund der genannten Prinzipien statt. Bei uns ist die Propaganda für jede Kandidatur frei, wir verwirklichen immer die Prinzipien, die wir in der Verfassung verankert haben. Damit bringen wir direkt den demokratischen Charakter unserer Volksmacht zum Ausdruck. Das Prinzip heißt: die Macht kommt vom werktätigen Volk und gehört ihm.

Die gewählten Vertreter **müssen nun ja auch Rechenschaft ablegen. Wie geschieht das in der Praxis? Ist das nur einmal in drei Jahren, so wi[illegible] jetzt vor den Wahlen oder mu[illegible] der Volksrat ständige Versammlungen abhalten oder geschieht das über die Arbeit ...?**

Wir haben hierfür ein Gesetz, und dieses Gesetz heißt Gesetz für die Arbeit der Volksräte. In diesem Gesetz sind alle Pflichten über die Arbeit der Volksräte festgelegt. Hier heißt es ausdrücklich: Die VR werden alle drei Jahre gewählt. Der VR legt zweimal im Jahr organisiert Rechenschaft ab. Jeder VR hält zweimal im Jahr organisiert Rechenschaft ab.

Also, er hält dann Versammlungen mit seinen Wählern ab?

Das ist organisiert! Zweimal im Jahr. Organisiert muß er zweimal im Jahr Rechenschaft ablegen, aber der VR ist zugleich ein Arbeiter oder Bauer und schon während der Arbeit — er kontrolliert wie man arbeitet, aber gleichzeitig wird er kontrolliert und legt schon während seiner Arbeit Rechenschaft über seine Leistungen ab.

Es ist festgelegt, daß die VR erweiterte Versammlungen mit den Wählern abhalten, auf denen sie Rechenschaft im revolutionären Geist, vor allem über wichtige politische Probleme, wichtige wirtschaftliche, kulturelle, soziale und Verteidigungsprobleme ablegen. Die Rechenschaftslegung vor den Wählern ist eine sehr wichtige Aufgabe der VR. Wenn ein VR keine Rechenschaft ablegt, dann wird dieser VR von den Wählern abgesetzt.

Meldungen

Dänemark

Parlamentsbeschlüsse gegen NATO-Pläne

Kopenhagen. — Nach einer langen Sitzung hat sich das dänische Parlament mit einer Mehrheit von 83 gegen 70 Stimmen am 26. Mai in zwei wichtigen Punkten gegen die NATO-Pläne zur Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa entschieden. Die Mehrheit aus der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei, der Sozialistischen Volkspartei und Teilen des Regierungslagers hat einen Entschließungsantrag angenommen, den die Regierung innerhalb der NATO vertreten soll.

Ohne die NATO-Mitgliedschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, fordert der Antrag zum einen, daß der Westen die Periode der Verhandlungen in Genf über die Stationierung verlängert, und daß während laufender Verhandlungen keine Stationierung oder Vorbereitung zur Stationierung von Atomwaffen stattfinden. Damit wäre fürs erste der Herbst-Stationierungstermin vom Tisch. Zum anderen fordert der Antrag, bei den Verhandlungen in Genf die französischen und britischen Atomwaffen und Raketen zu berücksichtigen. Diese Beschlüsse, die innerhalb der NATO großes Aufsehen erregt haben, sind nicht zuletzt auch auf Druck der in Dänemark starken Friedensbewegung zustandegekommen.

Polen

„Für einige weitere Jahre" Kriegsrecht

Warschau. — Japanischen Journalisten gegenüber hat der stellvertretende polnische Ministerpräsident Rakowski erklärt, daß „Polen für einige weitere Jahre" inneren Frieden benötige. Das war seine Antwort auf die Frage, ob in absehbarer Zeit, etwa nach dem anstehenden Papst-Besuch, das Kriegsrecht aufgehoben werden könne.

Die Bedingungen in Polen unter der Militärdiktatur „inneren Frieden" zu nennen ist schon ein großer Zynismus. Und dennoch lassen sich Rakowskis Pläne für eine „Weiterentwicklung ohne Demonstrationen und Streiks" auch mit dem Kriegsrecht nicht durchsetzen.

Nachdem ein 19jähriger Oberschüler, Grzegorz Przemyk, kurz nach seiner plötzlichen Festnahme eines mysteriösen Todes verstarb, gingen in Warschau Tausende zu einer Massendemonstration auf die Straße. Die Beerdigung des Jungen wurde zu einer Manifestation gegen das Militärregime. Die offizielle polizeiliche Version, Grzegorz Przemyk sei völlig betrunken aufgegriffen worden, wird von immer mehr Zeugen widerlegt. Angehörige berichteten, er sei auf der Polizeiwache geschlagen worden und an den Folgen schwerer innerer Verletzungen gestorben.

Terror gegen Kurden

Ankara schickt Truppen in den Irak

44 neue Todesurteile

Die türkische faschistische Militärjunta verstärkt ihren Mord- und Unterdrückungsfeldzug gegen die kurdische Bevölkerung immer mehr. Nachdem bei einem Massenprozeß gegen Kurden in der Stadt Diyabarkir allein 35 Todesurteile verhängt wurden, bestätigte die Militärjunta jetzt erstmals schon länger grüchteweise bekannte Meldungen, nach denen bei der Verfolgung von Kurden türkische Armeeeinheiten auch im Irak operieren.

In einer Erklärung des türkischen Außenministeriums in Ankara hieß es, türkische Armee-Einheiten kämpften entlang der irakischen Grenze „mit bewaffneten Gruppen". Man habe „eine Bedrohung der Grenzsicherheit ausgeschaltet". In inoffiziellen Berichten heißt es aber, 4000 türkische Soldaten hätten die Grenze zum Irak überschritten. Dazu sei auch eine ganze Armeebrigade zur Verstärkung aus dem westlichen Kleinasien in das Grenzgebiet im äußersten Südosten der Türkei verlegt worden.

Die „bewaffneten Gruppen" wurden von offizieller Seite nicht näher beschrieben. Wechselweise werden sie türkische oder kurdische Untergrundkämpfer genannt. Nicht nur die „gewöhnlich gut unterrichteten Kreise" glauben allerdings mittlerweile an eine von türkischen und irakischen Truppen ausgeführte Aktion gegen die Kurden. Denn sowohl in der Türkei als auch im Irak sind die kurdischen Bevölkerungsteile eine extrem unterdrückte Minderheit. Und auf beiden Seiten der Grenze haben sie die staatlichen Truppen als Gegner und Unterdrücker zu fürchten.

Diese „konzertierte Aktion" ist die offene Unterstützung des Irak für die grausame und harte Unterdrückungspolitik der Evren-Junta gegen das kurdische Volk, die sich nicht nur gegen jede Autonomiebestrebung, sondern selbst den geringsten Versuch richtet, auch nur ein Stück der kulturellen Identität zu retten, etwa die Sprache zu der Kurden zu sprechen.

Von der 45 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung der Türkei sind mindestens sieben Millionen Angehörige des kurdischen Volkes. Bisher wurden neben vielen anderen Unterdrückungsmaßnahmen von den Kriegsgerichten der Militärjunta 173 Todesurteile gegen Kurden ausgesprochen, mindestens 30000 als „Terroristen" verurteilte Kurden befinden sich in Haft.

Gegen 35 von ihnen wurde das Todesurteil verhängt, 28 Kurden wurden nach diesem zweijährigen Prozeß zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, 331 Beschuldigte erhielten Haftstrafen zwischen 3 und 36 Jahren. Die verbotene Partei soll vor dem Militärputsch 3400 Mitglieder gehabt haben, 1580 Anhänger wurden von den Militärs festgenommen

Justizbehörden, die Militärgerichte daran, ein „Versprechen" des Generals Evren zum Kurden-Problem einzulösen. Er hatte angekündigt: Bevor wir in die Kasernen zurückkehren, werden wir das Seperatismusproblem in der Türkei ein für alle mal lösen.

Am gleichen Tag, als in Diyarbakir die Todesurteile gesprochen wurden, verurteilte ein



Die Armee des General Evren: Massenmord an Kurden!

Diese Massenprozesse in der Türkei sind Schauprozesse, die ohne jegliche rechtlichen Möglichkeiten zur Verteidigung der Angeklagten ablaufen. Viele der Angeklagten sprechen die türkische Sprache nicht, können der Verhandlung also gar nicht folgen. Kurdische Dolmetscher sind nicht zugelassen, da nach der Staatsdoktrin der Militärs eine kurdische Sprache nicht existiert und deren Gebrauch nach einem Militärdekret unter Strafe gestellt ist. In den meisten Prozessen verteidigt der Anwalt mehrere hundert Angeklagte, eine Prozeßvorbereitung der Angeklagten findet gar nicht erst statt.

Nach Aussagen des Rechtsanwalts Kaya (der RM berichtete), der selbst acht Monate in Diyarbakir gefangen war, werden viele Kurden gefoltert. Allein in Diyarbakir überlebten 15 Menschen die Torturen nicht.

So arbeiten die Polizei- und

Militärgericht in Istanbul neun Anhänger der Türkischen Volksbefreiungspartei wegen der „Befürwortung der Errichtung eines kommunistischen Regimes" zum Tode. Acht Angeklagte erhielten lebenslange Freiheitsstrafen, 48 wurden zu Strafen zwischen vier Monaten und 24 Jahren verurteilt. Erst Tage zuvor waren in Adana zwei Mitglieder derselben Partei auch zum Tode verurteilt worden.

Aus diesem Staat, in dem täglich Blut fließt, kam in diesen Tagen der Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff zurück und sprach sich lobend über die „Einhaltung des Plans zur Wiederherstellung der Demokratie" aus. Lambsdorff war zu Gesprächen über die Wirtschaftsbeziehungen zu den Mördergeneralen gefahren. Er betonte die Entschlossenheit Bonns, die wirtschaftliche und militärische Hilfe „im Rahmen der durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bundesrepublik gezogenen Grenzen" fortzusetzen.

Dazu gehört für den Wirtschaftsminister auch, Druck auf die EG-Länder auszuüben, die mit Wirtschaftssanktionen gegen General Evren und seine Junta vorgehen. Vor allem die seit November 1981 vom EG-Parlament gesperrte Türkei-Hilfe, die bis zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse ausgesetzt ist, soll nach übereinstimmender Meinung der türkischen Machthaber und des Wirtschaftsgrafen wieder fließen. Lambsdorff versprach der türkischen Regierung Bonns Unterstützung dafür.

MER NOIRE — U.R.S.S. — MER CASPIENNE — TURQUIE — Erzurum — DIYARBAKIR — L. de Van — Hakkâri — Tabriz — Lac d'Ourmia — Gaziantep — Alep — Euphrate — Kirkouk — Tigre — SYRIE — Téhéran — IRAN — Beyrouth — LIBAN — Damas — IRAK — Bagdad — 0 km 300

kurdisch bewohnte Gebiete — Einmarschgebiet

Beim letzten Massenprozeß gegen Kurden waren in Diyarbakir weit über 500 Menschen angeklagt. Alle sollten Mitglieder der Kurdischen Arbeiterpartei gewesen sein, und vor der Zeit der Junta für die Errichtung eines unabhängigen, sozialistischen, kurdischen Staates eingetreten sein.

Kommentar

Es war schon wohltuend, aus dem Munde eines westdeutschen Politikers das offene Wort „Schweinerei" zu hören, mit der SPD-Vize Wischnewski die Tätigkeit der Feinde Nicaraguas beschrieb. „Eine unerträgliche Koalition aus CIA und Somozisten", nannte er die Angriffe der Contras auf das befreite Nicaragua. Wischnewskis Kritik an der Washingtoner Politik, an der Politik Ronald Reagans ging auch an die Adresse der Bonner Regierung, die über Änderungen der Nicaragua-Hilfe bis hin zum totalen Stopp nachdenkt.

Wischnewski in Nicaragua

Der SPD-Politiker, der auch im Auftrag der Sozialistischen Internationale Nicaragua besuchte, sprach solch radikale Worte nicht allein, weil er — und seine Parteigenossen — es jetzt als Opposition relativ leicht haben, große Töne zu spucken. Ganz deutlich wurde auch, wann und unter welchen Bedingungen die (internationale) Sozialdemokratie mit Nicaragua solidarisch ist: Der „Pluralismus" muß gewährleistet sein.

So positiv die Anti-Reagan-Haltung ist, so nützlich für die Solidaritätsbewegung der Einsatz der SPD für weitere Hilfe an Nicaragua, darf man doch nicht vergessen, was Wischnewski mit Pluralismus meint, welche Bedingungen er stellt: das freie Schalten und Walten der Unternehmer, der Kapitalisten — oder, wie er es nennt, die „gemischte Wirtschaftsform", die Tätigkeit und die Abhängigkeit von internationalen Banken und Finanzkonsortien, den politischen Pluralismus, der freie politische Betätigung auch für die Feinde der sandinistischen Regierung meint. Wischnewski stellte schon kritisch fest, Nicaragua sei „kein Staat des politischen Pluralismus", und er warnte, man würde niemals „Marxismus-Leninismus unterstützen". Typische SPD-Solidarität: Nur mit Wenn und Aber!

10 Jahre Militärdiktatur

FÜR CHILES FREIHEIT
POR LA LIBERTAD DE CHILE
24.–26. Juni 1983 in Münster

Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika

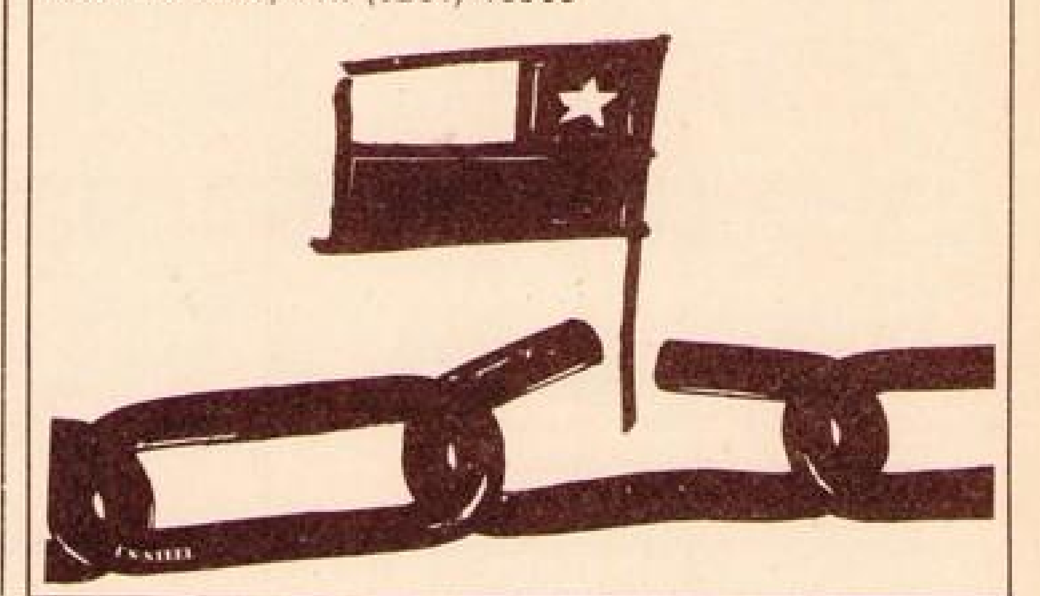
Eine Vielzahl von kirchlichen und Solidaritätsgruppen, Amnesty International, das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, die Kinderhilfe Chile und die Koordination chilenischer Linker in der BRD veranstalten Ende Juni in Münster den „Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika" unter dem Motto „Für Chiles Freiheit".

Zu dem Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen werden neben mehreren Führern von linken chilenischen Parteien auch Vertreter der Regierungen Boliviens, Nicaraguas und Kubas, sowie Repräsentanten der Befreiungsbewegungen von El Salvador und Uruguay erwartet.

Die 22 Arbeitsgruppen arbeiten zu folgenden Themenkreisen: Rüstungsexport — U-Boote / Was war die Unidat Popular? / Exil in der BRD — Probleme und Erfahrungen / Asylrecht — Ausländerpolitik in der BRD / Konzepte und Perspektiven deutscher Entwicklungspolitik in Chile und Lateinamerika / Verschwundene — Menschenrechtsverletzungen — Repression / Chilenische Kirchen / Frauen in Chile / Militärdiktatur — Militär — Nationale Sicherheit / Gewerkschaften unter der Diktatur / Das ökonomische Modell der Diktatur / Die Agrarreform in Chile und ihre Zerstörung durch die Diktatur / Das Recht, in Chile zu leben / Widerstand und Opposition / Imperialismus in Chile und Lateinamerika / Solidaritätsbewegung: Erfahrungen, Probleme und Aufgaben / Kultur und Widerstand im Exil / Erziehungs- und Sozialpolitik unter der Diktatur / Mapuche in Chile / Faschisten und Nazis in Lateinamerika / Revolution und Intervention in Mittelamerika: Nicaragua / Der Kampf der Jugend in Chile und im Exil.

Mit der Überweisung eines Teilnehmerbeitrages erhält man nach der Anmeldung einen umfangreichen Reader mit verschiedensten Materialien zu den oben genannten Themen. Anmeldungen nimmt entgegen:

Kongreß Büro
„Für Chiles Feiheit"
Frauenstraße 3 - 7
4400 Münster, Tel. (0251) 45606



Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Verteidigt unsere Dichter

Liebe Genossen,
ich schicke Euch ein längeres Gedicht, das ich im Wahlkampf 1980 gegen Strauß gemacht hab und das die Aussage von Stoiber über Dichter als Ratten und Schmeißfliegen aufgreift.

Ich finde, das Gedicht ist für die Erinnerung an den 50. Jahrestag der Bücherverbrennung ganz gut geeignet.

Ich würde mich freuen, wenn ihr es gebrauchen könntet.

Mit freundlichem Gruß
T.W. Frankfurt

1817
Weh mir, wo nehm ich
wenn es Winter wird die Blumen
und wo den Sonnenschein
und den Schatten der Erde.
Die Mauern stehen sprachlos und kalt
im Winde klirren die Fahnen
(Hölderlin)

Nie sprachlos, nur verstehbar nicht
warst du geworden
als man die große Kälte übers Land gebannt.
Du igeltest dich ein
weg von den friedhofsstillen Orten
und lebtest leis im Turm,
freiwillig, selbstverbannt.
Und oft, wenn du den Blick
nach außen wandtest
fuhr deine Hand zum Herz,
das dann so schmerzte,
weil da der Rauhreif überm Neckarland
die schönsten Blütenträume merzte.
Die Kälte hat dich krank gemacht
dich in den Wahnsinn getrieben
wie kann ein Mensch im Turm allein
die Leute, die Sprache lieben.

1850

Schlage die Trommel und fürchte dich nicht
und küsse die Marketenderin
Das ist die ganze Wissenschaft
Das ist der Bücher tiefster Sinn
(Heine)

Den Heine nennt man oft 'nen schlauen Kopf
und Leichtfuß, der's so gern mit Weibern trieb
und lieb und teuer war ihm auch sein Kopf
doch mehr noch war ihm unsre Freiheit lieb

Verlorner Posten in dem Freiheitskrieg
hielt er weit über dreißig Jahre Wacht
focht mit der Feder manchen bittren Krieg
und Freude ham ihm schöne Frau'n gemacht

Die fetten Fürsten traf sein Spott ins Herz
sie hätten ihn am Galgen gern gehenkt
Doch das fand Heine einen schlechten Scherz
hat nach Paris die Schritte schnell gelenkt

Was sollen wir mit Krägen ohne Köpfen
an Tröpfen fehlt es nicht in unserm Land,
denn was hier Geist hat, will man gerne köpfen,
als kopflos ist, was hier regiert, bekannt

Und wo man Emigranten Ratten nannte
Da kontert er: davon gibt's zweierlei.
Die Fetten sind im Lande die Bekannten
Die Armen wandern und sind vogelfrei

Doch Armut ist ein zähes Argument
drängt nach Veränderung der schlechten Lage
So ist es sicher, daß am End
die Armut wird der Fettsucht doch zur Plage.

So kühne Sprüche will man stets verbieten
Doch weil sie schön sind, wurden sie bekannt
Die Nazis lösten den Konflikt wie Diebe
druckten ihn ab als Dichter unbekannt.

1933

Wer Bücher verbrennt,
verbrennt auch Menschen
(Tucholsky)

Im Jahr dreiunddreißig stand einer dabei
und sah seine Bücher brennen
hätt' gern geschrieen, gezetert dabei
und durfte noch nicht mal flennen.
Sie hätten ihn sonst erkannt
und vielleicht mit den Büchern verbrannt

Ein anderer bat und flehte sie an
setzt auch mich auf eure Liste
Ihr wißt gar nicht, wie es beleidigen kann,
zu überdauern bei Eurem Miste
Ich bin bestimmt kein Genie,
aber ein Lump sein wollte ich nie!

Denn ehrlos ist, wer sich heute nicht zählt
zu literarischen Wanzen und Ratten
und wer heut nicht brennt und wird nicht gequält
muß sich schließlich fragen: was hatten
unsre Worte für Sinn und Ziel,
war's nicht leeres Glasperlenspiel

Die Bücherverbrenner sind real
besoffen die Nazi-Meute
reißt aus den Schränken, aus dem Regal
und schmeißt den Flammen zur Beute
was an Aufklärung und Verstand
im Schrifttum des Volkes sich fand.

Wen'ge Jahre später brannten Synagogen
und die Kälte kroch in jedes Haus
in dem Rundfunk lärmten, tobten Demagogen
viele kannten sich da nicht mehr aus
In Gestapo-Kellern schrieen die Gequälten
doch ihr Schreien drang nicht durch das Eis
Die im Widerstand die braunen Tage zählten
wurden mehr nicht, wurden müd und leis

Mit Ratten und Wanzen fing's an
am Ende brannte der Mann

Ein'ge Jahre später brannten ganze Städte
Phosphorbomben setzten Teer in Brand
und der Tod in glitzernden Staffetten
schickte Stahlgewitter übers Land.
Wer frech und vorlaut Krieg und Sieg geschrieen
der tarnte sich jetzt mausgrau, fahl und stumm
und suchte tief versteckt dem Volkszorn zu entfliehen
und andre drehten schnell ihr Fähnlein um

Denn mit Bücherverbrennungen fings an
am Ende brannte der Mann

1980
Viele Jahre sind ins Land gegangen
doch geändert hat sich hier nicht viel
Alle Lieder, die die Alten sangen
warten auf Erfüllung noch und Ziel

Und die schlimmen Worte, die Genannten,
alle tauchen sie jetzt wieder auf
leicht verändert sind's doch die Bekannten
und die Sprecher sind bekannt uns auch

Mit Ratten und Wanzen fings an
am Ende brannte der Mann

Völkisch nicht geeignet hieß es früher
heute heißt es schlicht Berufsverbot
auf der Flucht erschossen wurd' man früher
heut, nach Muster Stammheim, „Selbstmord" droht.

Sicherheitsverwahrung in Kazetten
nennt man heute vorgebeugte Haft
und des Stürmers Wahnsinn in Gazetten
steigert Bild für seine Leserschaft

Mit Ratten und Wanzen fings an
am Ende brannte der Mann

Auch die Wanzen hat man heut verwandelt
Dieses Wort fand anderen Gebrauch
Für den Tatbestand, um den sich's handelt
tut die Schmeißfliege es auch!

Wer die Worte spricht, will danach handeln,
schwätzt nicht nur, der glaubt auch noch daran
unser Land will er so sehr verwandeln,
daß drin Freiheit nicht mehr leben kann.

Mit Schmeißflieg und Ratten fängt's an
am Ende brennt wieder der Mann

Zum Friedensplan

Ich, (Mitglied der KJD/Düsseldorf), habe den Friedenspolitik-Plan der KPD gelesen und finde ihn sehr gut. Ich unterstütze diesen Plan voll und ganz. Jedoch stellen sich mir zwei Fragen:

1. Warum sollen wichtige Behörden oder Gremien gerade nach Westberlin gelegt werden. Ich finde diese Stadt hat unter den Preußen und den Nazis schon genug Reichstage gehabt. Und diese Reichstage haben bisher immer zum Krieg geführt. Die Vergangenheit spricht meiner Meinung her voll dagegen, daß Berlin wieder zu einer Art Hauptstadt wird. Sind denn Berliner was Besonderes?

2. Die Frage bezieht sich darauf, daß, wenn nicht beide deutschen Staaten zugleich unabhängig werden! Wenn die BRD zuvor unabhängig, souverän und neutral geworden ist, und die DDR noch nicht, könnte es doch trotz des Gegenbeispiels Österreich, und der Beschimpfung des Aggressors passieren, daß die BRD ein zweites Afghanistan oder Nicaragua wird. Wie soll sich die BRD dagegen schützen?

(Dann wäre da noch eine Frage, warum ist Stalin mit auf dem Roten Morgen?)

Euer Genosse
Andreas



Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen" nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen", wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen" aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention" des „Roten Morgen", durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes" lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen" auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen" nicht die „2-DM"-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

ROTER MORGEN MAI-AKTION
RM zum halben Preis!



Jeder, der im Mai 1983 den „Roten Morgen" abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!
Also, ein Jahresabo ab 1. Juni für 30 DM, ein Halbjahresabo ab 1. Juni für 15 DM.

Name ....
Vorname ....
Straße ....
Plz/Ort ....

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:
........Abonnement/s ab 1. Juni 1983
0 für 1 Jahr (Nr. 22/83 - 21/84)
0 für 1/2 Jahr (Nr. 22/83 - 47/83)

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.........
0 Ich habe den Betrag von DM..........an den Verlag überwiesen
0 Ich bitte um Vorausrechnung
Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi 22, 3 Haziran 1983 Yıl: 17 1 DM



(Taslak)

CDU/CSU bir milyonyarca yabancıya karşı kovma politikası izleyeceğini ilan etti. Federal Almanya'daki işçi sınıfı ve emekçi halk bölünmek ve savunmasız bir seviyeye getirilmek isteniyor. Buna karşı biz diyoruz ki: Gücümüz birliğimizdir: Partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD yabancı işçi ve emekçilerin tamamen eşitliğini ve uyumu savunan bir eylem programı hazırladı. Biz bu programı tartışmaya sunuyoruz.

Yazısı Sayfa 2 ve 3'te.

Faşist cuntanın demagojisi

Sözümona "silahlı grupların kanlı eylemlerini" önlemek amacıyla Ankara'daki faşist cunta birliklerini Irak'a gönderdi. Yakın geçmişte iki Türk askerinin Irak sınırında öldürülmesini gerekçe gösteren faşist Türk Ordusu, "Türkiye'nin bütünlüğüne yönelik saldırgan amaçlar", "Türk sınır güvenliğinin tehlikeye girdiği" fiskesi altında Irak sınırını da geçerek sözümona "silahlı gruplara" karşı bir harekata girişti.

Türk faşist cuntasının "silahlı gruplar" diye gösterdiği bölgede yaşayanlar Kürt halkından insanlardır. Ve şurası açık olan bir gerçektir ki, girişilen bu harekat Kürt halkına karşı sürdürülen katmerli baskı politikasının bir parçasıydı.

Nitekim Ankara'daki faşist generaller güruhu şimdiye değin Kürt ulusundan insanları takip etmede Irak'a da girerek operasyon yapıyordular. Bunun için iki yıl önce Türkiye-Kürdistan'ından saldırıya uğrayan ve kaçarak Suriye'ye sığınan ve daha sonra faşist Türk silahlı birliklerinin orada giriştikleri saldırı sonucunda, kendilerini yanlarına alan ailelerin katledilmesinin ardından orayı terk etmek zorunda kalan Kürt ailesi olayını anımsatmak yeterlidir.

Türk hakim sınıfları yıllardan beri Kürt halkından gelen en küçük bir direnişe azgınca saldırmakta, kan ve vahşet estirmektedirler. Bugün onların temsilciliğini yapan faşist cunta Kürt ulusunun her türlü direnişi kırmak, milli benliklerini ve kültürlerini tamamen yok etmek ve onları teslim almak istemektedir.

Ve bu planlarını Türkiye'de azgınca sürdüren faşist cunta, şimdi bir adım daha ileri atarak Türkiye-Irak sınır bölgesinde yaşayan Irak kesimindeki Kürtlere karşı da uygulamak istemektedir. Nitekim Evren'in girişilen bu harekatla ilintili olarak "Türkiye'nin bütünlüne yönelik saldırgan amaçlarla" kasettiği de Kürt ulusunun kendi milli benliğini ve kültürünü koruma ve bağımsız bir Kürt devletini kurmak uğruna giriştiği eylemlerden başka bir şey değildir. Ancak faşist Kenan Evren cuntası gün ışığı gibi açık olan bu gerçekleri çarpıtarak, sözümona "bazı silahlı haydutların" saldırılarına cevap verme fiskesi altında, Kürt halkını sindirme, Kürt ulusuna karşı imha operasyonlarına girişmektedir.

Eylem haftasının doruk noktasında yapılacak olan

İşsizlerle dayanışma yürüyüşüne katıl!

4 Haziran, saat 11.30'da, Bonn-Josefshöhe'de

Bu hafta başında başlayan, "İşsizliğe ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı" işsizler insiyatiflerinin eylem haftasının doruk noktasında, Cumartesi günü Bonn'da bir yürüyüş yapılacak. Eylem haftası çerçevesinde çeşitli şehirlerde yapılacak olan çok yönlü faaliyetlerde aktif işsizler taleplerini dile getirecekler. Partimiz KPD bu eylemleri tüm gücüyle desteklemektedir.

Eylem haftasının hazırlık toplantılarında bazıları bu tür bir yürüyüşün bir şey getirmeyeceğini, bunun yerine tabanda faaliyet sürdürmenin gerektiğini söylediler. Kuşkusuz ki, bunlar bir biriyle çelişmemektedirler. Ve mantıki olarak düşünüldüğünde bir hafta boyunca sürecek eylemlerin doruk noktasında bir günlük bir yürüyüşün düzenlenmesi bu haftalık kampanyaya hiç bir şekilde zıt bir şey değildir. Elbette tabanda sürdürülecek çalışmalar sürekli doğru ve önemlidir. Ancak buna rağmen, işsizlerin çıkarlarını savunan şu ya da bu çapta büyük bir siyasi yürüyüşe karşı kimse çıkmamalıdır.

İşsizler yürüyüşüne katılacak olan gerek işsizlerin kendileri gerekse çalışanlar, işsizler kimliklerinin çıkarılması ve merkezlerin yapılması gibi doğrudan taleplerin yanı sıra güncel duruma ilişkin olan temel talepleri de ileri sürecekler. Bununla ilintili olarak, sorunu, Federal Hükümet'in saldırılarına karşı işsizlerin ekonomik durumları gibi haklarının nasıl savunulabileceği, bu durumun nasıl düzeltilebileceği mücadelesi oluşturmaktadır.

Partimiz Almanya Komünist Partisi, KPD bu eylemleri tümüyle doğru bulmakta ve bununla ilintili olarak şu talepleri ileri sürmektedir:

★ Tüm işsizlik süresi boyunca işsizlik parası ödenmelidir!

★ Ayrı meslekleri öğrenme ve mesleği geliştirme önlemleri genişletilmelidir!

★ Devlet tarafından işsiz olan gençler için mesleki eğitim alanları yaratılmalıdır!

★ Her işsize mesleki eğitimi ve/ya da mesleki tecrübesi sonucunda edindiği kabiliyetlerini koruma hakkı tanınmalıdır!

★ İşsizlik parasına konulan dondurma süresi (Sperrfrist, işsizleri her türlü işi kabul etmeye zorlayan hükümler (Zumutbarkeits-u. Verfügbarkeitsbestimmungen) kaldırılmalıdır.

★ Arbeitsamtlarda işverenlerin etkinliğine son! Arbeitsamtlarda atama işlemlerinde işveren birlikleri artık göz önünde bulundurulmamalıdır.



Dortmund'da Hoesch-Phoenix işletmesinin önünde işsizlerin yaptıkları bir eylem.

Batı Alman polisi anti-faşistleri karalamaya çalışıyor

21 Mayıs'ta Hannover'de MHP'li faşistler bir gece yapmak istediklerinde, bunu engellemek amacıyla harekete geçen anti-faşistlere polis birlikleri vahşice saldırmıştılar.

Yürüyüşün sorumlusu olan Ludwig Luk List, bununla ilintili olarak "Hannover'de yaşadığım en vahşi ve zorbacı polis eylemi idi" dedi.

KŞ'ın son sayısında haberini verdiğimiz bu eylem üzerine, Hannoversche Zeitung'da çıkan bir fotograftan dolayı bir kez daha durmak istiyoruz. Bu resimin altında "tehlikeli kesici ve batıcı aletler cephanesi" diye yazılıdır. Bunlar içinde bir de "Kızıl Şafak" gazetesi bulunmaktadır.

Gazetemizin bu anlamda da "tehlikeli" olduğunu bilmediğimiz şöyle dursun, sözümona "cephane" üzerine bir kaç söz söylemek istiyoruz.

Anti-faşist komite bu aletlerin büyük çoğunluğunun, faşistlerle çatışmanın olduğu yerde toplandığına ve bunların onlara ait olduğuna işaret etti.

Polisin sözümona anti-faşistlerden aldığını iddia ettiği aletlere gelince bir Türkiyeli sözcü şöyle diyor: "Polis gözaltına aldıklarının cebine jopu kendisi koydu". Ludwig List ise bunu tasdiklemektedir.

Batı Alman polisinin bu tür adi oyunlarına anti-faşistler bir çok diğer eylemde de tanık oldular. Nitekim polisin bununla amaçladığı anti-faşistleri ve anti-faşist gösterileri cinayet yanlısı olarak karalamaktır. Ayrıca göz altına alınan Türkiyeli anti-faşistlerin sınırdışı edilmesini sağlamanın ve bu yönde alınacak önlemleri haklı çıkarmanın zeminini oluşturmayı amaçlamaktadır. Sınırdışı edilme tehlikesi ile karşı karşıya olan Türkiyeli anti-faşistlerin tüm demokratların desteğine ihtiyacı vardır.

Diğer yandan tüm yerli ve yabancı faşist örgütlerin yasaklanması uğruna mücadele daha da gerekli bir hal almıştır.

„Yedi Büyük" devlet aşırı silahlanma rotası izlemektedirler

Williamsburg Zirvesi Reagan'ın politikası için açıkca bir destektir

Büyük gürültü patırtı içinde ABD'nin Williamsburg kentinde örgütlenen Yedi Batılı ülkenin "Dünya Ekonomi Zirvesi"nin en önemli sonucu, bir "Dış politik açıklama" yapması oldu. Bu açıklamada tüm temsil edilen devletler Ronald Reagan'ın çılgınca silahlanma rotasını izleyeceklerine yemin etmektedirler.

Zirvenin ana konusunu oluşturması gereken, bu güçlü kapitalist ülkelerde, yani ABD, Japonya, İngiltere, F. Almanya, İtalya, Kanada ve Fransa'da korkunç enflasyon gelişmelerine, artan yığınsal işsizliğe kenarda bir yer verildi. Hatta işsizliğe karşı mücadelenin söz konusu devletlerin somut bir sorunu olduğu belirtildi.

Buna karşılık adı geçen yedi devletin temsilcileri ve hükümet yetkilileri ABD'nin dikte ettirdiği, şimdiye değin bazı devletlerin ABD'nin çılgınca silahlanma rotasına karşı bazı kuşkularını tamamen mahkum eden, bu sonbaharda yerleştirilmesi öngörülen füze planları konusunda tamamen ABD'yi destekleyen bir açıklamayı kararlaştırdılar.

"Dünya Ekonomi Zirvesi"nde bu tür bir açıklamayı imzalamak istemeyen Fransız Hükümeti, ve Cenevre'de yapılan "silahlanmayı sınırlandırma" görüşmelerde İngiliz ve Fransız füzelerinin de göz önünde bulundurulmasını talep eden Kanada Hükümeti, sonunda tamamen ABD'ye destek sağlayan açıklamayı imzaladılar. Kanada Hükümeti'nin İngiliz ve Fransız füzeleri konusunda savunduğu bu görüş yapılan açıklamada reddedilmektedir.

Japon Hükümeti'nin de bu açıklamayı imzalaması özellikle Bonn'daki gericilik tarafından selamlanmaktadır. CDU/CSU partileri, "Japonya'nında da Güvenlik sorunları"na çekilmesini önemli bir başarı olarak görüyor ve Japonya'nın "NATO ittifakının görüşlerini ve bununla birlikte NATO İkili Kararı'nı Savunmasını" övüyorlar.



"Yedi Büyük" devletin savundukları görüşlere tüm batılı devletlerde barış hareketi karşı çıkacaktır. Bu bizim için NATO'dan çıkmayı daha da gerekli kılmaktadır.

Japonya'nın anayasasına ve açıkladığı politikasına göre NATO gibi bir ittifakın ortağı olamayacağı gerçeğinin Williamburg'ta hiç bir rolü olmadığı gibi aynı şekilde Fransa'nın NATO askeri ittifakına dahil olmadığı gerçeği de bir rol oynamıyordu.

Sözümona ekonomik bir zirve olması gereken, fakat ekonomik sorunlara kenarda bir yer veren ve tamamen askeri politik bir zirveye dönüştürülen bu buluşma yapılan ortak açıklamadaki askeri politikaya ilişkin görüşlerin "Batılı İttifak" içerisinde yer alan tüm NATO üyeleri tarafından ilan edilmemesi gerçek nüfuz sahiplerinin kimler olduğunu gösteriyor. Örneğin sürekli eleştirici olan Benelüks ülkeleri ve Danimarka gibi NATO üyeleri bu zirveye katılmamıştı.

Batı emperyalizminin politikasını ekonomik olarak güçlü olan devletler yapmaktadır. Ve ABD ise bu devletler üzerindeki başı çekme rolünü tamamen gerçekleştirdi. Federal Hükümet ise buna bir bütün olarak ayak uydurmaktadır.

KPD Yabancılar Programı (taslak)

Komünistlerin "Yabancılar Sorunu"na ilişkin temel tavırları her zaman "tek sınıf tek mücadele cephesi" şeklinde olmuştur. Bundan hareketle biz her türlü ayrımcılığa karşı, Alman ve yabancılar için eşit haklar uğruna savaşım veriyoruz.

Yeni siyasi gelişmeler, Bonn'da Birlik Partileri'nin yönetime gelişi ve henüz tam olarak yaşama geçirilmemiş olan ve daha şimdiden insanlık düşmanı koyu eğilimler taşıyan, milyonlarca yabancının kovulmasını ilan eden yeni hükümetin yabancılar politikası; sahip oldukları dillerinden, dinlerinden, milliyetlerinden ve üyesi bulundukları örgütlerden bağımsız olarak tüm işçilerin tek sınıf ve tek mücadele cephesinde birleşmesini, tüm demokratların ortak direnişini gerekli kılmaktadır.

Bu amacı desteklemek için, Almanya Komünist Partisi, KPD, parti içinde sürdürülen verimli tartışmalardan sonra taslak olarak kararlaştırılan "Yabancılar Programı"nı yayınlıyor. Bu programla tüm işçi ve emekçilere, tüm ilerici insanlara ve örgütlere seslenerek ortak eylemler ve gerekli siyasi önlemler üzerine tartışmaya çağırıyoruz. Eylem Programı üzerine görüşlerinizi bekliyoruz.

İşçiler, Emekçiler!

Bugün Federal Almanya'da milyonlarca yabancı işçi ve emekçi aileleri ile birlikte yaşıyor ve çalışıyorlar. Biz bu programla özellikle onlara sesleniyoruz, ancak programımızın taleplerinin yalnızca Alman ve yabancı işçi ve emekçiler tarafından ortaklaşa gerçekleştirilebileceğinin bilincindeyiz.

Buraya gelen birisi, vatanını pek gönüllü olarak değil, tam tersine yoksulluktan ve açlıktan, işsizlikten ve sosyal güvensizlikten dolayı terk etmek zorunda kaldı.

Bunun sorumluları, az gelişmiş ülkelerin zenginliklerini ve insanlarını sömüren ve yağmalayan, Federal Almanya'da işyerlerini yok eden ve sonra ucuz iş gücü getirten uluslararası tekeller, büyük bankalar, güçlü emperyalist devletlerdi ve gene onlardır.

Aynı şekilde sorumlulara Federal Almanya'daki tekeller ve büyük bankalar ve onların hükümetleri de dahildirler.

Alman işverenleri tarafından ilk yabancı işçi ve emekçiler daha ellili yılların ortalarında getirildiler. Ne var ki, bunların çoğu, sermayenin büyük çapta ucuz işgücüne ihtiyaç duyduğu 1969 yılından sonra ki dönemde getirildiler.

Buraya gelen herkes, şüphesiz ki, genellikle burada sürekli kalmak için gelmemişti. Ne var ki, anayurtlarında giderek kötüleşen şartlar, yurda geri dönme arzusunun, genellikle bir arzu olarak kalmaktan öteye gitmemesine, planlanmış olan geçici olarak kalmaktan sürekli oturmaya yol açtı. Yüksek derecede gelişmiş olan Federal Almanya milyonlarca yabancı için çoktan bir göçmen ülkesi oldu.

Peki onların durumu nasıl?

Resmi olarak Federal Almanya bir göçmen ülkesi değildir. Almanlarla siyasi ve yasal eşitlikten hiç bir şekilde söz edilemez. Tam tersine, yabancı işçiler ve emekçiler, kendilerini özel bir tarzda haksızlığa uğratan ve işverenlerin keyfiliğine teslim eden Yabancılar Kanunu'na ve buna dayanan yönetmeliklere ve olağanüstü yasalara tabidirler. Onlara ucuz işgücü olarak ihtiyaç duyulmakta ve kendilerine artık ihtiyaç duyulmadığında tekrar sınırdışı edilmektedirler.

Alman vatandaşlığına geçmek hemen hemen hiç mümkün değildir; Federal Almanya'da süresizce oturmaya hak tanıyan oturma hakkını (Aufenthaltsberechtigung) almak ise zordur.

Yabancı işçi ve emekçilerin eşitsiz konumları, aynı şekilde kural olarak Almanlarınkinden daha da kötü olan yaşam şartlarının en önemli nedenlerinden biridir.

Alman ve yabancı işçilerin eşitsiz bir konumda olmaları bir rastlantı değildir, bizzat bu Alman burjuvazisi tarafından itinalı bir şekilde planlanmıştır.

Bunun yalnızca yabancı işçi ve emekçiler için değil, aynı zamanda bütün işçi sınıfı için etkileri vardır. Alman ve yabancı işçiler bir sınıfa dahildirler, onlar sermayeye, onun devletine ve hükümetine karşı tek bir mücadele cephesinde yer almaktadırlar.

Ancak ne var ki, yabancı işçiler, aynen Alman meslektaşları gibi, grev yapamadıkları ve siyasi faaliyet sürdüremedikleri sürece, onların eşitsiz konumları tüm işçilerin ücretlerini düşürdüğü sürece, onlar Alman meslektaşları gibi eşit sosyal haklara sahip olmadıkları sürece, ortak mücadele cephesi bölünmüş, tüm işçilerin ekonomik, sosyal ve siyasi talepleri uğruna ortak mücadeleleri zayıflatılmış olacaktır. Bu durum mevcut olduğu sürece yalnızca yabancı işçiler için değil, aynı şekilde Alman işçileri için de taleplerini gerçekleştirmek, sermayenin, onun devletinin ve hükümetinin yaşam şartlarına yönelik saldırılarını geri püskürtmek zor olacaktır. Bunun için yabancı işçi ve emekçilerin ekonomik, sosyal ve siyasi eşitliği uğruna mücadele tüm işçilerin çıkarınadır. Bunların gerçekleştirilmesi uğruna mücadele, Alman ve yabancı işçilerin ortak mücadele cephesinin yaratılmasına katkıda bulunacak ve aynı zamanda sermayenin saldırılarına karşı tüm işçilerin mücadele şartlarını düzeltecektir.

Bu nedenden ötürü biz komünistler, aşğıdaki eylem programını, yabancı işçi ve emekçilerin siyasi, yasal ve sosyal durumlarının düzeltilmesi için öneriyoruz.

Vatandaşlığa kabul etmek ve seçim hakkı

Federal Almanya'daki yabancı işçi ve emekçilerin özel haksızlığa uğramalarından ve siyasi baskı görmelerinden dolayı, onların Almanlarla tam yasal ve siyasi eşitliğini talep ediyoruz.

Bu, yabancı işçi ve emekçilerin yaşam şartlarını önemli ölçüde düzeltecektir.

Bu, işçi sınıfının bölünmesine karşı etki yapacaktır ve bütün sınıfın ekonomik, sosyal ve siyasi talepleri uğruna mücadele gücünü güçlendirecektir.

Bu nedenle bu, Alman işçi ve emekçilerinin de çıkarınadır ve ancak Alman ve yabancılar tarafından birlikte gerçekleştirilebilir.

Ne var ki, yabancı işçi ve emekçilerin tam yasal ve siyasi eşitliği ancak eski vatandaşlıklarını korumaları kaydıyla Alman vatandaşı olmakla sağlanmış olacaktır.

Bunun için istemlerimiz:

★ *Eski vatandaşlıklarını korumaları kaydıyla Federal Almanya'da bir yıllık oturma süresinden sonra tüm yabancı yurttaşların otomatik olarak vatandaşlığa kabul edilmesi yasal olarak belirlenmelidir.*

★ *Yabancı işçi ve emekçilerin burada doğan çocuklarının otomatik olarak vatandaşlığa kabul edilmesi yasal olarak belirlenmelidir. (Çifte vatandaşlık)*

★ *Çifte vatandaşlığı mümkün kılan devletler arası anlaşmalar yapılmalıdır.*

Otomatik olarak vatandaşlığa kabul etmek — Alman vatandaşlığını gönüllü olarak kabul etmekten farklı olarak — söz konusu anayurt hükümetinin ve Batı Alman burjuvazisinin, yabancı işçi ve emekçilerin Alman vatandaşlığına geçmesini ve bununla birlikte tam yasal ve siyasi eşitliğe kavuşmalarını baskı ya da diğer önlemlerle önlemesini imkânsız kılmaktadır. Otomatik olarak vatandaşlığa geçmek, yabancı işçi ve emekçilerin Alman yaşam tarzını ve kültürünü, Alman gelenek ve göreneklerini devralmaları gerektiği anlamına gelmemektedir. Bu hiç bir ön şarta bağlı değildir. Fakat bu Alman ve yabancı işçi ve emekçiler arasında karşılıklı anlayışı teşvik etmeye katkıda bulunacaktır.

Çifte vatandaşlıktan dolayı pekâlâ ortaya çıkabilecek haksızlaklar — örneğin askerlik görevi yapma sorunu — devletler arası anlaşmalarla yabancı işçi ve emekçiler için hiç bir dezavantajın doğmasına yol açmayacak şekilde kararlaştırılmalıdır.

Otomatik olarak Alman vatandaşlığına geçmekle birlikte yabancı işçi ve emekçiler, en temel demokratik haklardan biri olan, yani seçme ve seçilme hakkını da kullanabilecek durumda olacaklardır.

Daha bugünden ülkemizdeki demokratik güçlerin, yabancı işçi ve emekçilere yerel seçim hakkı için mücadelesi vardır. Biz bu mücadeleyi destekliyor ve yerel seçim hakkını, yabancıların tam siyasi ve yasal eşitliğini sağlama yolunda ilk adım olarak görüyoruz.

★ *Yabancı yurttaşlara yerel seçimlerde seçme ve seçilme hakkı için.*

Özgürce siyasi faaliyet

Federal Almanya'da yabancı işçi emekçilerin oturması ve onların oturumu ile ilintili olan her şey Yabancılar Kanunu'na göre ayarlanmaktadır. Yabancılar Kanunu, yabancıların özel haksızlığa uğramasını ve siyasi baskı görmelerini cimentolamaktadır. Bu bertaraf edilmeksizin yabancı işçi ve emekçilerin durumlarında sürekli bir düzelme mümkün değildir.

Yabancılar Kanunu, Federal Almanya'nın çıkarlarını tehlikeye düşürdüğü zaman yabancılara her türlü siyasi faaliyeti yasaklamaktadır. Ne var ki, bu çıkarlar devletimizde son tahlilde her zaman sermayenin kâr çıkarlarıdır.

Bunun için bizde yabancılar için fikir, koalisyon ve toplanma özgürlüğü, siyasi faaliyet ve örgütlenme hakkı oldukça sınırlandırılmıştır. Bu özgürlüklerin ve hakların kullanılması tamamen hükümetin, makamların, polisin ve adaletin isteklerine ve keyfiliğine bağlıdır. Yabancı emekçilerin siyasi örgütleri sürekli polisin ve adaletin denetimine ve keyfi baskılarına maruz bırakılmıştır. İlerici yabancılar, sık sık Anayasa Koruma Teşkilatı tarafından, anayurtlarındaki Gizli İstihbarat Teşkilatları ile ortak çalışma temelinde gözetlenmektedirler. Yabancı işçi ve emekçiler siyasi faaliyet sürdürmeleri halinde, her zaman haklarında sınırdışı etmekle tahkikat sürdürülebiiir.

Bunun için istemlerimiz:

★ *Yabancıları Kanunu kaldırılmalı.*

★ *Siyasi nedenlerden ötürü sınırdışı edilmeye hayır.*

★ *Alman ve Yabancı Gizli İstihbarat Teşkilatlarının birlikte çalışmalarına son.*

★ *Özgürce siyasi görüş belirtme, faaliyet sürdürme ve örgütlenme hakkı için.*

Oturma izni

Federal Almanya'da yabancıların kalması, oturma izninin verilmesine tabi kılınmıştır. Oturma izninin verilmesi bir çok şarta, fakat son tahlilde ise sermayenin kâr çıkarlarına, onun ucuz işgücü ihtiyacına bağlıdır. Oturma izni genel olarak süreyle sınırlandırılmıştır. Diğer yandan sık sık da bu, ihtiyaca göre yalnızca bazı bölgeler ya da semtler için verilmektedir. AET ülkelerinden gelen yabancılar imtiyazlı olarak oturma izni almaktadırlar. Buraya gelmek isteyen aile bireyleri yalnızca bazı şartlar altında oturma izni alabilmektedirler. Ayrıca yabancılar makamı, oturma iznini her zaman — örneğin grevlere katılma ya da hoş görülmeyen siyasi faaliyette bulunma durumunda — iptal edip etmemekte özgürdür. 1980 yılı sonbaharından beri hükümet, bir çok ülke için vize zorunluluğunu yürürlüğe koymakla birlikte Federal Almanya'ya gelişi daha da sınırladı. Özellikle de çocukların ve gençlerin gelmelerine karşı yeni sınırlamalar planlanmıştır.

Böylece Federal Almanya'da oturmanın özel makam iznine, bir dizi taşınma sınırlamalarına bağlı olmasının, Federal Almanya'daki yabancı işçi ve emekçileri özel bir biçimde haksız bir konuma ittiği ve onları özel bir tarzda sermayenin keyfiliğine ve onun kâr çıkarlarına tabi kıldığı açıkca ortadadır.

Bunun için istemlerimiz:

★ *Federal Almanya'ya göç etmek hiç bir şekilde sınırlandırılmamalıdır.*

★ *Federal Amanya'da yaşayan tüm yabancılar için hiç bir şarta bağlı olmadan sınırsızca oturma hakkı (Aufenthaltsberechtigung).*

★ *Ailelerin birleştirilmesini sınırlayan kararnameler ve önlemler geri alınmalıdır.*

★ *Vize zorunluluğu kaldırılmalıdır.*

★ *Oturma izni bölgesel ve zaman olarak sınırlandırılmamalıdır.*

★ *Oturma izninin verilmesinde AET ülkelerinden yabancılarla AET dışı yabancılar eşit hakka sahip olmalıdırlar.*

Hiç bir sınırlama olmadan Federal Almanya'ya göç etme imkânı, sözümona ekonomik ilticacılar sorununu da çözmektedir.

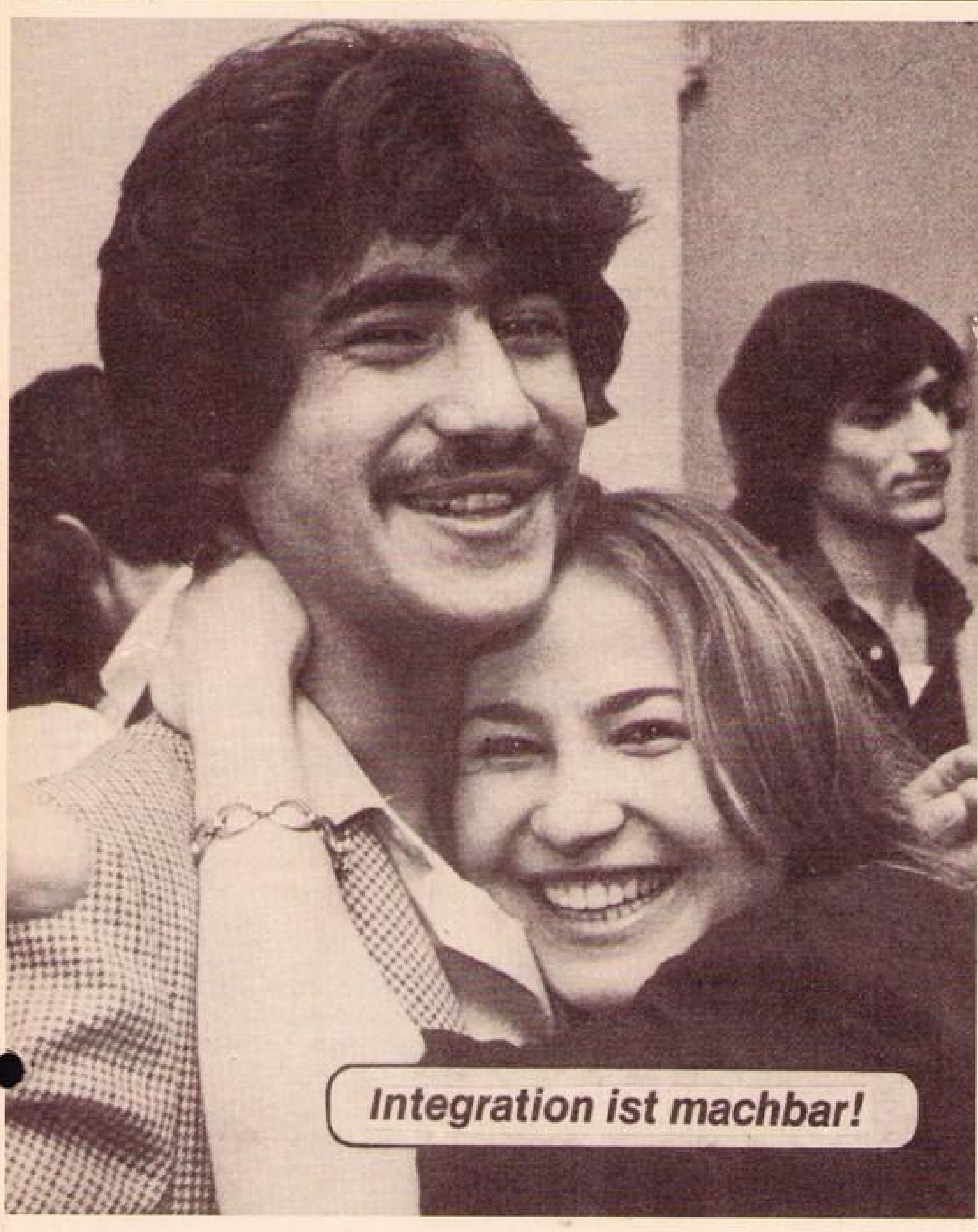
Çalışma izni

Federal Almanya'da yabancı işçi. ve emekçiler ancak bir çalışma iznine sahip oldukları zaman çalışabilmektedir. Bunun verilmesi ise İş Teşvik Yasası'na (AFG) göre ayarlanmaktadır. İş Teşvik Yasası'nın 19. maddesi İş ve İşçi Bulma Kurumlarına, çalışma izninin geçerliliğini belli bölgelerle, ekonomi dallarıyla ve hatta tamamen belirli işyerleriyle sınırlama imkânını tanımaktadır. Pratik olarak bu, yabancı işçi ve emekçilerin ancak işverenlerin sınırsızca keyfiliğine boyun eğdikleri ve düşük ücretli kötü mesleklerde çalışmaya hazır oldukları sürece ekseriye çalışma izni alabildikleri anlamına gelmektedir.

Aynı şekilde çalışma izni de her zaman iptal edilebilir. Sonradan gelen aile bireylerinin çalışma izni alabilmeleri için bir kaç yıl beklemeleri gerekiyor. Çalışma izninin verilmesinde AET ülkelerinden işçi ve emekçiler tercih edilmektedirler.

Bunun için istemlerimiz:





★ *Burada, Federal Almanya'da yaşayan her yabancı hiç bir sınırlama olmadan çalışma hakkına sahip olmalıdır.*
★ *Çalışma izni hiç bir şekilde bölgelerle, ekonomi dallarıyla, veya işyerleriyle sınırlandırılmamalıdır.*
★ *Aile bireyleri için bekleme süresi kaldırılmalıdır.*
★ *AET dışı yabancılarla, AET'li yabancılar eşit hakka sahip olmalıdırlar.*
★ *İş Teşvik Yasası'nın 19. maddesi iptal edilmelidir.*

Eşit sosyal haklar

Yabancı işçi ve emekçiler Alman meslektaşları gibi çalıştığı, vergi ve sosyal kesintileri ödedikleri halde, onlar gibi aynı sosyal haklara sahip değildirler. Onlar yurtdışında yaşayan çocukları için, Federal Almanya'da yaşayan çocuklar için verilenden daha az çocuk parası almaktadırlar. İşsizlik durumunda ekseriye çalışma izni geçerliliğini yitirdiğinden dolayı, yabancı işçi ve emekçiler kural olarak "iş piyasasına hazır değildirler" ve onlara işsizlik parası verilmeyebilir. İşsizlik yardımının verilmesinde de durum aynıdır. Sosyal yardıma müracaat etmek sınırdışı edilme nedeni olabilir.

Ayrıca İş ve İşçi Bulma Kurumları, (Arbeitsamt) İş ve Teşvik Yasası'nın 19. maddesine göre, açık işyerlerini öncelikle Almanlara vermekle yükümlüdürler. Bu, özellikle bir çıraklık yeri arayan yabancı gençleri ağır bir şekilde etkilemektedir.

Belirli bir süreden sonra ülkelerine geri dönen yabancı işçi ve emekçiler, ya emeklilik haklarını tamamen ya da en azından kısmen kaybetmektedirler.

Bunun için istemlerimiz:
★ *Herkes için işit çocuk parası.*
★ *İşsizlik parasının, işsizlik ve sosyal yardımın ödenmesinde Alman ve yabancı işçi ve emekçilere eşit muamele görülmelidir.*
★ *İşyerlerinin verilmesinde Almanlar için "öncelik şartı" kaldırılmalıdır.*
★ *Emeklilik maaşının aktarılmasını sağlayan devletler arası anlaşmalar yapılmalıdır.*

Sığınma hakkı

Faşizm dönemindeki acı tecrübeler, 2. Dünya Savaşı'ndan sonra sığınma hakkının Anayasaya alınmasına yol açtılar. Ne var ki, sığınma hakkı, demokratik hak ve özgürlüklerin yoğun bir şekilde kısıtlanması seyrinden son yıllar içinde giderek daha da aşındırıldı. Pratik olarak bugün siyasi takibe uğrayanlar—tabi ki, şayet onlar "Varşova Sözleşmesi"ne dahil ülkelerden gelmiyorlarsa—Federal Almanya'da korunma hakkından istifade edememektedirler. Bir çok sığınmacı sözümona ekonomik sığınmacılar olarak haksızlığa ve eşitsizliğe uğramaktadırlar. Siyasi mültecilerin sayısını daha başından düşük tutabilmek için Federal ve eyalet hükümetleri tarafından sürekli yeni, keyfi önlemler alınmaktadır.

Sığınma hakkının savunulması, demokratik hak ve özgürlüklerin kısıtlanmasına karşı mücadelenin bir parçasıdır.

Bunun için istemlerimiz:
★ *Sığınma isteminde bulunanların tümü hızlı bir biçimde sığınmacı olarak tanınmalıdırlar.*
★ *Sığınmacıların giriş yapmasını zorlaştıran tüm önlemler (örneğin, vize zorunluğu) kaldırılmalıdır.*
★ *Sığınma isteminde bulunanlar için çalışma yasağı kaldırılmalıdır.*

Sağlık sorunu

Bilgisizlikten, onu yargılardan, haksızlığa ve eşitsizliğe uğramaktan dolayı yabancı emekçiler ve aileleri ekseriye kamu sağlık dairelerinin sunduğu imkânlardan gerekli olduğu kadar faydalanacak durumda değildirler. Ancak ekseriyetle kötü olan çalışma şartlarından, uygunsuz oturma şartlarından ve bir bütün olarak kötü yaşam şartlarından dolayı, onların sıhhat durumları kural olarak Alman işçi ve emekçilerinkinden daha da kötüdür.

Bunun için istemlerimiz:
★ *Yabancı emekçi ve aileler tıbbi bakımın ve muayenenin gerekliliği üzerine yoğun bir şekilde aydınlatılmalıdırlar. Kendilerini bu dalda özellikle angaje eden "pro Familia" ve "Arbeiterwohlfahrt" (Türkdanış) gibi kamu kuruluşları teşvik edilmelidir. Tercümanlar işe alınmalıdır.*

Konut sorunu

Arsa spekülasyonları, fahiş kiralar, konut eksikliği ve insan onuruna aykırı konutlar yabancı işçi ve emekçileri daha ağır bir şekilde etkilemektedirler. Taşınma yasağından, sosyal evlerin verilmesinde haksızlığa uğramalarından, düşük ücretlerden, bilgisizlikten, genel haksızlığa uğramalarından dolayı yabancı işçi ve emekçiler kural olarak harabe semtlerde getolarda oturmak zorunda bırakılmaktadırlar.

Buralarda genelinde tamamen uygunsuz oturma şartları hüküm sürdüğünden, aynı şekilde gettoların oluşmasının yabancı işçi ve emekçilerin tecrit olmasını pekiştirdiğinden, Alman ve yabancı emekçilerin bir arada yaşamalarını engellediğinden dolayı bu tür getolara karşı çıkıyoruz. Ne var ki, bunlar ancak yabancı işçi ve emekçiler için de yeterli ve ucuz konut yaratıldığı zaman yok olacaklardır.

Bunun için istemlerimiz:
★ *Yeterli ve insan onuruna yakışır düşük kiralı konut yaratılmalıdır.*
★ *Fahiş kiralar ve arsa spekülasyonu yok edilmelidir.*
★ *Nüfusdaki oranlarına göre sosyal evlerin verilmesinde yabancıların göz önünde bulundurulması kanunen belirlenmelidir.*
★ *Taşınma yasağı kaldırılmalıdır.*

Eğitim sorunu

Federal Almanya'da yaşayan yabancıların bir milyondan fazlası 16 yaşından gençtirler. Kuşkusuz ki, yabancı işçi ve emekçiler için çocuklarının eğitimi en büyük sorunlardan birini oluşturmaktadır. Çünkü Hauptschule'yi (Temel Okul) ziyaret eden tüm yabancı çocukların yuvarlak olarak üçte ikisi, diploma almadan okulu terk etmekteler; yalnızca onların yuvarlak olarak yüzde 1'i Realschule'yi (Ortaokul) veya Gymnasium'u (Lise) ziyaret etmektedirler.

Okullarda yabancı çocukların özel durumları ekseriyetle gözönünde bulundurulmamaktadır. Esas olarak oralarda zorla Almanlaştırılma sürdürülmektedir. Ne var ki, çok kez talep edilen salt yabancılar sınıfı da bir çözüm değildir, çünkü bunlar Alman ve yabancı çocukların eşit bir temelde bir arada yaşamalarının yolunu kapatmaktadırlar.

Bunun için istemlerimiz:
★ *Alman ve yabancı çocuklar için eşit eğitim imkânları.*
★ *Alman ve yabancı çocukları için ortak ders.*
★ *Yabancı çocuklar için, özellikle de Alman dilinin öğrenilmesinde özel teşvik.*
★ *Ana dil öğretilmeli ve eğitim konularında anayurt göz önünde bulundurulmalıdır.*
★ *Yabancı öğretmenlerin seçimi, eğitim konularının ve ders kitaplarının hazırlanması yalnızca ve yalnızca Alman makamlarına mahfuz tutulmalıdır.*
★ *Tüm Alman ve yabancı öğretmenler işe alınmalıdır.*
★ *Yurtdışında verilen tüm imtihanlar sınırsızca tanınmalıdır.*
★ *Federal Almanya'ya geç gelen çocuklar için özel dil kursları açılmalı ve diğer özel teşvikler sağlanmalıdır.*

Yabancı gençlerin mesleki eğitimde özel olarak haksızlığa uğramalarına karşı istemlerimiz:
★ *Alman ve yabancı gençler için eşit mesleki imkânlar.*
★ *Okulu bitirmiş her yabancı gence çalışma izni verilmelidir.*
★ *Yabancı olduklarından dolayı çıraklık almayan işverenler cezalandırılmalıdırlar.*

Daha iyi uyum

Yabancı işçiler, emekçiler ve aileleri ucuz işgücü olarak Federal Almanya'ya getirildiler. Bununla ilintili olarak ortaya çıkan insancıl sorunlar işverenleri pek ilgilendirmemektedir. Buna özellikle her tarafta—işyerinde, evde, boş zamanda ve makamlarla ilişkide—ortaya çıkan dil sorunları dahildir. Alman dilini bilmemek ya da yetersiz bir şekilde bilmek yabancı işçi ve emekçilerin tecrit olmuşluğunu pekiştirmektedir. Bu, Alman ve yabancıların dostça bir arada yaşamalarını engellemektedir.

Bu şartlar altında, özellikle büyük bir kesimi çalışmayan yabancı kadınlar daha fazla etkilenmektedirler. Buna aynı şekilde anayurtlarında kadının özel olarak baskı görmesinden dolayı yabancı kadınların büyük bir kesiminin ana dilde okumu ve yazmada bile yetersiz oldukları da dahildir.

Bunun için istemlerimiz:
★ *Büyük işletmelerde yabancı kadın ve erkek işçilerin ücretlerinin tam olarak ödenmesi temelinde ücretsiz dil kursları. Bunun mümkün olmadığı yerlerde yabancı kadın ve erkek işçiler ücretin tam olarak ödenmesi temelinde işyerinin dışında dil kurslarını ziyaret imkânına sahip olmalıdırlar.*
★ *Aynı şekilde çalışmayan aile bireyleri için de ücretsiz dil kursları açılmalıdır. Bunların masraflarını devlet karşılamalıdır.*
★ *Özellikle de yabancı kadınlara okuma yazmanın öğretilmesi için önlemler alınmalı. Bunların masraflarını devlet karşılamalıdır.*
★ *Makamlarda, mahkemelerde ve diğer kamu kuruluşlarında yeterli tercüme hizmetleri sunulmalıdır. Resmi yazışmalar ana dilde yapılmalıdır.*

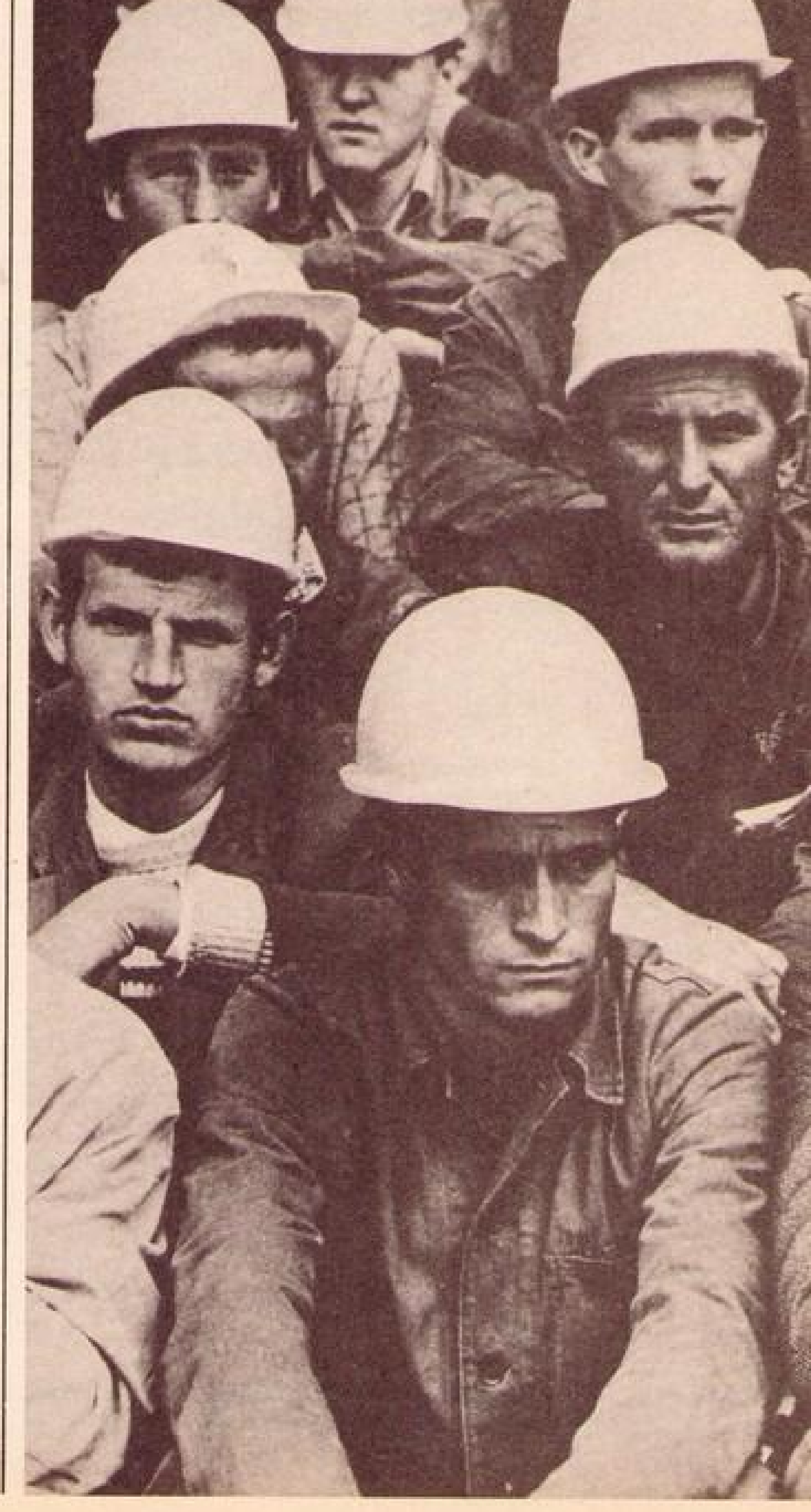
Dostça bir arada yaşama

Sermaye ve onun hükümeti uyumdan (entegrasyon) çok söz etmektedirler. Ne var ki, bununla bir çok durumda kastedilen az ya da çok yabancı işçilerin yaşamının zorla Alman yaşam tarzına ve kültürüne, Alman gelenek ve göreneklerine uyum sağlamasıdır. Bunun dahası da var. Yabancı işçi ve emekçilerin özel olarak siyasi baskı görmeleri ve haksızlığa uğramaları, Yabancılar Kanunu ve buna dayanan bir dizi yönetmelikler, yabancıların, sermayenin ucuz iş gücü ihtiyacı tatmin edildiği sürece ve edildiği çapta Federal Almanya'da yalnızca geçici olarak yaşayabilen ve çalışabilen "yabancılar" olarak muamele görmeleri; tüm bunlar siyasi gericiliğin ve faşistlerin giderek artan açıkça yabancı düşmanlığı kışkırtmalarının zeminini oluşturmaktadırlar. Yabancı düşmanı kışkırtmalar yanlızca burada yaşayan tüm yabancılara karşı gerçek bir tehdit değildir, bu, ve tüm zorla uyum sağlama (entegrasyon) önlemleri, Alman burjuvazisinin işçi hareketini bölmede, Alman ve yabancı işçilerin ortak mücadelesini zayıflatmada tehlikeli araçlarıdırlar.

Buna karşı olarak biz Alman ve yabancı işçi ve emekçilerin dostça bir arada yaşamalarını savunuyoruz. Ne var ki, bu, yabancı işçi ve emekçiler kendi milli benliklerini koruma ve kendi öz kültürlerini sınırsızca sürdürme ve geliştirme hakkına sahip oldukları zaman daha da gelişecektir.

Bunun için istemlerimiz:
★ *Her türlü ırkçı, şovenist ve faşist propaganda yasaklanmalı ve cezalandırılmalıdır.*
★ *Tüm Alman ve yabancı faşist örgütler yasaklanmalıdır.*
★ *Yabancı düşmanlığını kışkırtan tüm kampanyalar vb. yasaklanmalıdır. Bunların ön ayakçıları cezalandırılmalıdır.*
★ *Milli benliklerini korumaları ve milli kültürlerini geliştirmeleri için yabancılara sınırsızca hak.*
★ *Alman ve yabancı işçi ve emekçilerin eşit bir temelde bir arada yaşamalarını destekleyen tüm çabalar teşvik edilmelidir.*

İşçiler, Emekçiler!
Federal Almanya'daki yabancı işçi ve emekçilerin siyasi ve yasal eşitliği uğruna mücadele durumun bir gereğidir. Bunun için biz komünistler bu eylem programını öneriyoruz. Biz bununla ilintili olarak özellikle yabancı işçi ve emekçilere ve aynı şekilde Alman işçi ve emekçilerine de sesleniyoruz. Sorunu, yabancı işçi ve emekçilerin yaşam şartlarının düzeltilmesi oluşturuyor. Sorunu, sermayenin, onun devletinin ve hükümetinin tüm işçilerin yaşam standartına, sosyal kazanımlarına ve demokratik haklarına yönelik giderek artan saldırılarını yegane geri püskürtme gücüne sahip olan, Alman ve yabancı işçi ve emekçilerin ortak mücadele cephesinin yaratılması oluşturuyor. Gücümüz birliğimizdir!
Alman ve yabancı işçiler, tek sınıf, tek mücadele cephesine!



Kürtlere karşı terör:

Faşist cunta birliklerini Irak'a gönderdi

Türk faşist cuntası Kürt ulusuna karşı toplu katliamlarını, saldırı ve baskılarını giderek daha da yoğunlaştırmaktadır. Diyarbakır'da Kürtlere karşı yapılan toplu bir davada 35'i hakkında idam kararları verilirken, şimdi faşist cunta, Kürtlerin takip edilmesinde Türk silahlı birliklerinin Irak'ta da operasyona giriştikleri haberlerini ilk olarak tasdikledi.

Ankara'daki faşist cuntanın Dışişleri Bakanlığı'nın yaptığı bir açıklamaya göre Türk askeri birliklerinin Irak sınırında "silahlı gruplara karşı" çatıştıkları belirtilmektedir. Ve girişilen harekat sonucunda "sınır güvenliğine karşı bir tehlikenin atlatıldığı"ndan bahsedilmektedir. Buna karşılık resmi kaynaklı olmayan haberlerde ise 4 bin kişilik Türk birliklerinin sınırı geçerek Irak'a girdiği yazılıdır. Bunun için Batı Anadolu'da yerleştirilmiş bulunan bir tuğayın da Güney Doğu Anadolu sınırına takviye edildiğine yer verilmektedir.

"Silahlı grupların" kimler olduğu resmi olarak ayrıntılı bir şekilde açıklanmadı. Bunların Türk ya da Kürt yeraltı savaşçıları oldukları belirtildi. Ancak gerçekler hangi temelde çarpıtılmaya çalışılırsa çalışılsın, girişilen bu harekatın Kürt halkına karşı bir harekat olduğu ortadadır. Nitekim Kürtler gene Irak'ta gerekse Türkiye'de yoğun baskılara, saldırılara, uğrayan halkı oluşturmaktadırlar. Ve sınırın her iki tarafında da devletin baskı güçleri Kürtleri tehdit etmektedir.

Girişilen bu harekat, Irak'ın da faşist Kenan Evren cuntasının Kürt halkının yalnızca her türlü özerklik girişimine değil, aynı zamanda kendisinin milli benliğini korumasının bir parçası olan Kürtçeyi konuşmasına karşı bile tahammül edemeyerek sürdürdüğü katmerli baskı politikasını açıkca desteklediğinin en açık kanıtıdır.

45 milyonun üzerinde olan Türkiye'deki nüfusun en az 7 milyonunu Kürtler oluşturmaktadır. Şimdiye değin Kürt ulusunu zorla asimile etme, azgınca baskı ve sömürüye tabi kılma girişimlerinin yanı sıra faşist Evren cuntasının mahkemeleri 173 Kürt'e karşı idam cezası verdi, "terörist" olarak mahkum edilen en az 30 bin Kürt hapis yatmaktadır.

Diyarbakır'da son olarak Kürtlere karşı sürdürülen toplu bir davada 500 kişi yargılandı. Faşist cuntanın mahkemeleri yargılananların hepsini "Kürt İşçi Partisi"nin üyesi olmakla ve bağımsız, sosyalist bir Kürt devletini kurmayı savunmakla suçlamaktadır.

Bu toplu davada yargılananların 35'i hakkında faşist cuntanın "bağımsız" mahkemeleri idam kararı, 28'i hakkında ömür boyu hapis cezası, 331'i hakkında ise 3 ile 36 yıl arasında değişen hapis cezaları verdiler. Söz konusu partinin askeri darbeden önce 3400 üyesinin olduğu, darbeden sonra bunların 1580'inin tutuklandığı belirtilmektedir.

Tükiye'de Kürt ulusundan insanlara karşı sürdürülen bu tür toplu davalarda, diğerlerinde de olduğu gibi sanıkların kendilerini savunmaları için en küçük bir imkânları dahi yoktur. Sanıkların bir çoğu Türkçe bilmediğinden dolayı davanın gidişatını izleyemiyor. Kürt tercümanların davaya girmesine ise hiç bir şekilde izin verilmemektedir. Nitekim faşist cuntanın geçen yıl halka "onaylattığı" Anayasa Kürtçe konuşmayı yasaklamaktadır ve buna uymayanların cezalandırılmasını öngörmektedir. Bir bütün olarak tüm anti-faşist ve devrimcilere karşı sürdürülen davalarda olduğu gibi, burada da tek bir avukat yüzlerce sanıkı savunmaktadır. Sanıkların davaya hazırlanmasına hiç bir şekilde izin verilmemektedir. Avukatın müvekilleri ile görüşmesinin ortamı ise hemen hemen hiç yoktur.

Daha önce Türkiye'deyken kendisi de çeşitli toplu davalarda anti-faşistlerin savunmasını yüklenen ve daha sonra Diyarbakır'da 8 ay hapis cezasına çarptırılan ve şu an Federal Almanya'da bulunan avukat Şerafettin Kaya'nın yaptığı bir açıklamaya göre, sanıklara en adi, insanlık dışı işkenceler yapılmaktadır.

Şimdiye değin yalnızca Diyarbakır'da tutuklulara yapılan işkenceler sonucunda 15'in üzerinde insan hayatını yitirdi.

Kenan Evren faşist cuntası, kışlalara geri dönmeden önce 'ayrılma sorununu nihai olarak çözeceğiz' demişti. İşte şimdi faşist Türk devletinin baskı güçleri, polis, adalet ve ordu Evren'in "bu sözünü" yerine getirmek için her türlü insanlık dışı metoda başvurmaktadırlar.

Faşist cuntanın mahkemesinin Diyarbakır'da sanıklara karşı idam cezalarını okuduğu aynı gün, İstanbul'da bir Askeri Mahkeme "Türk Halk Kurtuluş Cephesi"nin 9 taraftarını "Komünist rejimin inşaa edilmesinden yana" olmaktan dolayı ölüm cezasına çarptırdı. Yargılanan sanıkların sekizi hakkında ömür boyu hapis cezası, 48'i ise dört ay ile 24 yıl arasında değişen hapis cezalarına çarptırıldılar. Bu cezalardan bir gün öncede Adana'da aynı örgütün 2 üyesi hakkında idam cezası verildi.

Lambsdorff faşist cuntanın baskılarını övüyor

Her gün kan akan, insanların vahşice katledildiği Türkiye'ye yaptığı ziyaretten geri dönen Federal Ekonomi Bakanı Otto Graf Lambsdorff "Demokrasinin yeniden inşaası planına uyulması"na övgüler diziyordu. Lambsdorff Ankara'daki faşist cunta ile ekonomik ilişkileri ve Federal Almanya'da yaşayan biz Türkiyeli işçi ve emekçilerin "geri dönüş sorunlarını görüşmek" için Türkiye'ye gitmişti. O, Bonn'un, "Federal Almanya'nın ekonomik zorlukları sonucunda çizilmiş olan sınırları çerçevesinde" Türkiye'ye ekonomik ve askeri yardımı vermede kararlı olduğunu vurguladı. Buna Federal Ekonomi Bakanı için, Kenan Evren faşist cuntasına karşı ekonomik önlemler alan AET ülkelerine baskı yapılması da dahildir. Özellikle de 1981 yılının Kasım ayından beri dondurulmuş bulunan AET Parlamentosu'nun Türkiye Yardımı'nın tekrardan başlatılmasını istiyor faşist cuntayla tam bir fikir birliği içinde olan Ekonomi Bakanı. Bilindiği gibi, sürdürülen yoğun protestolar sonucunda AET Parlamentosu, bu yardımın Türkiye'de demokratik şartlar oluşturuluncaya dek dondurulmasını kararlaştırmıştı. Ve Lambsdorff bu yardımın tekrardan başlatılması için Bonn'un girişimde bulunacağını faşist Evren cuntasına vaad etti.

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adeti satış fiyatı olan 1 DM'ın iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalörifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde trajı yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'ın açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yaygınlaştırılmasında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Konto-Nr. 321004547
ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Konto-Nr. 6420-467

Yabancı düşmanlığına karşı yürüyüş

18 Haziran'da Bochum'da

Ruhr bölgesinden Alman ve yabancı örgütlerin oluşturduğu geniş bir eylem birliği, 18 Haziran için, Federal Hükümet'in yabancı düşmanı politikasına ve aşırı sağcıların yabancı düşmanı kışkırtmalarına karşı Bochum'da bir yürüyüşe çağrı yapmaktadır.

Yürüyüşe çağrı bildirisinde Bonn Hükümeti'nin (Yabancılar Komisyonu'nun raporu vs.) planları sert bir şekilde mahkum edilmektedir.

Bildiride şöyle yazıyor: "Bu tür önlemler ve buna bağlı olan insanların askeri diktatörlüklere sınırdışı edilmeleri yalnızca bizim gözümüzde (kiliseler, sendikalar, komiteler, birlikler) Anayasamızla ve uluslararası insan hakları anlaşmaları ile koyu bir çelişki içinde değildir.

Federal Hükümet'in planlamış olduğu önlemler önceki hükümetin yanlış yabancılar politikasını sürdürmekte ve mevcut olan sorunların hiç birini çözememektedirler. Yabancıların Federal Almanya'dan göçetmesi tüm ekonomi (örneğin maden, otomobil endüstrisi, araba parklarının vs.) dallarının tehlikeye düşmesine yol açabilir. Yok olacak kültürel ve insancıl karşılama imkânlarından ise hele hele hiç bahsetmeye gerek yoktur.

Bunun için şunları talep ediyoruz:

★Burada yaşayan tüm yabancıların oturma hakkı statükosu gerçekten sağlamlaştırılmalıdır.

★Yabancılar için yerel seçim hakkı.

★Eşit bir biçimde bir arada yaşama temelinde halkların dostluğu.

Çeşitli örgütlerin eylem birliği temelinde gerçekleşecek olan bu eylem Alman Sendikalar Birliği, DGB tarafından da desteklenmektedir. Biz sendikanın bu adımını selamlıyoruz. Çünkü bizce, sendikalara bu mücadelede de, yani yabancı düşmanlığına karşı mücadelede de merkezi bir görev düşmektedir. Ancak burada yeri gelmişken DGB'nin eylem birliğine karşı olumsuz tavrı üzerine de bir kaç söz etmek istiyoruz, çünkü bu özellikle bizi, KPD'yi etkilemektedir.

DGB sendikası, DKP, *Volksfront* ve partimiz KPD çağrı bildirisinde destekleyenler olarak yer aldığı sürece eylemin resmi olarak destekleyicisi olmaktan yana değil ve bunu gerçekten de desteklemek istememektedir.

Elbette ki, partimiz KPD, bu eylemi gücü oranında desteklemektedir, ve o yabancı düşmanlığına karşı olan tüm eylemlere olanakları ve imkânları dahilinde katılmaktadır.

Ne var ki, bizim için sözden ziyade belirleyici olan pratikte yer almamız olduğundan dolayı, eylemin hazırlık görüşmelerinde partili yoldaş, DGB'nin eylemi doğrudan desteklemesinin lehine çağrı bildirisinde isim olarak anılmamızdan vazgeçeceğini açıkladı.

Biz DGB'nin bu tutumunu zararlı bir tutum olarak görüyoruz.

... Kısa... Kısa... Kısa...

Danimarka: Parlamento NATO Planlarına karşı karar aldı

Kopenhag.—Danimarka Parlamentosu 26 Mayıs'ta yaptığı uzun bir oturumdan sonra 70'e karşılık 83 oyla iki önemli noktada NATO'nun Batı Avrupa'ya yerleştirmesini öngördüğü yeni orta menzilli füze planlarına karşı karar aldı. Muhalefette bulunan Sosyal Demokrat Parti'nin, Sosyalist Halk Partisi'nin çoğunluğu ve hükümet kampındaki kesimler, hükümeti NATO içerisinde aldıkları bu kararı savunmakla yükümlü tutmaktadırlar.

NATO'ya üyelik esas sorun edilmeden kararlaştırılan önergede, Batının Cenevre'de füzelerin yerleştirilmesi üzerine görüşmelerinin süresinin uzatmasını ve görüşmeler esnasında atom silahlarının yerleştirilmesi için hiç bir hazırlığın yapılmaması ve bunların yerleştirilmemesini talep ediyor. Böylece füzeleri buraya da sonbahar ayında yerleştirme planı şimdilik gündem dışı bırakılmış olmaktadır. Diğer yandan önergede Cenevre'de yapılan görüşmelerde Fransız ve İngiliz atom füzelerinin de gözönünde bulundurulması talep ediliyor. NATO içerisinde büyük yankı uyandıran bu karar özellikle de Danimarka'da güçlü olan barış hareketinin baskısı sonucunda alındı.

Polonya: "Bir kaç yıl daha" sıkıyönetim

Varşova. — Japon gazetecileriyle bir görüşme yapan Polonya sosyal faşist cuntasının Başbakan yardımcısı Rakowski, onlara "Polonya'nın bir kaç yıl daha iç barışa gerek duyduğunu" açıkladı. Rakowski, bu cevabı gazetecilerin kendisine yönelttikleri, Papa'nın yapacağı ziyaretten sonra, sıkıyönetimin kaldırılıp kaldırılmayacağı sorusuna vermişti.

Polonya askeri cuntası katmerli baskı uygulamasına rağmen, şimdiye değin Polonya işçilerinin ve emekçi halkının mücadelesini bastıramadı. Ve Rakowski'nin "iç barışı sağlamak" uğruna yeni planları, yani "yürüyüş ve grevlerin gelecekte de sıkıyönetimle yasaklanması" planları gene bu gerçek olguda bir şey değiştiremeyecektir.

Nitekim bunun en açık kanıtı, 19 yaşındaki lise öğrencisi Grzegorz Przemyk'in aniden gözaltına alınmasından kısa bir süre sonra bilinmeyen nedenlerden dolayı ölmesinin ardından binlerce kişinin Varşova sokaklarına dökülerek kitlesel bir protesto gösterisi yapmasıdır. Gencin defnedilme töreni, Polonya askeri cuntasına karşı bir manifestoya dönüştürüldü. Polisin, gencin tamamen sarhoş olarak yakalandığı iddiası bir çok görgü tanığı tarafından çürütülmektedir. Yakınları gencin polis karakolunda dövüldüğünü ve aldığı yaraların sonucunda öldüğünü açıkladılar.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**